



2. März 1925

PAUL KAMPFFMEYER , DER ERSTE PRÄSIDENT DER DEUTSCHEN REPUBLIK



ALS am Sonnabend den 28. Februar 1925 die Nachricht von dem Tod Friedrich Eberts in die breiten Volkskreise drang, da hörte man fast überall anerkennende, respektvolle Urteile über den ersten Präsidenten der deutschen Republik. Selbst die Presse der antirepublikanischen Parteien verneigte sich tief vor einem Mann, den sie als energischen Sachwalter deutscher Interessen achten und schätzen gelernt hatte. Nur die Organe böswilliger, professionsmäßiger Verleumder wagten dem Toten noch Straßenschmutz nachzuwerfen, indem sie noch jetzt, an seiner Bahre, mit dem, von anständigen und rechtlich denkenden Deutschen gerichteten und sachlich vernichteten Magdeburger Tendenzurteil hausieren gingen.

Die ungezähmte Wut der extremen Rechten tobte sich gegen Ebert aus, weil dieser der Vertreter des neuen republikanischen Deutschlands war, dessen ernster politischer Wille unaufhaltsam auf einen Zusammenschluß der europäischen Staaten drängt. Ihnen ist der Reichspräsident ein internationaler republikanischer "Pazifist", der den mörderischen, durch die selbstsüchtige Familienpolitik der gekrönten Häupter geschaffenen europäischen Zwiespalt durch eine planmäßige republikanische Verständigungspolitik beseitigen wollte. Friedrich Ebert hat in seinen Reden wiederholt an die dringendste aller Gegenwartsaufgaben, den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau Europas, erinnert, aus dem allein der zerrissenen, aus tausend Wunden blutenden Welt volle Genesung ersprießen könnte.

Am 4. Februar 1871, an einem Wendepunkt deutscher Geschichte, wurde Friedrich Ebert in Heidelberg geboren. Noch donnerten die deutschen und französischen Kanonen über die Schlachtfelder Frankreichs, als er zuerst die Wände einer kleinen Schneidermeisterwerkstatt der schönen Neckarstadt beschrie. Der verhängnisvolle Frankfurter Friede kündete sich an, der Deutschland und Frankreich völlig entzweite und den furchtbaren Weltkrieg des Jahres 1914 vorbereiten half. Umsonst hatte die Sozialdemokratie vor der gewaltsamen Annexion Elsaß-Lothringens gewarnt, weil diese das gedemütigte Frankreich in die Arme des zaristischen Rußlands treiben und einen vernichtenden Krieg der romanischen und slawischen Welt gegen Deutschland entzünden würde. Der Frankfurter Friede kam und entriß das Elsaß und Lothringen dem französischen Reich, mit dem sie durch gemeinsame politische Schicksale seit Jahrhunderten verknüpft waren.

Im Jahr 1871 standen sich bereits das kaiserliche Deutschland, das durch einen Schwertfrieden emporgekommen war, und das neue demokratische Deutschland, das mit heißem Herzen eine Versöhnung Frankreichs mit Deutschland herbeisehnte, als Feinde gegenüber. Es ist das historische Verdienst Friedrich Eberts diesem neuen Deutschland der Demokratie und Völkerverständigung den Weg geebnet zu haben.

In jungen Jahren mochte Friedrich Ebert wohl auch von der radikalen Endzielpropaganda der "Jungen" ergriffen worden sein, die allein in einer revolutionär-politischen Massenbewegung die Lösung des sozialistischen Problems sahen; aber niemals verlor er das Augenmaß für das politische Notwendige, also politisch Mögliche, in dem Umfang etwa, daß er sich an dem antiparlamentarischen Feldzug der radikalen Stürmer und Dränger gegen die sogenannten Fraktionellen beteiligte. Schon in den Zeiten, in denen leitende Köpfe der Partei die Gewerkschaften nur als sozialdemokratische Rekrutenschulen bewerteten, erkannte er klar die große wirtschaftliche Bedeutung dieser wirtschaftlichen Organisationen für den Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse. Seine ersten gewerkschaftlichen Erfolge erkämpfte er in der Bäckerbewegung Bremens. Hier steigt er zum Gewerkschaftsorganisator, zum Redakteur und zum Arbeitersekretär auf, hier entfalten sich bereits seine großen Führerqualitäten, die ihn dann zum Nachfolger August Bebels im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei beriefen.

In der Sozialdemokratischen Partei zählte Friedrich Ebert zu den geistig beweglichen Männern, die ein volles Verständnis der Arbeiterjugendfrage entgegenbrachten. Er ist ein grundsätzlicher Gegner aller Leithammelei, und er hilft den Führern der jungen Generation die proletarische Jugendbewegung auf die eigenen Füße stellen. Die Leiter dieser Bewegung haben ihm nachgerühmt, daß es seinem taktischen Geschick gelang alle Hemmnisse der jungen Bewegung fortzuräumen.

Dann wurde er vor eine zweite, sehr schwierige Frage gestellt: ein lebendiges tatenweckendes Einvernehmen zwischen der Partei und den Gewerkschaften zu schaffen. Der Massenstreik, von sozialdemokratischen Linksradiكالen leidenschaftlich befürwortet, hatte heftige Diskussionen zwischen der Partei und den Gewerkschaften entflammt. Eberts Klugheit versöhnt die Streitenden und schließt die politische und die gewerkschaftliche Bewegung so fest zusammen, daß beide politisch dem gemeinsamen großen Ziel der planvollen Demokratisierung Deutschlands zustreben.

Im Weltkrieg führte Friedrich Ebert kurz vor dem katastrophalen Zusammenbruch Deutschlands den entscheidenden Eintritt der deutschen Sozialdemokratie in das Ministerium Prinz Max von Baden herbei. Damit gewann unsere Partei starken Einfluß auf die demokratische Gestaltung der deutschen Politik. Dem Genossen Ebert fiel dann, fast selbstverständlich, das Reichskanzleramt zu. Als nach dem militärischen Zusammenbruch das Deutsche Reich, machtlos und verlassen, sich aufzulösen drohte, setzte sich Ebert mit seiner ganzen Energie für das neue Deutschland ein. Er hat den bolschewistischen Putschismus in Deutschland niederringen und dann das demokratische Deutschland Stockwerk auf Stockwerk aufbauen helfen. Gewiß, noch ist der Bau nicht entfernt vollendet, noch weiß man nicht, ob er allen Stürmen trotzen kann. Es ist die Aufgabe dieser Generation ihn zu festigen und auszugestalten. Wenn das Werk vollendet sein wird, dann

wird, wie Wolfgang Heine in seinem schönen Gedenkartikel in der Vossischen Zeitung vom 28. Februar 1925 schrieb, »das deutsche Volk erfahren, daß sein erster republikanischer Präsident, der schlichte, kluge, selbstlose Sohn der Handwerkerklasse, das Symbol für das war, was allein der deutschen Nation wieder einen Aufstieg sichern kann«.

Als Friedrich Ebert im Oktober 1922 im Reichstag zum verfassungsmäßigen Präsidenten des Deutschen Reichs gewählt wurde, schrieb die Deutsche Allgemeine Zeitung die bezeichnenden Worte: »Der Ausgleich mit Frankreich, die mehr sachliche als rein politische Behandlung der Reparationsfrage, die Lösung manches internationalen Problems erscheinen möglich. Dies böte dem bewährten und daher gegenwärtig kaum ersetzbaren Staatsoberhaupt Gelegenheit sich das Vertrauen und die Dankbarkeit aller Deutschen zu gewinnen.« Dieses Vertrauen hat sich Ebert in vollem Umfang durch seine klare demokratische Verständigungspolitik errungen. Bei allen Schritten nach dem großen Ziel einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Neugestaltung Europas erkennt man die Gestalt des ersten Präsidenten der deutschen Republik.

MAX COHEN · DEUTSCHE UND PREUSSISCHE REGIERUNGSPROBLEME

DIE innenpolitische Entwicklung in der deutschen Republik, deren rechtsgerichtete Tendenz durch die unwiderlegbare Sprache der Wahlzahlen von der Nationalversammlung bis zur letzten Reichstagswahl erwiesen worden ist¹⁾, hat zur Bildung einer Regierung geführt, in der die Deutschnationale Volkspartei den tatsächlich beherrschenden Einfluß ausübt. Rein äußerlich nimmt sie dabei die selbe intransigente Haltung gegen die Sozialdemokratie ein, die diese Jahre hindurch in genau der selben Weise gegen die Deutschnationale Volkspartei genommen hat. Im Kampf um die Regierungsgewalt denkt man nur an den Augenblick, nicht aber an die gewaltigen wirtschaftlichen Leistungen, die uns auf lange Zeit hinaus durch das Dawesabkommen auferlegt worden sind. Hier ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß zu ihrer Bewältigung die Arbeitsgemeinschaft aller Volkskräfte und politischen Parteien erforderlich sei, die bereit seien den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft in wirklicher Leistung gerecht zu werden. Solche Arbeitsgemeinschaft wäre ohne Zweifel die denkbar beste Methode zur Lösung der uns bevorstehenden Riesenaufgabe gewesen, deren Schwere man manchmal in Deutschland zu vergessen scheint, weil die relativ geringen Reparationszahlungen der nächsten Jahre uns ein wenig die Vorstellung dafür trüben, was es bedeutet, wenn von 1928 ab 2½ Milliarden Goldmark jährlich aufgebracht werden müssen. Vielleicht werden an dieser Wende doch manche Politiker es bedauern, daß sie den Gedanken der ganz großen Koalition etwas vorschnell beiseite gelegt haben, und es wäre durchaus möglich, daß die 2½ Milliarden-Zahlungen dem deutschen Volk noch einmal die Alternative einer alle produktiven Parteien umfassenden Arbeitsgemeinschaft oder neuer schwerer innenpolitischer Kämpfe, bei denen es um den Bestand des Reiches geht, stellen werden.

¹⁾ Siehe Cohen Deutsche Politik und deutsche Parteien, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 3 und folgende.

Inzwischen wird die Zeit genützt werden müssen, um durch die nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen Deutschland wieder das politische und wirtschaftliche Fundament zu geben, das es für die bevorstehenden schweren Zeiten gebraucht. Hierzu gehören in erster Linie zweckmäßige und gute Steuergesetze und ein neuer Zolltarif. Die Steuerprovisorien, mit denen man bisher gewirtschaftet hat, müssen wohlüberlegten Steuergesetzen Platz machen, die sowohl die arg vernachlässigte, aber wirtschaftlich unentbehrliche Kapitalneubildung ermöglichen wie auch die sozialen Rücksichten nehmen, die ein in seinem Großteil so arm gewordenes Volk wie das deutsche verdient. Von noch größerer Bedeutung wird indessen die Schaffung eines neuen Zolltarifs sein. Er ist, wenn wir durch den Abschluß von Handelsverträgen wieder richtig in das Getriebe der Weltwirtschaft hineinkommen wollen, einfach nicht mehr zu entbehren. Mit dem Notbehelf der Einfuhrverbote und der Kontingentierung, mit den mehr oder minder wahllosen und oft ad hoc angewendeten Zuschlägen auf den Tarif des Jahres 1902 ist einfach nicht mehr auszukommen. Deshalb war die Beratung der kleinen Zolltarifnovelle im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in der die wichtigsten Positionen für unmittelbar bevorstehende Handelsvertragsverhandlungen nachgeprüft und neu aufgestellt wurden, wirtschaftlich unbedingt notwendig. Diese Revision eines Teils des Gesamttarifs genügt aber, obgleich die deutschen Unterhändler ohne sie überhaupt keinen festen Boden unter den Füßen gehabt hätten, keineswegs. Nicht nur, daß sie einen geringen Teil dieses Tarifs umfaßt; die im Reichswirtschaftsrat festgesetzten Tarifsätze können nur als Richtlinien für die deutschen Unterhändler gelten, weil sie noch keine Gesetzeskraft erlangt haben. Das muß der Reichstag allerschleunigstens nachholen; denn erfolgreich kann man mit fremden Staaten über Zolltarifsätze nur verhandeln, wenn man gesetzlich gültige Tarife besitzt. Da das noch nicht der Fall ist, werden alle in der nächsten Zeit etwa zustande kommenden Handelsverträge nur provisorische Abkommen von durchschnittlich 2jähriger Dauer sein können. Erst wenn der neue Gesamttarif, der den vom Jahr 1902 zu ersetzen hat, fertiggestellt sein wird, werden wir wieder in der Lage sein langfristige Verträge abzuschließen. Deshalb gehört die Fertigstellung des neuen Zolltarifs zu den wichtigsten parlamentarischen Aufgaben der nächsten Zeit, und es erscheint angebracht die Regierungsbildung unter diesem für die Entwicklung der deutschen Produktion wesentlichen Gesichtswinkel zu betrachten.

Durch die, vorwiegend parteipolitischer Agitation dienenden "Korruptions"-untersuchungen, in denen die einen dem Volk als schwarz, die anderen als weiß vorgeführt werden sollen, sind die viel wichtigeren wirtschaftlichen Aufgaben etwas zurückgedrängt worden. Indes, sie sind das tatsächlich Bestehende, und wenn die verschiedenen Affären längst vergessen sein werden, wird man noch um ihre Lösung ringen. Daher sollten sie auch heute schon die Parteien etwas mehr in Anspruch nehmen. Wenn man die Schaffung eines neuen Zolltarifs, weil er die unentbehrliche Grundlage für Deutschlands weltwirtschaftliche Tätigkeit ist, als die Hauptaufgabe der Regierung und des Reichstags ansieht, wird man sagen dürfen, daß es eine gebieterische Notwendigkeit war eine Regierung zu bilden, die zur Lösung dieser Hauptaufgabe tauglich war. Da muß man nun zugeben, daß das mit Reichsministern der Linken nicht so leicht von statten ginge. Der Ausschluß der Sozialdemokratie aus der Regierung ist natürlich aus mancherlei Gründen zu

bedauern, und dem nationalen Gemeinschaftsinteresse diene eine politische Entwicklung, die es unmöglich gemacht hätte eine Regierung ohne Sozialisten zu bilden. Man darf auch nicht verkennen, daß es Wille und Absicht der Rechten war die Sozialdemokratie unter allen Umständen aus der Regierung zu entfernen (wenigstens jetzt; vor noch nicht langem wäre sie mit Sozialdemokraten gemeinsam in eine Regierung eingetreten, wenn diese damals nicht den Gedanken einer solchen Koalition abgelehnt hätten. Aber eine gewisse Logik steckt in dem Ablauf der deutschen Innenpolitik, nachdem die Zolltariffragen zur Hauptfrage der kommenden Legislaturperiode geworden waren. Die Dinge wären gewiß nicht so gekommen, wenn die Linke es der Rechten nicht so leicht gemacht hätte. Hier, wo seit Jahr und Tag auf die wichtigen Aufgaben der Produktionssteigerung aufmerksam gemacht, wo unsere Partei dauernd aufgefordert wurde eine solche Produktionspolitik, mit allen ihren Konsequenzen, zu der ihren zu machen, muß das festgestellt werden. Leider ist es nicht zu bestreiten, daß die deutsche Sozialdemokratie von ihrem Vorkriegsstandpunkt als reine Konsumentenpartei herzlich wenig aufgegeben hat und ihr politisches Handeln viel zu wenig der Tatsache unterordnet, daß die Arbeiter vor allem Produzenten sind. Mit der Freihandelslehre, die sie heute noch doktrinärer vertreten als ihre liberalen Urheber, folgen die "Marxisten" am allerwenigsten den Spuren Marxens, der die »Freihandelshausierburschen« verspottet hat. Am schlimmsten in diesem Zusammenhang ist es, daß die Arbeiterpartei sich nach wie vor dem Zollschatz für das wichtigste deutsche Produktionsgebiet, für die Landwirtschaft, widersetzt. Es nützt auch nichts, daß man sich platonisch bereit erklärt viel bessere Mittel des Agrarschutzes als der Zoll es sei einzuführen. Ist es doch evident, daß jenes angeblich oder auch wirklich Bessere, das für die Zukunft empfohlen wird, zunächst dazu dient, um das, was sofort ausgeführt werden kann, unterlassen zu können.

Nimmt man die Dinge wie sie sind, so wird man bei der neuen Regierung nicht nur den Kurs nach rechts sehen dürfen (auch uns wäre er nach links sympathischer), sondern man wird auch sagen müssen, daß es sich um eine Regierung handelt, die bestimmte wirtschaftspolitische, objektiv notwendige Aufgaben zu lösen hat. Daß eine Rechtsregierung auf außenpolitischem Gebiet mindestens ebenso behutsam sein würde wie eine Linksregierung, ist hier vorausgesagt worden, und die Tatsachen geben dieser Prognose recht. Das geht ja auch gar nicht anders, auch wenn man in der Wahlagitation tausendmal anders spricht. Besser wäre es freilich, man würde, auf allen Seiten, auf diese unwürdigen und unwahrhaftigen Agitationsgewohnheiten verzichten und den Mut haben für die Politik einzutreten, die man, mit der Verantwortung beladen, dann befolgen muß. Vorläufig sind wir von einer solchen Agitationsweise noch weit entfernt. Bei dem jetzigen Wahlsystem, das unverstandene Prinzipien an die Stelle verantwortungsfreudiger mutiger Persönlichkeiten setzt, kann es kaum besser werden; die vollständige Beseitigung des Listenwahlsystems und seine Ersetzung durch ein wirkliches Proportionalwahlsystem, das aber auch gleichzeitig die lebendige Beziehung zwischen Wählern und Gewählten wiederherstellt²⁾, wird hier die erste Besserung bringen und auch andere Übelstände beseitigen.

²⁾ Ein solches System hat Joseph Bloch bereits zum Gothaer Parteitag /1896/, der die Proportionalwahlfrage behandelte, aufgestellt; siehe darüber auch *Peus* Verhältniswahl und Persönlichkeitswahl, in den Sozialistischen Monatsheften 1919 II Seite 783 und folgende.

Nach alledem tut man gut daran nicht anzunehmen, daß die neue Reichsregierung von kurzer Dauer sein werde, man sollte sich vielmehr auf das Gegenteil einrichten. Ludwig Quessel hat hier vor einem Monat darüber einiges gesagt.³ Aber es muß, mit der selben Unvoreingenommenheit, mit der hier die Dinge im Reich geschildert wurden, auch ausgesprochen werden, daß sie im Land Preußen doch wesentlich anders liegen. Mit all den Aufgaben, die im Reich kaum von einer andern Regierungsrichtung als der jetzigen durchgeführt werden könnten, hat Preußen wenig, mindestens nicht direkt, zu tun. In Preußen handelt es sich in der Hauptsache um die Verwaltung, wobei an erster Stelle die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit zu nennen ist. Dazu bedarf es keiner rechtsgerichteten Regierung. Denn diese Aufgaben sind unter sozialdemokratischer Beteiligung ausgezeichnet bewältigt worden. Unter besonders schwierigen Verhältnissen sogar. Daß in den aufregenden Monaten des Ruhrkriegs und der Inflationszeit und nach ihrer Beendigung sich die Dinge im größten deutschen Land so ruhig entwickelt haben, und keine außergewöhnlichen Erschütterungen eingetreten sind, das ist im wesentlichen der Zielklarheit des sozialdemokratischen preußischen Innenministers zuzuschreiben, der aber wiederum mit Recht jene Ergebnisse als »Erfolge der Koalition, der lebendigen Mitarbeit der Arbeitermassen und ihrer Vertreter im Staat« hinstellen konnte⁴. Es wäre daher unverständlich, weshalb die beiden Rechtsparteien, wenn sie die selbe Objektivität beobachten wollen, die ihnen gegenüber gezeigt worden ist, die Sozialdemokraten aus der Regierung Preußens absolut entfernen möchten, wenn man nicht wüßte, daß es ein reiner Machtkampf ist, nichts anderes. Aber die Mehrheit des deutschen Volkes wünscht keine Rückkehr zur Privilegienherrschaft der Vorkriegszeit. Das deutsche Volk hat es freilich nötig, daß die Durchführung der vielen Aufgaben des Reiches, von denen einige der wichtigsten oben genannt sind, von der preußischen Regierung und Verwaltung nicht erschwert wird. Diese Sicherheit wäre auch bei dem Koalitionsministerium Braun vorhanden gewesen, sie wird es nicht weniger sein, wenn im Kabinett Marx das Innenministerium in den Händen des Sozialdemokraten verbleibt, und so eine Gewähr für die ruhige und stetige Durchführung dessen geschaffen wird, was dem größten Land der deutschen Republik an Leistung obliegt. Werden sich nicht auch in den Reihen der Rechten endlich die Männer finden, die nicht danach streben im Parlament eine Machtstellung auszunutzen, die nur zur Sabotage stark genug ist, zu schöpferischer Tat aber für sich allein ja doch nicht ausreicht, Männer, die sich darüber klar werden, daß sie der deutschen Gegenwart nur dienen, wenn sie den letzten Rest einer Arbeitsgemeinschaft erhalten helfen?

6 Jahre deutscher Nachkriegspolitik sind in unfruchtbaren Innenstreitigkeiten und Außenprotesten verflossen. Jetzt ist durch das Dawesabkommen der Zwang zum Neuaufbau gegeben. Die politischen Parteien können diesen Aufbau nicht mehr verhindern, da er von den Vertragskontrahenten erzwungen werden kann und wird. Wohl aber können sie das, was für das deutsche Volk selber dabei herauskommt, gewaltig verringern, wenn sie mit veralteten Parteimethoden der Vorkriegszeit operieren. Es wäre nicht gut, wenn ihnen auch diese Erkenntnis nur durch Not und Zwang käme.

3) Siehe Quessel Das Kabinett Luther und die Außenpolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 69 und folgende.

4) Siehe Severing Für die Große Koalition, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 2.

LUDWIG QUESSEL · ZUR KÖLNER FRAGE



AS jetzt die Kabinette von Paris und London so intensiv beschäftigt: die Frage der Räumung der Kölner Zone, erinnert in seiner Verknüpfung mit der Sicherheitsfrage an die Zeit, da Rom den Schutz der Westgrenze Galliens übernommen hatte. Um Gallien davor zu bewahren, »daß sich die Germanen gewöhnten den Rhein zu überschreiten und in Massen nach Gallien zu kommen«, hatte Rom die Militärgrenze (limes) seines Weltreichs bis in den Taunus und an den Rhein verlegt. In Versailles, wo Clemenceau gegenüber der ökonomischen und politischen Übermacht der Angelsachsen einigermaßen in die Stellung eines "britischen Statthalters in der angelsächsischen Provinz Gallien" geriet, was ihm seine politischen Feinde mit dem Scharfblick des Hasses, übrigens lange vor dem Krieg, vorausgesagt hatten, gelang es Frankreich bekanntlich nicht die beiden angelsächsischen Reiche für einen Vertrag zu gewinnen, der Frankreich und Belgien gegen einen deutschen Angriff ausreichende Sicherheit geboten hätte. Dagegen stimmten England und Amerika zu: gemeinsam mit Frankreich und Belgien die Militärgrenze der Alliierten an den Rhein und über ihn hinaus bis ans Sauerland und in den Taunus zu verlegen. Aber auch diese Militärgrenze, hinter der sich Frankreich 5 Jahre lang einigermaßen sicher fühlte, droht jetzt zu verfallen. Zuerst zog Amerika seine Truppen vom Rhein zurück, nunmehr kündigt England Frankreich an, daß mit der Freigabe der Kölner Zone der letzte angelsächsische Soldat am Rhein verschwinden werde. Von Amerika und England verlassen, sieht Frankreich sich einem Deutschland gegenüber, von dem ihm England erzählt, daß es sehnsüchtig auf den Augenblick warte und sich für ihn mit Aufbietung aller Kräfte vorbereite, in dem es über Frankreich herfallen könne.

Sowohl nach den englischen Schilderungen als auch nach der unter ihrem Eindruck erzeugten französischen Auffassung hat Deutschland die Voraussetzungen, die im Versailler Vertrag für die Räumung der Kölner Zone niedergelegt sind, nicht erfüllt. Zunächst seien die militärischen Kräfte Deutschlands nicht auf 100 000 Mann herabgesetzt worden. Denn neben der Reichswehr bestände in Deutschland noch eine durchaus militärisch organisierte Streitmacht von 150 000 Mann, die in engster Fühlung mit der Reichswehr stehe. Diese andere Armee der Deutschen Republik führe zwar den Namen Schutzpolizei, sie werde auch, wenn notwendig, zu polizeilichen Maßnahmen verwendet, im ganzen aber stelle sie eine militärische Organisation dar, ein zweites, mit dem ersten eng verbundenes stehendes Heer für den Angriffskrieg. Zusammengenommen verfüge das Deutsche Reich also über ein stehendes Heer von 250 000 Mann. Doch damit nicht genug. Dieses stehende Heer stelle eine Rahmenarmee dar, die so aufgezogen sei, daß sie durch Freiwillige in wenigen Tagen zu einem Millionenheer erweitert werden könne. Der Beweis für diese Tatsache werde durch den Haushalt des Reichswehrministeriums erbracht. Während das Kaiserreich für 700 000 Mann rund 1000 Millionen Goldmark ausgab, wendet die Republik für 100 000 Mann Reichswehr 500 Millionen Goldmark jährlich auf. Der höhere Sold allein biete keine Erklärung dafür. Denn setze man als Durchschnittssold pro Mann 1400 Mark jährlich ein, so ergeben sich immer erst 140 Millionen Goldmark. Abgesehen vom Sold gab das Kaiser

reich für Nahrung, Kleidung und Ausrüstung pro Kopf des Heeres rund 1400 Mark aus, die Republik dagegen 3600 Mark. Auch wenn man der Verteuerung der Nahrung, Kleidung und Ausrüstung Rechnung trage, sei es nicht schwer den gigantischen Rahmen sich abzeichnen zu sehen, der die Reichswehr in weitem Bogen umspanne. Die Ausgaben für die Schutzpolizei wären in zahlreichen Haushalten verzettelt, so daß es schwer sei ihre Höhe exakt anzugeben, doch sei kein Zweifel daran, daß sie die Ausgaben für die Reichswehr übertreffen. Im ganzen gebe das Deutsche Reich für seine beiden stehenden Heere nahezu eine ebenso hohe Summe aus wie Frankreich für sein stehendes Heer, dessen Kosten sich für 1925 auf 6,2 Milliarden Papierfrancs oder 1500 Millionen Goldmark belaufen. Frankreich dürfe sich aber auch nicht dem Wahn hingeben, daß das System der Ausbildung in den beiden stehenden Heeren Deutschlands wenig wirksam sei. Die Reichswehr stehe in geheimer Verbindung mit den Vaterländischen Verbänden, die es als ihre Aufgabe ansähen ihre Jungmannschaft, die einen großen Teil der bürgerlichen und bäuerlichen Jugend umfaßt, für den Revanchekrieg auszubilden. Auf anderen Wegen als das Kaiserreich, aber nicht weniger wirksam, arbeite die Republik an der Aufstellung einer Armee, die der von 1914 nicht nur ebenbürtig sondern überlegen sei. Daß in dieser Anschauung keine Schwarzseherei enthalten sei, beweise die Tatsache, daß jeder Deutsche, der über Dinge etwas verlautbare, die sich auf militärischem Gebiet abspielen, wegen Landesverrats ins Gefängnis wandere.

Die Beweise sind zahlreich, daß die oben wiedergegebenen Anschauungen, die jetzt in unendlichen Variationen die Spalten der französischen Presse füllen, von englischer Seite mit stärkster Eindringlichkeit hervorgerufen worden sind. Kein Geringerer als der englische General Morgan, ein prominentes Mitglied der Interalliierten Militärkontrollkommission, hat in diesen Tagen durch ein Schreiben an Friedrich Wilhelm Foerster, das die Menschheit am 20. Februar veröffentlichte, reichlich Öl in das lohende Feuer der französischen Besorgnis vor einem deutschen Überfall geschüttet. Die folgende Stelle aus dem Schreiben Morgans ist für das angelsächsische Bestreben Furcht, Haß und Verzweiflung wegen der »geheimen Rüstungen Deutschlands« in Frankreich zu verbreiten, höchst charakteristisch:

»Hinter jedem Reichswehrsoldaten steckt, wie eine Silhouette, ein Polizeibeamter. Was die Armeeausgaben betrifft (ich habe das Budget studiert!), so will ich nur folgendes sagen: Wenn Ihre Armee wirklich so klein ist, wie es Ihre Regierung behauptet, dann ist Ihre Regierung die allerverschwenderischste in der ganzen Welt, wenn aber Ihre Regierung nicht verschwenderisch ist, dann ist Ihre Armee weit größer als sie sein dürfte. Ihr Reichsheer ist nach außen hin und in der Theorie sehr klein, wirft aber in Wirklichkeit seinen gigantischen Schatten über die ganze deutsche Landkarte, und der Schatten ist die größere Realität von den beiden. Dieser Schatten ist die alte Armee. Alles, was ein erfinderischer Kopf entdecken und ein umsichtiger Verstand sich ausdenken kann, bis hinunter zu der Tatsache, daß die Infanteriekompanieen der neuen Armee die Nummern und die Abzeichen der alten Regimenter erhalten, ist getan worden, um alles darauf vorzubereiten, daß bei einem Druck auf den Knopf die neue Armee sofort zur vollen Größe ihrer Vorgängerin anschwillt. Die Beweise dafür, die in meinem Besitze sind, sind einfach überwältigend.«

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß eine wirksamere Methode Deutschland und Frankreich zu entzweien und dauernd auseinanderzuhalten als die, die hier von dem "Deutschenfreund" Morgan zur Anwendung gebracht wird, kaum zu finden sein wird. Durch suggestive Wortkunst, die geschickt die Verschwendung ausnutzt, die in unserm Heereswesen in der kontrollosen

Ruhrkriegs- und Ermächtigungsperiode um sich gegriffen hat, versucht man eine Angstpsychose in Frankreich hervorzurufen, die bei einem an militärischen Vorzügen zwar so reichen, an Zahl aber so schwachen, um seine nationale Zukunft daher bangenden Volk wie dem französischen begreiflich ist, und die das Foreign Office dann für seine Zwecke ausnutzt. Wie das gemacht wird, zeigt die nonchalante Haltung des Londoner Auswärtigen Amts zur Kölner Frage, die in krassem Gegensatz zu dem Alarmschrei des Generals Morgan steht. Wäre Englands Haltung aufrichtig, ließe sie nicht auf eine Entzweigung Frankreichs und Deutschlands hinaus, so könnte die Antwort der amtlichen Kreise Londons angesichts der Morganschen Kundgebung auf das deutsche Begehren die Kölner Zone geräumt zu sehen nur ein schroffes Nein sein. Aber man weiß, daß zwischen dem Brief Morgans und der Haltung des Foreign Office eine tiefe Kluft gähnt. Das englische Auswärtige Amt tut im Gegensatz zum englischen General Morgan so, als ob die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Einbuße erleidet, wenn morgen die Kölner Zone geräumt wird. Das amtliche London will mit dieser Haltung natürlich genau so eine Revanchepsychose in Berlin wie Morgan, der amtliche Vertreter Englands in der Militärkontrollkommission, durch seine entgegengesetzte Stellungnahme eine Angstpsychose in Paris hervorrufen. Durch das Ausspielen der Revanche- und der Angstpsychose gegen einander macht sich England dann wieder einmal zum Schiedsrichter des Kontinents. Das Spiel ist durchsichtig, aber immer noch wirksam. Die deutsche Regierung tritt an die Seite der englischen, in der Hoffnung sie zur Räumung Kölns günstig zu stimmen. Das Kabinett Herriot, in seiner tiefen Einsicht gehemmt, ist zu Zugeständnissen bereit, um England, wenn nicht in Köln, so wenigstens am Rhein festzuhalten. Die Meldung, daß die englischen Truppen, wenn sie Köln geräumt, nach Wiesbaden marschieren wollten, ist in dieser Hinsicht recht instruktiv. Gern sieht es natürlich kein Franzose, daß Frankreich durch England aus Wiesbaden verdrängt wird. Aber die Furcht um das Schicksal des französischen Landes, die die außenpolitische Kunst Londons in Frankreich geweckt hat, sieht schließlich in dem Abzug der französischen Truppen aus Wiesbaden und ihrer Ersetzung durch kostspielige englische Söldner, die aus den Daweszahlungen erhalten werden müssen, noch einen Gewinn für die Sicherheit Frankreichs. Und im Grunde nicht ganz mit Unrecht. Denn auch die lautesten Revancheschreier in Deutschland würden schnell genug kleinlaut werden, wenn sie Grund zu der Annahme hätten, daß ein Revanchekrieg auch einen Krieg gegen England bedeutet. Die ganze deutsche Revanchedoktrin, wie sie in zwar sehr kleinen, aber um so lauterer Gruppen der Bevölkerung kultiviert wird, baut sich ja auf der Annahme auf, daß ein Tag kommen werde, da Deutschland, Österreich, Ungarn und Rußland, unter wohlwollendem Patronat der Angelsachsen, gegen den französisch-belgischen Block im Westen und den polnisch-tschechisch-jugoslawisch-rumänischen Bund im Osten vorgehen können. London schaut alledem mit selbstsicherer Heiterkeit zu. Die Balance of power-Doktrin, die schon erledigt schien, gewinnt wieder Leben. Die spezifische Dummheit des kontinentalen Europas ist nämlich nicht kleinzukriegen. Kaum niedergeworfen, steht sie plump wieder auf, mit leeren Glotzaugen über den Kanal starrend und alle vorwärtstrebenden geistigen Kräfte unseres alten kulturstarken Kontinents lähmend.

So wie unter angelsächsischen Einflüsterungen Paris und Berlin an die Kölner Frage herantreten, ist an ihre Lösung überhaupt nicht zu denken. Der Deutsche, der das Rheinland endlich frei sehen will, muß sich bewußt werden, daß er sein Ziel in absehbarer Zeit ganz sicher nicht erreichen wird, wenn die Engländer in Wiesbaden einziehen und sich dort häuslich niederlassen. Überhaupt sollte kein Deutscher vergessen, daß die Besetzung des Rheinlands für Frankreich das Äquivalent für den Sicherheitsvertrag war, den England und Amerika ihm verweigerten. Wenn Deutschland im Innersten begriffen haben wird, worum es sich für Frankreich eigentlich handelt, wird sich ihm der Weg in die Freiheit öffnen. Denn dann wird es gleich auch offenbar werden, daß die wahre und dauernde Sicherheit Frankreichs nicht durch Entwaffnung Deutschlands, erst recht nicht durch Besetzung deutscher Landesteile gegeben wird sondern nur durch die Verflechtung der Wirtschaft beider Länder in einander, die das Interesse des einen Volkes zu dem des andern macht. Wirkliche Sicherung gegen neuen Krieg kann Europa daher nur eine, auf breiter ökonomischer und politischer Basis ruhende deutsch-französische Verständigung bieten. Diese Verständigung zu erreichen und ihre Fundamente zu legen ist das wichtigste nationale Gebot für Deutschland. Die Staatsmänner hüben und drüben müssen sich ihrer Verantwortung vor Europas Menschheit bei den Verhandlungen über das Sicherheitsproblem, die durch die Kölner Frage akut geworden sind und nicht mehr umgangen werden können, bewußt werden, sie müssen Sorge tragen, daß der große Moment ein Geschlecht finde, das nicht wieder, wie in dem Schicksalssommer unseres Erdteils, wie Marionetten an angelsächsischen Drähten tanzt, sondern das selbst, auf eigenen Wegen zu eigener Zukunft, zu gehen vermag.

GERTRUD SCHLOSS, PAZIFISTISCHE UND SOZIALISTISCHE POLITIK



SEIT dem Ende des Weltkriegs hat der subjektive Pazifismus, wie er politisch aktiv seinen Niederschlag in den Organisationen der internationalen Friedensgesellschaften gefunden hat, durch seine wachsende Mitgliederzahl und seine Rührigkeit in der internationalen Politik unleugbar eine bestimmte Bedeutung gewonnen. Die internationalen Friedensgesellschaften bauen ihre Organisation bekanntlich auf dem Grundgedanken auf, daß der Krieg an sich ein Verbrechen an der Menschheit sei, daß er, abgesehen von dem physischen und psychischen Unglück, das er über die Menschen bringt, auch denen keinen Gewinn einträgt, die ihn aus materiellen Gründen begünstigen oder die glauben, eine Nation könne durch ihn an Macht und Ansehen gewinnen: und zwar deshalb, weil bei der heutigen weltwirtschaftlichen Lage der Sieger ebenso wie der Besiegte an den verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines Krieges zu leiden habe.

Es sind in der Hauptsache verstandesmäßige Gründe, die im subjektiven Pazifismus einen organisatorischen Zusammenschluß aller derer herbeiführen, die einen Krieg bekämpfen. Dabei ergibt sich die Frage, ob eine derartige Organisation, die sich angesichts des Aktionsradius pazifistischer Bestrebungen naturgemäß aus den verschiedensten politischen Temperamenten zusammensetzt, nicht nur durch die Anzahl der ihr Angehörenden sondern

auch durch ihre tatsächliche politische Macht imstande ist ihre Anschauungen und Bestrebungen in der realen Politik durchzusetzen, und des weitern, ob sie, ihrer bisherigen Struktur, ihren Entschlüssen und ihrer Tätigkeit nach, von einem bestimmten politischen Gedanken so weit überzeugt sein kann, daß sie die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte völlig dafür einsetzt.

Politisches Handeln setzt zunächst die Geschlossenheit der Handelnden voraus. Also hier eine in ihren Grundlinien einheitliche politisch pazifistische Willensbildung. Diese ist bisher im subjektiven Pazifismus aber nicht eigentlich vorhanden gewesen. In den Friedensgesellschaften laufen die verschiedensten politisch weltanschaulichen Meinungen zusammen, die nur in dem Bestreben nach einer Befriedung der Welt allseits übereinstimmen. Dabei ist es nicht entscheidend, ob Sozialisten oder Nichtsozialisten überwiegen, sondern es ist nur wichtig, daß innerhalb der pazifistischen Organisation eine in ihren Grundzügen einheitliche Auffassung und Zielsetzung politisch pazifistischen Willens dominiert und eine klare politische Richtung vorschreibt. Das ist jedoch nicht der Fall und kann es nicht sein, solange man selbst innerhalb der Führung der pazifistischen Politik nicht erkennt, daß im bestehenden gesellschaftlichen System Kriege nicht gänzlich zu vermeiden sein werden; nicht erkennt, daß eine allweltliche Vereinbarung zur friedlichen Regelung internationaler Konflikte auf dem Weg, auf dem sie der subjektive Pazifismus zu erstreben versucht, nicht erzielt werden kann, solange eine große Anzahl der Führer und Vertreter dieses Pazifismus selbst von so verschiedenen Ansichten darüber ausgehen.

Wer an dem 23. Weltfriedenskongreß teilgenommen hat, der im Oktober 1924 in Berlin, tagte, konnte bei sachlicher Einstellung leicht feststellen, daß der subjektive Pazifismus nicht um einen heftigen Kampf über seine prinzipielle politische Marschroute herumkommen wird, wenn anders er nicht auf Realpolitik verzichten will. Den sogenannten Aktivisten, die radikal jeden Kriegsdienst in militärischer oder wirtschaftlicher Form verweigern, standen politisch Denkende gegenüber, die immerhin mehr die nüchternen Tatsachen ins Auge faßten. Auf der einen Seite direkte Aktion in jedem Fall, solange das allweltliche Friedensziel noch nicht erreicht ist, auf der andern der Versuch einer Abwägung der politischen Realitäten und demgemäß der Mittel, die zur Erreichung einer Völkerverständigung anzuwenden sind. Hier unentwegte Völkerbundsanhänger, dort Kontinentalpolitiker. Die einen verlangten vom Völkerbund sofortige militärische, moralische und politische Abrüstung, die anderen legten das Hauptgewicht auf eine zunächst anzubahrende wirtschaftliche Neugestaltung. Kurz, es gibt die Unentwegten innerhalb des subjektiven Pazifismus, die, unbekümmert um die Wirklichkeit, ohne weiteres an die Durchsetzung der Vernunft (oder dessen, was sie dafür halten) unter den Menschen glauben und darauf ihre politische Wegbereitung aufbauen, und es gibt die Politiker, die wissen, daß durch die bloße Verweigerung gewisser noch allgemein anerkannter, sogenannter staatsbürgerlicher Pflichten der Pazifismus heute nicht aufzurichten ist. Daß eine derartig zusammengesetzte politische Organisation nicht leicht imstande sein wird wirklich nachhaltig die Politik der Völker in ihrem Sinn zu beeinflussen, leuchtet ohne weiteres ein. Es kommt nicht immer auf die zahlenmäßige Stärke einer politischen Organisation an, aber desto mehr auf die Stärke, mit der eine politische Auffassung vertreten wird. Je geschlossener, je einheitlicher eine politische Willensbildung erfolgt, um so größer wird ihr

Einfluß sein. Solange man sich innerhalb des subjektiven Pazifismus selbst nicht klar über die großen Linien einer Friedenspolitik ist, so lange wird man bei den verschiedenen Regierungen auch nicht jenen Einfluß ausüben können, den man um des großen Zieles willen erstreben muß.

Man hat in den letzten Jahren von pazifistischer Seite immer wieder versucht gegen Beschlüsse und Maßnahmen der Politik der einzelnen Staaten, die Kriegsursachen bilden können, Stellung zu nehmen, zu protestieren. Man hat auch in den Kommissionen des letzten Friedenskongresses eine Reihe von Resolutionen gefaßt, vielfach an den Völkerbund und an das Internationale Arbeitsamt gerichtet, in denen man militärische und moralische Abrüstung, obligatorische Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, Verbot privater Munitionsherstellung, Achtstundentag, Studium internationaler Regelung für die Sanierung notleidender Staaten, engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten der Völker forderte. Man hat endlich dem Verlangen einer Gruppe von Pazifisten, wenigstens im wesentlichen, zugestimmt, daß den Staaten verboten werden sollte ihre Bürger zu irgendeinem Kriegsdienst zu zwingen. Gewiß, das sind Wünsche und Forderungen, die dem pazifistischen Streben nach Befriedung der Welt berechtigten Ausdruck leihen. Aber ob alle diese Resolutionen heute bereits realpolitischen Wert besitzen, ob die Stellen, an die sie gerichtet sind, von ihnen berührt, ob die Regierungen sie durchsetzen werden, ist bei der gegenwärtigen politischen Konstellation, selbst in den Kreisen des Völkerbundes, mehr als zweifelhaft.

Wir können demnach feststellen (und alle Resolutionen und Demonstrationen werden daran nichts ändern), daß vom Standpunkt politischer Realität aus der organisierte Pazifismus noch nicht die politische Macht besitzt und seiner Struktur nach nicht besitzen kann, die notwendig wäre, um die Weltpolitik in seinem Sinn entscheidend zu beeinflussen. Er kann das bis jetzt noch nicht, das sei noch einmal gesagt, weil seine Willensbildung nicht aus einheitlichen, politisch allgemeingültigen Voraussetzungen heraus erfolgt, weil er, durch diese innere Hemmung beeinflußt, in die offizielle Politik noch nicht entscheidend eingreifen konnte und höchstwahrscheinlich in seiner jetzigen Struktur nicht eingreifen kann. Daß immerhin einige seiner Mitglieder in der Lage sein werden in irgendeiner Weise doch gewisse Forderungen des subjektiven organisierten Pazifismus durchzusetzen oder Beschlüsse einzelner Regierungen und des Völkerbundes etwa im Sinn dieses Pazifismus zu beeinflussen, ist selbstverständlich; es kommt dabei auf die jeweilige Stärke der politischen Position dieser Mitglieder an. Aber im großen und ganzen wird man doch sagen dürfen, gleichviel ob dieser Zustand wünschenswert ist oder nicht, daß der subjektive, das heißt der politisch organisierte Pazifismus von sich aus bisher nicht den Einfluß hatte, der ihm, dem moralischen Wert seiner Bestrebungen nach, zukommen sollte.



IE verhält sich nun dieser eben kurz skizzierte subjektive Pazifismus zu den Grundsätzen einer sozialistischen Politik? Ist überhaupt, ganz allgemein gesprochen, die heutige sozialistische Politik, sind die sozialistischen Grundsätze mit den Tendenzen und Richtlinien des subjektiven Pazifismus vereinbar? Wenn wir diese Dinge von ihren letzten Forderungen her betrachten: ja. Denn auch das Ziel des modernen Sozialismus begreift in sich die Forderung nach einem Menschheitsfrieden, die in der These von der klassenlosen Gesellschaft be-

geschlossen ist. Hier liegt aber auch der Punkt, wo die sowohl dem Pazifismus wie dem Sozialismus immanente allgemeine Forderung nach Weltfrieden doch zu einer scharfen gedanklichen Scheidung der beiden politischen Organisationen Anlaß bietet. Es ist das *Wie* der Erreichung des Zieles, es ist auch die letzte Ausgestaltung des Zieles selbst. Der subjektive Pazifismus glaubt im Grunde genommen (daran ändern auch die vielen sozialistischen Mitglieder in seiner Organisation nichts) dieses Ziel schon in naher Zukunft erreichen zu können, und zwar unter Beibehaltung der Grundlagen unserer heutigen Gesellschaftsform. Er will die Grundlagen der Völkerpolitik, die heute auf der Gewalt beruht, umbiegen und diese Völkerpolitik auf die Basis des Rechts stellen, die Konflikte der Völkerordnung schiedsgerichtlicher Entscheidung unterbreiten. Er will die zwischenstaatliche Rechtsordnung immer weiter ausbilden. Er will gewisse rechtliche und allgemeine Strömungen und Richtungen der internationalen Politik durch pazifistische Politik in eine dauernde Friedenspolitik umwandeln. Er vergißt aber, daß ein solches Streben, das in Wahrheit einen ungeheuer tiefen Einschnitt in die seit Jahrhunderten geltenden Anschauungen des Völkerlebens bedeutet, gerade jetzt noch immer auf unübersehbare, dem gesellschaftlichen Prozeß selbst inhärente Schwierigkeiten stoßen wird. Er übersieht die große Schwierigkeit, die darin liegt die Voraussetzung zu schaffen, auf denen sich erst seine Forderungen aufbauen können.

Die Politik des organisierten Pazifismus wird (wenn wir hier die Möglichkeit einmal außer acht lassen, daß gewisse Tendenzen des Pazifismus sich an der Oberfläche mit gewissen allgemeinen ökonomischen Interessen bestimmter Kreise berühren, wie das in der Tat öfter geschieht, wodurch dann der Anschein erweckt wird, als ob subjektiver Pazifismus und diese ökonomische Interessenlage zusammenfielen, während in der Tat wirtschaftliche Interessenten jene pazifistischen Bestrebungen nur in ihrem Sinn auszunutzen suchen) nur dann mit den Grundsätzen der sozialistischen Politik vereinbar sein, wenn sie ihre bisherige Praxis einer Umgestaltung in dem Sinn unterzieht, daß sie mit den Grundkräften der realen politischen Entwicklung zusammentrifft. Die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Interessen werden eventuell von sich aus eine gewisse "objektive" Pazifizierung zur Folge haben. Es ist ja nun, um einmal vom Gesichtspunkt der allgemeinen politischen Gepflogenheiten aus zu sprechen, möglicherweise gleichgültig, wie ein politisches Ziel in der Realität des politischen Lebens erreicht wird, wenn dies nur überhaupt geschieht. Doch liegt da die Gefahr nahe (und sie hat sich auch häufig gezeigt), daß das Erstrebte auf den Wegen, die zu seiner Verwirklichung führen, Veränderungen unterworfen ist, die sein eigentliches Wesen oft genug völlig entstellen. Es kann durch jene ökonomischen Interessen wohl eine Pazifizierung erzielt werden, eine gewisse Stabilisierung der internationalen Politik eintreten. Damit ist aber nicht gesagt, daß diese Pazifizierung mit den Bestrebungen des heutigen organisierten Pazifismus übereinstimmt. Es ist ferner keineswegs ausgeschlossen, daß sich später aus der allgemeinen ökonomischen Lage wirtschaftliche und soziale Konflikte und Konstellationen ergeben, die einem Krieg nicht unähnlich sind und aus sich selbst heraus gewaltige kriegerische Konflikte erzwingen.

Der Sozialismus und die sozialistische Politik gehen, anders als der Pazifismus und die pazifistische Politik, von dem Grundgedanken aus, daß ein

wirklicher Friede nicht möglich ist, wenn nicht die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, wie sie das kapitalistische System geschaffen hat, grundlegend geändert werden. Der Weltkrieg 1914 bis 1918 hat die Ursachen des modernen Krieges aufgedeckt, der sich zwangsläufig aus dem Expansionsdrang der einzelnen kapitalistischen Wirtschaften ergibt, der auf das Verlangen anderer stößt einen einmal errungenen Besitzstand festzuhalten. Unter der Decke des Völkerbundes, der heute noch auf sehr unsicheren Füßen steht, schwelen die verschiedenartigsten Interessen, latente Gegensätze, die leicht zu folgenschweren internationalen Zusammenstößen führen. Sie für immer in den Rahmen des gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustandes der Welt zu bannen dürfte angesichts des Charakters dieser Gesellschaftsordnung unmöglich sein, wenn man nicht auch vom subjektiv pazifistischen Standpunkt aus eine Gewaltregelung anerkennen will, die, durch die Logik der Tatsachen wirkend, den Weltfrieden durch die dauernde Hegemonie der wirtschaftlich stärksten Macht sichert.

Die sozialistische Politik muß es ablehnen sich mit der gegenwärtigen pazifistischen Politik, der Politik des subjektiven Pazifismus, zu identifizieren. Das schließt eine Unterstützung pazifistischer Ideen nicht aus und kann sie, gemäß dem Charakter des Sozialismus, auch nicht ausschließen. Sind doch dem Sozialismus fast alle Forderungen des subjektiven Pazifismus von vornherein eigen. Das bedeutet nicht, daß ein Zusammengehen mit pazifistischen Organisationen von Fall zu Fall ("Nie wieder Krieg!"-Demonstrationen der internationalen Friedensgesellschaften und ähnliches) von vornherein indiskutabel sei. Das besagt erst recht nichts gegen die Mitgliedschaft vieler Sozialisten in den Friedensgesellschaften. Nur muß man grundsätzlich zwischen einer auf sachlich soziologischen Erkenntnissen beruhenden sozialistischen Realpolitik und den Bestrebungen der Organisationen des subjektiven Pazifismus unterscheiden. Dabei ergibt sich möglicherweise eine Übereinstimmung im allerletzten Ziel einer Befriedung der Welt, aber ein Gegensatz in den Realisationsbestrebungen.

Und doch müßten diese Realisationsbestrebungen einer wirklich konstruktiven Friedenspolitik von jedem Pazifisten erkannt und mit größter Energie gefördert werden, der die Wirklichkeit sehen und erkennen will. Die tatsächliche weltwirtschaftliche Konstellation der Gegenwart ist derart, daß sich heute bereits deutlich zu unterscheidende Wirtschaftsimperien mit ihren natürlichen Produktionsgrundlagen herauskristallisieren. Diese Produktionseinheiten müssen die Basis bilden, auf der jede reale pazifistische Politik aufzubauen hat. Denn sie sind die natürlichen Bausteine des zukünftigen Weltsystems. In den Sozialistischen Monatsheften wird seit Jahren mit äußerster Konsequenz die einzig reale, auf der großen Idee der Schaffenspflicht basierende Politik verfochten, die der Pazifismus als die seinige akzeptieren müßte, sofern er nicht in der Luft schweben und dort ein allgemeines Menschheitsideal verkünden, sofern er überhaupt einmal den Versuch machen will nicht bloß die Idee zu betonen sondern die Wirklichkeit nach der Idee zu gestalten. Es ist dies die Politik der wirtschaftsimperialen Weltgliederung, wie sie sich aus den Weltzusammenhängen und den Produktionspostulaten ergibt. Wenn man ein neues Haus bauen will, kann man nicht mit dem Dach beginnen. Das Dach, in unserm konkreten Fall: der Völkerbund, hat nur dann Sinn, wenn er die Decke eines wirklich gestalteten Weltganzen ist. Dieses Weltganze wird sich aber nur durch einen organischen, das heißt

einen aus den Produktionserfordernissen herauswachsenden Zusammenschluß der einzelnen Staaten und Nationen zu großen Produktionseinheiten gestalten. Andernfalls wird er eine willkürliche, durch politische Gewalt geschaffene anarchisch amorphe Institution sein. Ganz deutlich sehen wir heute schon diesen imperialen Aufbau der Welt. Er schafft, wie hier dauernd und neuerlich wieder ausgeführt wurde, »durch die Gruppierung der 5 Wirtschaftskomplexe, von denen die 3 geographisch zusammenhängenden (Ostasien, Rußland, Europa) ebenso natürliche engere innere Beziehungen zu einander haben wie die beiden angelsächsischen (England, Amerika), ein wahrhaftes Weltgleichgewicht«. Dieser Aufbau der Welt ist natürlich, denn er ergibt sich aus der Entwicklung selbst; deshalb vollzieht er sich zusammen mit dem sozialistischen Werden, muß also ein Programmpunkt sozialistischer Politik sein. Wer an diesem organischen, aus der immanenten Gesetzmäßigkeit der Produktionskräfte herauswachsenden Werden achtlos vorbeigeht und einen zusammenhanglosen künstlichen Internationalismus will, treibt eine Politik substanzleerer Illusion. Alles Widernatürliche rächt sich. So auch ein, wenn auch durch vermeintlich noch so ideale Motive bestimmtes Streben ohne Rücksicht auf Realitäten Völker- und Menschheitsfrieden herbeizuführen. Hier ist der Punkt, wo sich der Pazifismus, wenn er wirklich Realpolitik treiben will, mit sozialistischer Politik treffen kann. Von hier aus kann sich auch für den Pazifismus, vornehmlich für die europäischen Pazifisten, eine einheitliche politische Willensbildung durchringen.

Die neueste politische Entwicklung (Nichtratifizierung des Genfer Protokolls durch England und die Sorge der deutsch-französischen Schwerindustrie um einen europäischen Kohle- und Eisentrust) beweist, daß für den verantwortungsbewußten Europäer (und das wollen und müssen sowohl die Pazifisten wie die Sozialisten Europas sein) Kontinentaleuropa eine positive politische Zielsetzung unbedingter Notwendigkeit ist. Für Pazifisten ebenso wie für Sozialisten gilt, was vor einem Vierteljahr, in dem Artikel Julius Kaliskis, in den Sozialistischen Monatsheften ausgeführt wurde: »Die Umgestaltung der Welt durch die Bildung der großen Wirtschaftseinheiten ist in Wahrheit der Weltsozialismus. Denn er macht dem Zustand der Welt ein Ende, in dem eine Reihe von Völkern durch andere oder durch ein anderes ausgebeutet wird.«

MAX SCHIPPEL · NEUE SCHUTZZOLLEDBATTEN IN ENGLAND

LANGSAM, aber zäh schreitet der englische Protektionismus fort. Das entspricht ganz den eigentümlichen Schwierigkeiten der internationalen Handelsstellung Englands. Nirgends hat sich die Industrie seit Menschenaltern so sehr an der zollfreien Zufuhr von Rohstoffen, Lebensmitteln und Halbfabrikaten aufgerichtet, selbst wenn dadurch, wie beim Brotkornanbau, die heimische konkurrierende Versorgung mehr und mehr zurückweichen und bis zur Hoffnungslosigkeit verkümmern mußte. Und obwohl man selbst für England die Bedeutung der Warenausfuhr, im Verhältnis zum inländischen Absatz, meist ganz gewaltig überschätzt, so spielen, mit anderen Ländern verglichen, die Ausfuhr- (und die Wiederausfuhr- und Zwischenhandels-) Interessen doch eine ganz ungewöhnliche Rolle. Wenn beispielsweise die Lancashirer Baumwollindustrie behauptet,

ten kann: sie importiere ihren gesamten Rohstoff und exportiere über drei Viertel ihres Erzeugnisses, so gewinnt der Fortbestand der alten Freihandelspolitik, obwohl sie innerlich in ihren prinzipiellen Grundanschauungen längst auf allen Seiten schwer erschüttert ist, selbstverständlich eine tatsächliche Stütze, wie sie anderwärts kaum je in Wirksamkeit treten kann.

Um so bemerkenswerter ist es, wie die protektionistischen Vorstöße unermüdetlich an den verschiedensten schwachen Stellen der englischen Produktions- und Absatzverfassung einsetzen, und wie gelegentliche und sogar recht häufige Schlappen sofort wieder durch vorwärtstastende Versuche und unbestreitbare Erfolge auf anderen Gebieten vollständig ausgeglichen werden, und vielfach mehr als bloß das.

Der neue handelspolitische Kurs der mit überwältigender parlamentarischer Mehrheit zurückgekehrten Baldwinschen Regierung trat zunächst in einigen programmatischen Sätzen der Thronrede vom 9. Dezember 1924 und in der daran in üblicher Weise sich anknüpfenden Adreßdebatte zutage. Hierüber wurden die Leser der Sozialistischen Monatshefte seinerzeit eingehend unterrichtet.¹ Bereits am 5. Februar 1925 veröffentlichte das offizielle Handelsamtsblatt, das Board of Trade Journal, die mehr verwaltungstechnischen Durchführungsbestimmungen zu dem Baldwinschen Programm, die mit echt englischer Vorsicht und taktischer Geschicklichkeit sich äußerlich vollkommen an das Lloyd Georgesche Industrieerhaltungsgesetz (Safeguarding of Industries Act) vom Jahr 1921 anlehnen. Der 2. Teil dieses Gesetzes, der sich speziell gegen das Dumping infolge Lohndrucks oder Valutaentwertung wendete, ist zwar während des arbeiterparteilichen Interregnums aufgehoben worden, die übrigen Bestimmungen blieben jedoch unangetastet, und auf jeden Fall kann sich der heutige Unionismus auf diese schwache Stunde der Lloyd Georgeschen Koalition mit gutem Recht berufen. Von dieser willkommenen und bequemen Einbruchsstelle aus sucht der Baldwinsche Protektionismus eine ganze Reihe von Schutzmaßnahmen versuchsweise vorwärts zu bringen.

Zunächst noch immer in recht harmloser Einkleidung. Aber die freihändlerische Presse hielt es immerhin für nötig sofort mit recht heftigen Worten Lärm zu schlagen, und am 16. Februar stand im Unterhaus die so oft totesagte Wendung der Handelspolitik abermals auf der Tagesordnung, und zwar in Verbindung mit der Resolution MacDonald-Snowden: das in der amtlichen Regierungskundgebung niedergelegte handelspolitische Ziel und Verfahren müsse »ein System von Generaltarifen nach sich ziehen, das nicht geeignet sei das wirtschaftliche Leben zu erweitern (to enlarge the volume of trade) und die Interessen der Arbeiter im Hinblick auf Beschäftigung, Löhne und Daseinsweise zu schützen«. Umgekehrt bestritten Baldwin als Premier und Cunliffe-Lister als Präsident des Handelsamts jede prinzipielle Umkehr. Es seien, im wesentlichen nach der 1921 von den hervorragendsten Liberalen und Freihändlern gebilligten Methode, nur einzelne außerordentliche internationale Konkurrenzverhältnisse, bald aus diesem bald aus jenem Produktionszweig, herauszugreifen und nach unparteiischster Nachprüfung auf begrenzte Zeit, keineswegs dauernd, einer zollpolitischen Sonderregelung zu unterwerfen. Wozu also so viel Lärm um nichts?

1) Siehe Schippel Britische Zoll- und Reichswirtschaftspolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 8 und folgende.

BEDROHTE Produktionszweige sollen sich in Zukunft mit Schutzforderungen an das Handelsamt wenden können. Baldwins altem Wahlversprechen gemäß scheiden von vornherein Lebensmittel- und Getränkeproduzenten dabei aus (übrigens wurde kürzlich ein Agrarausschuß eingesetzt, um andere, nicht unmittelbar zollpolitische Hilfsmaßnahmen für die zweifellos notleidende englische Landwirtschaft zu erwägen). Das Handelsamt muß weiter, um den vorgesehenen Untersuchungs- und Entscheidungsapparat in Gang kommen zu lassen, davon überzeugt sein, daß es sich um ein Produktionsgebiet von wesentlicher Bedeutung (substantial importance) entweder nach der Zahl der Beschäftigten oder nach der Art des Erzeugnisses handle. Ferner muß es das Handelsamt »als glaubhaft erwiesen erachten, daß die Konkurrenz in dieser Industrie durch Importe aus dem Ausland eine außergewöhnliche ist, und daß infolge dieser Konkurrenz die Beschäftigung in der Produktion der fraglichen Waren im Vereinigten Königreich ernstlich getroffen ist oder es aller Wahrscheinlichkeit nach werden wird«.

Grundlegend für alle einleitenden und schließlichen Schritte wird alsdann vor allem die von den beteiligten Instanzen gegebenenfalls anerkannte *„unfaire“* Auslandskonkurrenz. Diese liegt nach Sektion II Ziffer 5 vor, wenn folgende Ursachen und Begleiterscheinungen der Auslandskonkurrenz sich einzeln oder gemeinsam nachweisen lassen:

»a) Entwertung der Währung mit der Wirkung, daß eine Exportprämie geschaffen wird; b) Subventionen, Prämien oder andere künstliche Vorteile; c) niedriger Stand der Arbeitsbedingungen in Bezug auf Löhne, Arbeitszeit oder in anderer Beziehung in der Produktion der betreffenden Einfuhrware im Vergleich mit denjenigen in der Produktion ähnlicher Waren im Vereinigten Königreich.«

Der jedesmal ad hoc besonders einzuberufende Sachverständigenausschuß kann aber darüber hinaus noch andere besondere Umstände herausheben, durch die nach seinem Urteil »die Produktion des Vereinigten Königreichs in einen ernstlichen Nachteil versetzt« ist. Betrachtet der Ausschuß diese Voraussetzungen eines unlauteren Auslandsbewerbs als erfüllt, so hat er zugleich Vorschläge über die notwendige und ausreichende Zollhöhe auszuarbeiten, »um die unlautere Konkurrenz auszugleichen (to countervail the unfair competition)«.

Formal spielt sich dabei alles nach den feststehenden und hochentwickelten englischen Erfahrungen und Überlieferungen ab. Im Ausschuß dürfen keine Personen sitzen, die an dem Ergebnis der Untersuchung und Entscheidung irgendwie materiell interessiert sein könnten. In der Art seines Vorgehens ist der Ausschuß möglichst unumschränkt, aber die Beweisaufnahmen sollen stets in vollster Öffentlichkeit mit freier Rede und Gegenrede stattfinden; nur wo vertrauliche Behandlung unentbehrlich scheint, sind Abweichungen von der Regel zulässig. Nach der Absicht der Regierung sollen »irgendwelche zum Schutz von Industrien vorgesehenen Zölle« für einen bestimmten Zeitraum in Kraft gesetzt werden. Ihre Anordnung geht vom Handelsamt aus, bedarf jedoch der Zustimmung des Schatzamts (auf dessen gegenwärtigen Vertreter Winston Churchill die Freihändler von der Richtung des Manchester Guardian große Hoffnungen setzen). Ferner soll die Regelung in einer Finanzbill niedergelegt werden, für die eine ungebundenerere parlamentarische Besprechung erfolgen kann als für einfache Regierungsverordnungen des gebräuchlichen Zuschnitts.



RÜHER hätte man in England weidlich gespottet über eine solche Paarung von umfassendsten Regierungsvollmachten, die unter Umständen aus einer Häufung von Ausnahmeeinzelfällen ein ganz neuartiges handelspolitisches System herauszubilden vermögen, und von gefügigem Entgegenkommen gegen alle möglichen wirtschaftlichen und parlamentarischen Befürchtungen. Heute ist man in beiden Lagern mit Lob und Tadel ziemlich zurückhaltend, weil für die Tragweite des ganzen Plans noch keine bestimmteren Anhalte vorliegen. Auch die Unterhausdebatte am 16. Februar hat hierin kaum weitergeholfen.

Von der Arbeiterpartei trug MacDonald als erster Redner und Begründer der Resolution allerdings ziemlich stark auf. Er sprach von einer sehr einschneidenden Umkehr in der »fiskalischen, wirtschaftlichen und industriellen Politik unseres Landes«. Habe man erst einmal mit protektionistischen Eingriffen begonnen, so könne man sich schwer wieder davon befreien. Schutzzollbestrebungen in anderen Ländern würden dadurch aufs neue wachgerufen. »Es gab Anzeichen, daß der Protektionismus zur Besinnung komme. Das von unserer Regierung gegebene Vorbild könnte den Vorwand bieten ihn wieder auf die Beine zu bringen. So könnte Deutschland sagen: Berücksichtigt unsere Steuerlast, unsere Friedensverpflichtungen, den Dawesbericht, den Verfall unseres Innenmarktes. Es könnte auf uns, zu unserm Schaden, genau die selben Grundsätze, wie sie in der Regierungskundgebung niedergelegt sind, anwenden und uns so der Vorteile aus dem jüngst abgeschlossenen Handelsvertrag berauben. Denn setzen Sie voraus, die Dominien prüften unsere Löhne nach. Erst neulich habe ich in einem australischen Blatt eine sehr abschreckende Äußerung über die Zustände in unserer Baumwollindustrie gefunden, und die Frage wurde aufgeworfen, ob britische Baumwollwaren nicht mit einem Zoll zu belegen seien, weil sie nach australischen Begriffen unter tiefem Lohndruck (under sweated conditions) produziert würden.«

Andrerseits hörte Snowden aus den Reden Baldwins und Cuncliffe-Listers heraus, daß nichts Ernstes zu erwarten sei, schon weil die letzte Entscheidung jedesmal beim Schatzamt liege, das die Einnahme- und Besteuerungsregelung nicht aus der Hand geben werde. Ein dritter Arbeiterparteilerner, Haden Guest (Southwark), erging sich dagegen in recht antifreihändlerischen Wendungen. Eine zielbewußte Arbeiterklassenpolitik müsse doch etwas anderes sein als ein »rot angestrichener Liberalismus«: worauf ihn Snowden ganz nach kontinentaler Gepflogenheit einen Tory (hier doch wohl im Sinn eines Reaktionärs) nannte. Aber auch Dalton, der Arbeitervertreter für Peckham, der im übrigen MacDonald und Snowden zur Seite stand, hielt es für richtig grundsätzlich von dem bloßen internationalen *laissez faire* des Altliberalismus abzurücken und die Freihandelspolitik als ein Fehlen jeglicher wirklichen Politik zu bezeichnen, das freilich unter Umständen noch immer besser sein könne als eine falsche Politik. Schleuderausfuhren würden am besten (hierauf hatte MacDonald gleichfalls hingewiesen) durch international gleichen Arbeiterschutz verhütet. Gegen hierin widerstrebende Staaten gebe es ein besseres Mittel als Zölle, nämlich Einfuhrverbote: was nun freilich eine noch schärfere und überhaupt nicht mehr zu überbietende Abkehr vom internationalen Freihandel nach Prinzip wie nach Praxis darstellen würde.

Bei der Abstimmung im Unterhaus fiel die Resolution MacDonald mit 146 gegen 335 Stimmen. So ist nach wie vor alles in unklarster Gärung. Denn eine irgendwie allgemeine befriedigende und für einige Zeit abschließende handelspolitische Lösung sind die Baldwinschen Vorschläge natürlich nicht.



BRUNO BORCHARDT · PRINZIPIELLES ZUR UMWANDLUNG DER BERLINER REALSCHULEN



IN Berlin wird am 1. April eine Änderung in der Lehrverfassung einer bestimmten für Alt Berlin eigentümlichen Art der höheren Schulen durchgeführt. Als höhere Schule bezeichnet man allgemein die Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und Realschulen. Die Altberliner Realschulen unterscheiden sich von allen übrigen preußischen, auch den in den früheren Vororten von Berlin, dadurch, daß sie mit dem fremdsprachigen Unterricht nicht bereits in der untersten Stufe, in der Sexta, beginnen sondern erst im 3. Realschuljahr, in der Quarta. Bei ihrer Gründung vor etwa 40 Jahren war der Plan des damaligen Stadtschulrats Bertram (nach dem sie bis heute Bertramrealschulen genannt werden) diese Schulen überhaupt erst mit der Quarta beginnen zu lassen, so daß sie sich unmittelbar an die Volksschule anschließen und ihre Schüler fast ausnahmslos von dieser nach 6jährigem Besuch empfangen sollten; und zwar meinte Bertram, daß nur Schüler, die mit gutem Erfolg 6 Jahre die Volksschule besucht hätten, in die Realschule übergehen sollten. »Diesen« meinte er »ist der Übergang in höhere Schulen erschwert, weil dort mit der fremden Sprache nach dem 9. Lebensjahr begonnen wird. Daß aber diese Knaben die Gemeindeschule früher verlassen, ist weder den Eltern erwünscht, denn erst die Bewährung der Kinder bis zum 12. Jahr rechtfertigt den Aufwand für die höhere Schulbildung, noch den Gemeindeschulen zuträglich, denn diese Knaben bilden das unentbehrliche Ferment der oberen Gemeindeschulklassen.« Bertram hatte diese Schulen als eine Art Aufbauschulen der Gemeindeschulen gedacht, die allerdings schon nach dem 6. Schuljahr abzweigen und die für die höhere Schulbildung Geeigneten aufnehmen sollten, während die übrigen, die sich in 6 Schuljahren als der höhern Schulbildung unfähig oder auch vielleicht aus anderen Gründen unwürdig erwiesen hätten, sich noch 2 weitere Jahre bis zur Vollendung der Schulpflicht auf der Volksschule aufhalten und dort weitere, von der höhern Schulbildung grundsätzlich abweichende Volksbildung genießen sollten: eine etwas trostlose Aussicht, nachdem die lebhafteren, beweglicheren und regsameren Schüler, die nach Bertrams eigenen Worten das »unentbehrliche Ferment« der oberen Volksschulklassen bilden, diese verlassen haben, die obersten Volksschulklassen sich also ohne dies unentbehrliche Ferment behelfen müssen.

Bertram hat seinen Plan nicht ganz verwirklichen können. Es wurden vom Ministerium zwar Realschulen für Berlin genehmigt, in denen der fremdsprachige Unterricht in der Quarta beginnt, aber nicht solche ohne Sexta und Quinta, so daß die Hauptmasse der Schüler dieser Schulen nicht von den Volksschulen kam, und für den spätern Übergang nach 6 Volksschuljahren im allgemeinen nicht die größere Regsamkeit eines Knaben maßgebend war, sondern die wirtschaftliche Lage seiner Eltern sowie deren Verständnis für das Kulturgut der bessern Schulbildung und das Maß von Opferwilligkeit, das sie eben der bessern Schulbildung ihrer Kinder bringen wollten. So sind denn die obersten Klassen der Berliner Gemeindeschulen keineswegs ohne das Ferment geistig regsamer Schüler geblieben, wie der Bertramsche Plan es ihnen zugedacht hatte, obwohl er dieses Ferment selbst für unentbehrlich erklärt hatte.

Jetzt also sollen die Bertramrealschulen ihren spezifischen Charakter verlieren und wie alle anderen mit dem fremdsprachigen Unterricht in der Sexta beginnen. Die Vorlage, die der Berliner Magistrat Ende des vorigen Jahres hierüber den Stadtverordneten unterbreitete, ist von diesen am 29. Januar angenommen worden, gegen den lebhaften Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion, die für die Erhaltung der Bertramrealschulen eintrat. Den äußern Anlaß zu dieser Umgestaltung gab die vom Kultusministerium angeordnete Reform des höhern Schulwesens mit ihrer wesentlich verkürzten Stundenzahl, wonach es unmöglich erscheint, daß die Quartaner noch weiterhin in 1 Jahr das bewältigen können, wozu die Schüler der übrigen Realschulen 3 Jahre Zeit haben. Hiergegen wurde von sozialdemokratischer Seite eingewandt, der Stoff müsse allgemein auf den höheren Schulen so herabgesetzt werden, daß diese modernen Realschulen, die sich recht eigentlich zu Aufbauschulen entwickelt hätten, diese Aufgabe auch künftig leisten könnten. Überhaupt sei der Stoff in der Schule nicht das Wesentlichste, mit der alten "Lernschule" müsse in viel schnellerm Tempo aufgeräumt werden, und keineswegs dürfe man die soziale Errungenschaft der Bertramsschule, die den begabten Volksschülern das Erwerben der höhern Schulbildung ermögliche, fallen lassen.

Diese nach meiner Meinung durchaus verkehrte Stellungnahme der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion fordert zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen heraus.

"Aufstieg der Begabten", indem man den also Genannten den Zugang zu einer höhern Schule ermöglicht, ist ein altes, bürgerlich-liberales Schlagwort, das viele Sozialdemokraten gedankenlos nachsprechen, obwohl es mit Sozialismus, mit sozialdemokratischer Weltanschauung und mit praktisch zu erstrebenden sozialistischen Zielen nicht das mindeste zu tun hat. Es geht von der Voraussetzung aus, daß zur Erringung der höhern Schulbildung eine besondere, den normalen Durchschnitt überragende Begabung gehört, und damit zugleich von der irrigen Vorstellung, daß diese besondere Begabung im allgemeinen mit der Zunahme günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse wächst. Über den Zugang zu höheren Schulen entscheidet ja seit Jahrhunderten lediglich die wirtschaftliche Lage der Eltern, und wenn das Endziel der höhern Schule auch nicht immer erreicht wird, so erreicht der Durchschnitt der Schüler doch immerhin einen gewissen Abschluß der Bildung, was dann durch ein Zeugnis, wenn es auch nicht das für den Besuch der Universität erforderliche Reifezeugnis ist, amtlich bescheinigt wird. Demgegenüber ist mit allem Nachdruck daran festzuhalten, daß zur Aneignung dieser höhern Bildung ganz bestimmt die sogenannte normale Begabung genügt, wie denn auch die überwiegende Mehrzahl derer, die durch die höheren Schulen gingen, die Universität besucht und Examina zum Abschluß ihrer akademischen Bildung abgelegt haben, sich schließlich ja doch auch nur als "Durchschnittsmenschen" erwiesen haben und dauernd erweisen.

Der "Aufstieg der Begabten" und ihre Überführung in die höhere Schule hat aber noch eine andere Voraussetzung: daß nämlich eine Auslese möglich ist. Goethe sagt einmal: »Wüchsen die Kinder in der Art fort, wie sie sich andeuten, so hätten wir lauter Genies . . . Wenn auch die menschlichen Anlagen im ganzen eine entschiedene Richtung haben, so wird es doch dem größten und erfahrensten Kenner schwer sein sie mit Zuverlässigkeit voraus

zu verkünden; doch kann man hinterdrein wohl bemerken, was auf ein Künftiges hingedeutet hat.« Viele unserer Schulmeister und Psychologen bilden sich aber ein, sie könnten bei einem jungen Menschenkind im Alter von 10 bis 12 Jahren durch psychotechnische Methoden sowohl die Richtung als auch den zahlenmäßig anzugebenden Grad einer besonders gerichteten Begabung feststellen, und wollen sich anmaßen auf Grund ihrer Beobachtungen zu bestimmen, ob sich das Kind mit der niedern Volksschulbildung begnügen müsse oder einer höhern Schulbildung teilhaft werden dürfe, deren Art (sprachliche oder mathematische oder naturwissenschaftliche oder technische Ausbildung) sie dann auch noch bestimmen wollen. Solchem Unsinn fügen sich natürlich weder die Eltern noch die Kinder, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben neben den sich allmählich entwickelnden besonderen Neigungen der Kinder in erster Reihe maßgebend für die Art der Schulbildung. Wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß bei den Kindern der Ärmsten, die die Volksschule, die kein Schulgeld verlangt, besuchen, derartige Entscheidungen von Lehrern und Psychologen getroffen werden. Wäre dieser Unfug in voller Schärfe durchführbar, so müßte er zu einer Scheidung unseres Volkes führen, die viel schlimmer wäre als jede auf wirtschaftlichen Verhältnissen beruhende Klassenscheidung, nämlich zu einer Schicht überheblicher Menschen mit höherer Schulbildung und den vielen ungebildeten Volksschülern, die wegen ihrer Dummheit zur Volksschule verurteilt wurden. Die Durchführung einer solchen Auslese wäre also gar nicht einmal wünschenswert. Aber glücklicherweise ist sie auch unmöglich. Unheil genug wird freilich durch die immerwährenden Versuche mit Begabtenklassen und Begabtenschulen auch so schon angerichtet; denn gerade die regsten Kinder, die ein Ansporn für die ganze Klasse sind, werden ihr entzogen, und die übrigen, darunter sicherlich sehr viele, die nicht minder starkgeistig sind, aber von den prüfenden und die Auslese treffenden Personen nicht erkannt werden, und sehr viele, die sich etwas langsamer entwickeln, werden, namentlich wenn ihr Streben nicht intellektualistisch ist, mit dem amtlichen Stempel der Dummheit versehen, den sie ihr ganzes Leben mit sich herum schleppen müssen.

Dazu kommt noch das Gerede, daß die höheren Schulen die künftigen Führer der Nation erziehen und heranbilden sollen: gerade als ob Schulbildung mit Klugheit, und Klugheit mit Führerart identisch ist, während doch ein großer Intellekt an sich gar nicht zum Führer geeignet macht, wenn er sich nämlich nicht mit Entschlußkraft paart sondern allzu sorgfältig jedes Für und Wider in Rechnung zieht. Der stärkste Wille wird den schwächern immer mit sich reißen, Führer wird stets der sein, der am stärksten will.

Als entscheidendes Kennzeichen der höhern Schulbildung gilt bei uns die Beschäftigung mit fremden Sprachen, das durch sie ermöglichte Eindringen in das Verständnis der Kultur eines fremden Volkes. Für diese Beschäftigung wird eine besondere Begabung vorausgesetzt, und daher gehört zu dem Lehrstoff der Volksschule eine Fremdsprache nicht, während es keine höhere Schule, welcher Art sie auch immer sei, ohne Fremdsprache gibt. Da Bertram die Berliner Realschule an den 6jährigen Besuch der Volksschule anschließen wollte, so verlegte er die Beschäftigung mit der Fremdsprache hinter das 12. Lebens- oder 6. Schuljahr, während es auf allen anderen höhern Schulen in der untersten Klasse begann, also hinter dem 4. oder 3. Schuljahr, je nachdem die Vorbereitung auf einer Volksschule oder einer

besondern Vorschule erfolgte. Bertram fand kräftige und zum Teil treffende Worte gegen den frühzeitigen Beginn des fremdsprachigen Unterrichts, der in vielen Fällen eine Störung der gedeihlichen Entwicklung des Kindes bedeute. Dem steht jedoch die Tatsache entgegen, daß in den Schulen unserer östlichen Nachbarn, auf deren Bildung wir verächtlich herabzusehen gewohnt sind, recht früh und bedeutend mehr fremde Sprachen getrieben und auch wirklich gesprochen werden als bei uns. Weiter spricht gegen einen allgemein späten Beginn fremdsprachigen Unterrichts der Umstand, daß auch bei uns gerade die Schichten, die es sich gestatten können ihre Kinder schon in ganz zartem, noch vor dem schulpflichtigen liegenden Alter eine fremde Sprache treiben lassen, die sie in gleicher Weise wie die deutsche lernen. Ich habe noch niemals gehört, daß nur besonders begabte Prinzen und Prinzessinnen fremde Sprachen treiben, sondern jede dieser Persönlichkeiten beherrscht Französisch, meist auch Englisch, ebenso wie ihre Muttersprache, und das gleiche gilt von den Kindern der Reichen, die dadurch allein befähigt werden den diplomatischen Dienst wahrzunehmen. Natürlich wird das Beherrschen einer ganzen Anzahl von fremden Sprachen stets ein Vorzug einer bestimmten Gattung Menschen sein. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich jedermann, wenn er nur will, eine oder auch einige fremde Sprachen aneignen und in das Verständnis der Kulturen einiger fremden Völker eindringen kann, wie ja auch kein Mensch wird behaupten wollen, daß die deutschen Fürstlichkeiten von jeher zu den besonders begabten und hervorragenden Persönlichkeiten gehört haben. Ich erinnere auch an den Versuch, den vor fast 30 Jahren Hope Bridges Adams Lehmann in München mit einer sogenannten Arbeitsschule machte, in die sie bereits Kinder vom 3. Lebensjahr an aufnahm. Die Art der Beschäftigung, zu der Spielen in freier Luft und Gartenarbeit in hervorragendem Maß gehörten, war dem Spieltrieb der Kinder angepaßt; aber deshalb wurden fremde Sprachen nicht vernachlässigt, vielmehr schon im zartesten Alter getrieben, und zwar mit Erfolg: 4jährige Kinder sangen dort ihre englischen und französischen Liedchen mit dem selben Verständnis wie deutsche.

Für uns ergibt sich daraus die Forderung, daß fremdsprachiger Unterricht möglichst frühzeitig beginne und auch in der Volksschule getrieben werde. Wir müssen eben mit dem Vorurteil brechen, daß er nur besonders veranlagten, "begabten" Kindern des Volkes zuteil werden soll. Nur mit der Erfüllung dieser Forderung werden wir wirklich zu einer allgemeinen Grundlage der Volksbildung, zu einer Einheitsschule bis etwa zum 14. Lebensjahr kommen, an die sich die einzelnen Fachschulen, auch die, die auf gelehrte Berufe vorbereiten, anschließen müssen. Es wäre utopisch eine solche Einrichtung oder Reform zu verlangen, ohne an das Bestehende anschließen zu wollen. Wir haben heute die 4jährige Grundschule, die jeder Volksgenosse ohne Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse durchmachen muß. Wir leben zwar in einer Übergangszeit, in der die Widerstände gegen die Grundschule noch recht stark sind, aber schon in der nächsten Generation wird sie sich allgemein durchgesetzt haben. Wollen wir nun erreichen, daß sich an diese Grundschule allgemein die höhere Schule anschließt, so müssen wir eine Schulart begrüßen, die sofort nach dem 4. Schuljahr den Übergang auf sie ermöglicht, wie das die Realschule tut, und dürfen nicht an der besondern Art der Altberliner Realschule festhalten wollen, die das erst nach dem 6. Schuljahr zuließ. Die wirtschaft-

lichen Verhältnisse allein haben es verschuldet, daß von der Möglichkeit des frühen Übergangs zu den Realschulen, der ja außerhalb Alt Berlins möglich war, bisher so wenig Gebrauch gemacht worden ist. (Übrigens haben weit mehr Arbeiter davon Gebrauch gemacht als man gemeinhin denkt, die Anzahl der Arbeiter, die schwere wirtschaftliche Opfer auf sich nehmen, um ihren Kindern eine bessere Schulbildung zuteil werden zu lassen, ist keineswegs gering.) Wir dürfen also nicht durch die Lehrverfassung der Realschule Schranken gegen diesen frühen Übergang aufrichten, wie es in der Bertramrealschule der Fall war, sondern müssen die Reform so gestalten, daß es auch den Arbeitern möglich wird ihre Kinder dahin zu schicken.

Während der kurzen Ära Paulsen, die mit einem Rechtsbruch ein gewaltiges Ende fand, ist in dieser Richtung kräftig vorangeschritten worden: Die Staffelung des Schulgelds macht es immer mehr Arbeitern möglich ihre Kinder auf die höhere Schule zu schicken. Dazu kommt die Gewährung freier Lernmittel, die zwar noch keineswegs allgemein durchgeführt ist, die aber in weit liberalerm und weniger engherzigem Geist gehandhabt wird als früher und mit der Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage immer mehr zur Norm werden wird. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung muß die Gewährung von Erziehungsbeihilfen an die wirtschaftlich schwachen und mit vielen Kindern gesegneten Familien sein. Schreitet man auf diesem Weg fort, so werden sich immer mehr Eltern entschließen ihre Kinder gleich von der Grundschule aus auf die Realschule zu geben, die sich dadurch immer mehr zur allgemeinen Volksschule entwickeln muß. Ist erst einmal erreicht, daß sich die Erkenntnis von der Wichtigkeit solchen Vorgehens in der Arbeiterklasse ausbreitet, so kann das letzte geschehen, wodurch die Realschule zur Volksschule wird, die Aufhebung des Schulgelds.

Ganz kurz möchte ich noch auf ein Argument hinweisen, das freilich nur mittelbar mit der Schulreform zusammenhängt. Es ist die Forderung der Volksschullehrerschaft, daß für sie eine akademische Bildung unerläßliche Vorbedingung sein soll. Würde diese Forderung erfüllt werden, die Volksschule aber so bleiben wie sie heute ist oder gar noch mehr zur Schule für die "Unbegabten" werden, so würden Lehrkräfte für sie recht schwer zu finden sein, denn die akademisch gebildeten Lehrkräfte würden in überwiegendem Maß eine ihrer Vorbildung entsprechende Beschäftigung verlangen. Wird aber die an die Grundschule anschließende Realschule zur allgemeinen Volksschule, so täte man gut daran dieser Forderung der Lehrerschaft baldmöglichst zu genügen.

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · GÖTZEN- ANBETER · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



UFWIEGLER!« schreien die Götzenanbeter jenen zu,
Die an den Straßenecken stehen und rufen:
»Geht hin, ihr Reichen, schluchzt und heult,
Um des Elends willen, das über euch kommen wird!
Denn euer Gold und Silber ist zerfressen!

Sehet den Taglohn der Tagelöhner,
Die eure Felder abgeerntet haben,
Der, durch Betrug von euch zurückgehalten, ruft:
»Ihr habt die Gerechten verdammt und getötet.«

Wenn ein Bruder oder eine Schwester nackt ist
 Und der täglichen Nahrung entbehrt,
 Und einer von euch ihnen sagt:
 »Geht in Frieden von mir, seid gewärmt und gesättigt!«,
 Doch ihnen die Dinge nicht gibt,
 Die dem Körper nötig sind:
 Welch einen Sinn hat das?«

Die Götzenanbeter sind Anbeter
 Der Dinge, die waren.
 Sie gieren nach seelenlosen Dingen
 Und kreuzigen mit Eifer die Meister der Seele.
 Und wenn jeden Tag ein Christus stürbe,
 Sie verstünden ihn nicht.

HERMANN SCHÜTZINGER · ARTIKEL 48

BEKANNTLICH hat voriges Jahr neben dem Schöpfer unserer Reichsverfassung Hugo Preuß, neben dem Senatspräsidenten Arnold Freymuth, neben dem Republikanischen Richterbund und dem Republikanischen Reichsbund der Deutsche Juristentag in Heidelberg, dem doch ein allzu stürmischer Umsturz wille kaum nachzusagen ist, einstimmig beschlossen die Reichsregierung zum sofortigen Erlaß eines Ausführungsgesetzes zu § 48 der Reichsverfassung aufzufordern, da die Praxis der Handhabung der Staatsgewalt im militärischen Ausnahmezustand geeignet sei »das Ansehen Deutschlands als Rechtsstaat aufs schwerste zu erschüttern«. Ein solches Ausführungsgesetz hat nun der Reichsinnenminister Schiele angekündigt. Er führte am 16. Februar 1925 im Reichstag folgendes aus:

»Um ... einer Abstumpfung der dem Reichspräsidenten durch den Artikel 48 für die Zeit von Unruhen in die Hand gegebenen Waffe vorzubeugen, wie sie der häufige Erlaß von Verordnungen auf Grund des Artikels 48 in der letzten Zeit befürchten läßt, erwägt die Reichsregierung dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch den der Reichsregierung unter bestimmten Kautelen ein Notverordnungsrecht für die Dauer der Abwesenheit des Reichstags gegeben wird. Der Entwurf eines solchen Gesetzes liegt dem Reichskabinett bereits vor und wird in aller Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Der Reichsminister des Innern wird sich für seine schleunige Erledigung einsetzen. Meine Damen und Herren, ob die große Reihe von Auslegungsfragen, zu der die Anwendung des Artikels 48 geführt hat, durch das in Artikel 48 Absatz 5 vorgesehene Ausführungsgesetz restlos geklärt werden kann, ist zweifelhaft.«

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Ankündigung schnell die Tat folgen wird. Auf jeden Fall ist es dringend geboten darüber Klarheit zu schaffen, was wir von einem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung erwarten. (Das »Notverordnungsrecht« des Reichspräsidenten steht auf einem andern Blatt.)

Der Ausnahmezustand gehört eigentlich nicht in das Gebiet der Politik und der Truppenführung sondern in erster Linie in das Ressort der Polizei. Politische Betrachtungen über den sogenannten militärischen oder den zivilen Ausnahmezustand sind in letzter Zeit sehr viel geschrieben worden; sie haben allerdings mehr zur Verwirrung als zur Klärung der staats- und verwaltungsrechtlichen wie der polizeitechnischen und militärischen Fragen beigetragen. Das eine Fazit können wir aus dem verflochtenen militärischen

Ausnahmезustand ziehen: daß sich die Wehrmacht sehr zum Schaden Deutschlands und seines Ansehens als Rechtsstaat, wie der Juristentag sagt, auf Gebiete gewagt hat, die sie angesichts der Erziehung und Ausbildung ihrer Organe niemals hätte betreten dürfen.

Eine objektive Würdigung ließ der Minister Severing dem militärisch gehandhabten Ausnahmезustand in seinem Vortrag am 8. Februar 1924 zuteil werden. Er führte aus, daß in erster Linie die den Ausnahmезustand handhabenden Persönlichkeiten dem sogenannten Belagerungszustand in ihrem Zuständigkeitsbereich den Stempel aufdrückten. Nicht alle Befehlshaber hätten versucht ihm eine bestimmte politische Tendenz unterzulegen. Er habe sich überall, wo Differenzen zwischen Militärbefehlshabern und preußischen Beamten auftauchten, bemüht die Berechtigung und Richtigkeit der Klagen von hüben und drüben selbst zu prüfen und habe gefunden, daß es neben einigen Generalen, die in der Tat nichts sind als Soldaten, solche gibt, die sich gewillt zeigten mit den zivilen Behörden zusammenzuarbeiten, die auch berechtigten Vorstellungen der Polizeiverwalter willig Folge leisteten und wirklich bemüht waren den Ausnahmезustand nur gegen Ruhestörer anzuwenden. Aber es genüge nicht der gute Wille des Kommandeurs; denn der Kommandeur könne sich um die Einzelfragen gar nicht kümmern, die in einem so großen Bezirk wie einem Wehrkreis zu regeln sind.

Die Arbeitsgebiete der Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei sind eben Spezialgebiete, auf denen man bei Gelegenheit eines Ausnahmезustands nicht diletieren und experimentieren kann, ohne Schaden an Recht und Gesetz anzurichten; sie sind hochentwickelte Disziplinen der Polizeiwissenschaft, in die man sich nur durch jahrelanges Studium und praktische Erfahrung einarbeiten kann. Darum brauchen wir den Schutz des Ausführungsgesetzes als Barriere gegen (vielleicht gutgemeinte, in ihrer Wirkung aber doch verhängnisvolle) Eingriffe in die Berufsdomäne der Polizei. Dieses Ausführungsgesetz muß selbstverständlich die Kommandofrage im Fall der Notwendigkeit rein militärischer Operationen berücksichtigen. Man darf dabei nicht in das entgegengesetzte Extrem wie beim militärisch gehandhabten Ausnahmезustand verfallen und nach dem Wunsch selbst angesehenen Politiker wie Preuß die Zulässigkeit der Kommandoführung durch einen Militär verneinen.

Die von machtpolitischen Einflüssen genährte Rechtsunsicherheit zur Zeit des sogenannten militärischen Ausnahmезustands 1923-1924 hat eine staatsrechtliche Ungleichheit zwischen den deutschen Ländern geschaffen, derzufolge jener Artikel 48 zu schweren Eingriffen in die Verwaltungshoheit machtpolitisch schwacher Territorien benutzt werden konnte, während er in einem in offener Fronde stehenden Land die zahlreichen Rechtsbrüche mit decken half. Wir brauchen ein Gesetz, das dem Jonglieren mit dem Buchstaben und dem Geist der Verfassung gründlich ein Ende macht und einen verfassungsrechtlich genau präzisierten und abgestuften Ausnahmезustand schafft, dessen Anwendungsgrade und dessen ausführende Organe genau festzulegen sind. Welche Widerstände sind vor und nach dem Erlaß dieses Gesetzes zu brechen? Warum ist dieses Gesetz nicht längst erlassen? Der eine Bremskeil wird von Bayern aus gehandhabt, wo das Ausführungsgesetz allen staatsrechtlichen Extravaganzen Bayerns ein Ende setzen und dieses Land zu dem unangenehmen Mittel des offenen Verfassungsbruchs zwingen würde, der andere von der Wehrmacht.

Der staatsrechtliche Sachverhalt ist kurz folgender: Zuzolge Absatz 5 des Artikels 48 der Reichsverfassung ist ein Reichsgesetz über die Vorschriften des in Absatz 1 bis 4 umrissenen Ausnahmezustands zu erlassen. Das selbe verlangte der Artikel 68 der Reichsverfassung von 1871 mit dem selben negativen Erfolg, so daß im alten und im neuen Reich die Grundsätze des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 für das Reichsgebiet angewandt werden mußten.

Das neue Gesetz muß zunächst den Mißbrauch des Absatzes 4 des Artikels 48 (Befugnis der Länder zur Verhängung des Ausnahmezustands) durch Bayern unmöglich machen. So hat Bayern auf Grund dieses Absatzes im Juli 1922 das Republikenschutzgesetz aufgehoben und den § 89 des Reichsstrafgesetzbuchs (Vorschubleisten einer feindlichen Macht während des Krieges) in seinem Sinn auch für die Friedenszeit verwendbar erklärt, um Todesurteile vollstrecken zu können. Im Zeitalter des Telefons und des Telegraphen kann die Befugnis der Länder zur Verhängung des Ausnahmezustands auf Tage und Stunden herabgedrückt werden. Des weitern müssen die Voraussetzungen, unter denen der Reichspräsident den Ausnahmezustand verhängen darf, scharf umgrenzt sein und dürfen lediglich das Gebiet der öffentlichen Sicherheit umfassen. Entfernung verwaltungsrechtlich einwandfrei ernannter Staatsbeamter, die nicht das Vertrauen der Wehrmacht genießen, Heilighaltung des Buß- und Bettags, Unterdrückung republikanischer Zeitungen sind nicht Postulate der öffentlichen Sicherheit. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Oktober 1923 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Freistaats Sachsen nötigen Maßnahmen verstößt ebenso gegen den Geist des Artikels 48 wie dies sämtliche Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung auf Grund dieses Artikels tun. Außerdem erfordert die Regelung der Schutzhaftfrage einen Raum im neuen Reichsgesetz über den Ausnahmezustand. Nach dem Gesetz betreffend die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustands vom 4. Dezember 1916 hatte der Verhaftete wenigstens das Recht der Beschwerde. Wenn nun auch durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. Dezember 1923 die Beschwerde wieder eingeführt wurde, so gilt es doch dieses mit der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 beseitigte Beschwerderecht reichsgesetzlich zu befestigen. Das schwierigste Kapitel des neuen Gesetzes aber ist zweifellos die Technik der Handhabung des Ausnahmezustands und die Auswahl der bevollmächtigten Personen. Preuß lehnt die Übertragung der Vollmacht an die Wehrmacht grundsätzlich ab unter Berufung auf die Entstehungsgeschichte seines Verfassungswerks sowie auf die Verfassungsreform des Prinzen Max von Baden, die damals schon die grundsätzliche Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt verwirklicht habe. Freymuth lehnt sie ebenfalls grundsätzlich ab unter Zitierung des § 36 des Reichswehrgesetzes vom 23. März 1921, das dem Soldaten jede politische Betätigung verbietet.

In dem Gesetz müßten also die einzelnen Phasen innenpolitischer Gewaltanwendung genau bezeichnet werden, ebenso, je nach dem Grad der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, der Instanzenzug, der für die Handhabung des Ausnahmezustands in Frage kommt. Sein Inhalt sähe im großen und ganzen etwa so aus:

1. Die Befugnis der Landesregierungen auf Grund des Absatzes 4 den Ausnahmezustand zu verhängen wird auf folgenden Fall beschränkt: auf den, daß Aufrührerbewegungen (im Sinn des § 2 des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851) in großem Umfang spontan ausbrechen und der Telephon- und Telegraphenverkehr mit dem Reichspräsidenten unterbrochen ist. 48 Stunden nach Wiederaufnahme dieses Verkehrs erlischt der von der Landesregierung verhängte Ausnahmezustand.
2. Das Recht des Reichspräsidenten auf Verhängung des Ausnahmezustands kann nur aus dem Tatbestand einer Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach den Grundsätzen der Handhabung der Sicherheitspolizei hergeleitet werden. Überschreitungen dieser Befugnisse sind rechtsungültig.
3. Für die Verhängung der Schutzhaft bleiben die Bestimmungen der Strafprozeßordnung in Kraft. Beschwerdeinstanz für Schutzhaft, Vereins- und Versammlungsfragen bleibt während des Ausnahmezustands der Staatsgerichtshof.
4. Die Übertragung der Handhabung des Ausnahmezustands ist nur nach dem Grad der sicherheitspolizeilichen Erfordernisse zulässig, und zwar
 - a) an den Ortspolizeiverwalter bei lokalen Unruhen, die über das Versammlungsverbot unter freiem Himmel, zufolge § 123 der Reichsverfassung, hinaus die Beschränkung der persönlichen Freiheit erfordern,
 - b) an die Landespolizeibehörden bei Unruhen, die das Gebiet einer Provinz oder des gesamten Landes umfassen, wobei die Zuteilung und Unterstellung von Reichswehrformationen unter die Landespolizei von der Landespolizeibehörde beantragt werden können, und die Verwendung und der Einsatz nach polizeilichen Gesichtspunkten erfolgt,
 - c) an den Reichsminister des Innern bei Aufständen großen Stils, die große Teile des Reiches umfassen und den Einsatz größerer Polizeiformationen und Armeekörper notwendig machen; dem Reichsminister des Innern sind ein Befehlsstab und eine militärische Reserve zu unterstellen, die nach seinen Gesichtspunkten einzusetzen sind.

Dem Reichstag kann nicht dringend genug nahegelegt werden ein solches Ausführungsgesetz zu schaffen, um die Wiederkehr der mehr oder minder verschleierte Militärdiktatur in Deutschland um die Wende des Jahres 1923-1924 zu verhindern. Erst nach Erlass eines Gesetzes dieser Art kann die deutsche Republik als Rechtsstaat im eigentlichen Sinn gelten.

ANNA SIEMSEN · EINE VORAUSSETZUNG KUNST- GEWERBLICHEN SCHAFFENS

BS ist der Fluch aller Verwaltung, daß sie nicht Leben schaffen sondern nur vorhandenes Leben ordnen kann. Im besten Fall schafft sie Verbindungen und dadurch Anregungen und Befruchtungen. Je zentraler eine Behörde ist, desto weniger kann sie direkt beleben, je mehr sie künstlich organisiert, desto verhängnisvoller klaffen Institution und lebendiges Bedürfnis auseinander. Wenn irgendetwas bei der letzten großen englischen Schulgesetzgebung Anerkennung verdient, so ist es die Freiheit, die den örtlichen Behörden bleibt. Bei ihnen liegt alle Initiative, während der zentralen Instanz nur die Kontrolle und der regelnde Ausgleich verbleibt. In Deutschland hat sich nur das gut und gesund entwickelt, was aus bestimmten Forderungen der Wirtschaft oder aus landschaftlichen Bedürfnissen entstand. Was aus

theoretischen Erwägungen einer Zentralbehörde ins Dasein gerufen wurde, blieb unlebendig. Dessen sind unsere, ach so kostspieligen und so völlig unfruchtbaren Kunstgewerbeschulen ein Zeugnis.

Das Ziel, das man mit ihnen verfolgt, tauchte zuerst auf, als Kunstbetrachtung und Kunstgenuß theoretisch wurden, als der Geschmack nach Grundsätzen geregelt wurde, und man die handwerkliche Praxis nicht in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen fand. Man braucht hier nicht aufzuweisen, wie die Kunsttheorien hinter dem tatsächlichen Geschmack hergelaufen sind und das gegenwärtig Wirkende mit den Ausdrucksformen anderer Zeiten und Kulturen widerlegt haben, um es später wieder aufzugreifen und künstlich neu zu beleben. Aber dieser historisierende Charakter der Ästhetik, den sie nur langsam überwindet, beeinflusste alle Versuche der Geschmacksbildung aufs tiefste. Von den Zeichenschulen des 18. Jahrhunderts wie von den Kunstgewerbe- und Handwerkerschulen der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts dringt der Historizismus wie eine böse Infektion in Handwerk und Technik ein. Die unverstandenen und unwahrhaftigen Formen, zu denen er verführte, wuchern um so ungehemmter, je mehr in dieser Periode das Handwerk wirtschaftlich unterhöhlt und zum Lückenbüßer der Industrie werden.

Als mit den neunziger Jahren der Bruch mit der Tradition eintritt, machen zunächst nur einige, bald führende Schulen ihn mit. Heute ist offiziell die Unmöglichkeit anerkannt durch historische Kenntnisse zu eigener Gestaltung zu gelangen. Die alte historisierende Methode führt nur noch in abgelegenen Schulen und bei einigen alten Lehrern ein verborgenes Dasein. Was an ihre Stelle getreten ist, darüber gab vor 3 Jahren ein Sammelwerk der preußischen Kunstgewerbeschulen Auskunft.¹ Die Übersicht war nicht erfreulich. Viel Fleiß, viel Geldaufwand, erhebliche Begabungen und das Ergebnis ein zielloses Durcheinander, das den Eindruck völliger Ratlosigkeit hinterließ. Was die Schulen sein sollten, wenn sie einen Sinn haben: Zielkinder und Wegweiser, das sind sie nach diesem authentischen Ausweis nicht. Vielmehr erscheint ihre Arbeit als genaue Spiegelung der allgemeinen Lage. Diese ist heute wie in jeder profitbestimmten Wirtschaft durch die Notwendigkeit gekennzeichnet höchstbezahlte Ware zu liefern. Höchstbezahlt aber ist, was höchsten Nutzwert oder höchsten Seltenheitswert hat; soweit die Form in Frage kommt, also die allerzweckmäßigste oder die allerungewöhnlichste Form.

Wir finden unter den Arbeiten der Kunstgewerbeschulen einige, die sich durch ihre gute, materialgerechte und unauffällige Zweckform auszeichnen. Sie sind durchaus in der Minderheit und rühren zumeist von spezialisierten Fachschulen her, zum Beispiel der Iserlohner Metallfachschule. Bahnweisend sind auch sie kaum zu nennen. Das ist verständlich. Zweckmäßige und materialgerechte Form kann nicht sehr stark variieren. Ihre Möglichkeiten sind schnell erschöpft. Man muß sich bei solcher Arbeit unterordnen, strengen Verzicht auf Einfälle leisten. Man kann mit ihr nicht glänzen. Das Resultat ist schwer zu erreichen, und wenn es erreicht ist, ist es unauffällig und scheinlos. Unsere Schulen aber unterliegen der Notwendigkeit sich durch glänzende Resultate auszuweisen, die "Begabung" ihrer Schüler,

¹ Siehe *Kunstgewerbe*, ein Bericht über Entwicklung und Tätigkeit der Kunstgewerbe- und Handwerkerschulen in Preußen, herausgegeben vom Bund der Kunstgewerbeschulmänner /Berlin 1922/.

die "Originalität" ihrer Lehrer vor einer Öffentlichkeit zu beweisen, die durch die lautesten und wechselndsten Geschmacksmoden abgestumpft ist. Was Wunder, daß die meisten dieser Versuche erliegen, und daß schnellfertige Erfindungssucht an die Stelle sachlicher Entsagung tritt.

Erschwert wird die Lage dadurch, daß die meisten dieser Schulen unter Schülermangel leiden. Viele Abteilungen werden nur sehr künstlich auf der Minimalschülerzahl gehalten. Da die Mittel dazu mannigfaltig sind, müssen alle Schülerstatistiken dieser Schulen mit großem Mißtrauen betrachtet werden. Sie sind gezwungen die Schüler ziemlich wahllos aufzunehmen und nicht darauf zu sehen, ob die notwendige praktische Ausbildung da ist. Es gibt fast an jeder Kunstgewerbeschule ausgesprochene Dilettantenklassen, die Leistung und Geist der Schule aufs böseste beeinflussen, aber aus Mangel an gut vorgebildeten Schülern nicht entbehrt werden können. Auch die handwerklich und technisch geschulten Schüler aber kommen heute oft so wenig glücklich vorgebildet in die Schulen, daß es nottäte ganz von vorn mit ihnen zu beginnen. Diesen Versuchen aber die ganze Lehre in die Schulen zu verlegen setzen Behörden und Handwerk einen starken Widerstand entgegen. Sie würden freilich auch die ganzen Schulen umgestalten. Und zurzeit wäre eine solche Umgestaltung den Lehrern wesentlich nachteilig.

Hier setzt vor allem der verhängnisvolle Einfluß der zentralistischen Verwaltung ein, der, mit den Standesinteressen der Lehrerschaft verquickt, die Schulen ganz abwegig entwickelt. Die Kunstgewerbelehrer sind Beamte. Sie unterliegen der gesetzlichen Besoldungsregelung, und ihre Arbeit, wie die Arbeit des Handelsministeriums, dem sie unterstellt sind, bestand darin sie möglichst den vom Unterrichtsministerium verwalteten Kunstakademien anzunähern. Das konnte nur geschehen, indem man nicht den handwerklich-technischen sondern den künstlerischen Charakter ihrer Arbeit betonte und diejenigen Abteilungen besonders pflegte, die sich der "freien Kunst" näherten. Es konnte weiter nur geschehen, indem man einen möglichst starken Trennungsstrich zog zwischen den Lehrern, und gar den Professoren, und den Meistern. Die Lehrer beginnen in Preußen in der 10. Gehaltsstufe, die Meister enden in der 7. So entsteht erneut die tiefe Kluft zwischen Entwerfen und Ausführen, zwischen Erfindung und Technik, und beide leiden unter dieser Trennung, die der ganzen Ausbildung etwas Zwiespältiges gibt. Dadurch wird eine Luxusproduktion begünstigt, die romantisch von einer Erneuerung und Belebung des Handwerks träumt, in Wirklichkeit aber den jungen "Kunstgewerber" vom Handwerk hinweg in eine Zwitterexistenz hineinführt, die weder wirtschaftlich noch künstlerisch fest begründet ist.

Gewiß gehen auch aus diesen Schulen gute Leistungen hervor, gewiß bringen es einzelne Schüler zu Ansehen und erfolgreicher Wirkung. Aber der Zweck dieser kostspieligen Institute, der doch der war für unsere Bedürfnisse die angemessene Form zu finden, unsere Umgebung so zu gestalten, daß sie unserm Leben gemäß sei: dieser Zweck ist nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Verwirrung ist heillosler als je zuvor. Ich verweise auf 2 Gebiete, die, mit einander verwandt, besonders leicht einheitlich sinnvoller Gestaltung zugänglich sind, und die in der Tat von den Schulen vorzugsweise gepflegt werden: auf Buch- und Schriftgewerbe und die Reklamekunst. Auf dem erstgenannten Gebiet herrscht trotz den wundervollen technischen Möglichkeiten ein tolles Durcheinander, in dem einzelne gesunde Ansätze kaum

durchdringen; die Reklame aber ist in den letzten Jahren auf einen Tiefstand gelangt, der ohne Vorgang ist, und in völlige Abhängigkeit von zweifelhaften amerikanischen Vorbildern geraten.

Wie ist zu helfen? Nicht mit Handwerkerromantik, nicht mit Originalitätsspielerei, die sich abwechselnd primitiv und überkultiviert gebärdet, vor allem nicht, indem man schnelle, öffentliche Erfolge erstrebt, sondern indem man einzelne junge Menschen langsam, systematisch und geduldig zum Verständnis von Form und Farbe und ihrer Sprache, zum Verständnis des Materials und seiner Zweckdienlichkeit bringt und dann sie versuchen läßt Zweckformen zu finden, die aus den Möglichkeiten des Materials entstanden, technisch rationell und um ihrer gefühlten Vernunft willen, schön sind.

Solche Arbeit kann ein einzelner nicht leisten, weil sie zu umfassender Art ist, das ausgleichende Zusammenwirken verschiedener Persönlichkeiten, Techniker und Künstler, fordert. Sie läßt sich nur in einer Umgebung leisten, die der Arbeit gemäß ist, und nicht in stetem unmittelbarem Kampf der wirtschaftlichen Selbstbehauptung. Sie läßt sich aber auch nicht unter dem Druck äußern, behördlichen Einflusses leisten, und ein preußisches Ministerium wird nie auf das Recht des Besserwissens verzichten. Und am allerwenigsten ist sie zu leisten, wenn stets nach der Kunstakademie hinübergeschaut wird und die Sehnsucht nach Gleichstellung in Gehalt und öffentlicher Geltung Frieden und Schlaf stört.

Die Arbeit, die hier zu leisten ist, ist bisher nur an einer Stelle in Deutschland ganz grundsätzlich, ganz ohne behördliche Hemmung und ganz einheitlich aufgenommen worden: im Weimarer Staatlichen Bauhaus. Nach Jahren des innern Kampfes und Versuchens hat es sich in wachsendem Maß gezeigt, wie ehrlich und grundsätzlich hier gearbeitet worden ist. Wenn man heute in Thüringen einen sachlich einfachen Hausbau, einen wohltuend und klar gegliederten und gemalten Raum, eine zweckvoll schöne Töpferei findet, so rührt das direkt oder indirekt vom Bauhaus her. Es ist erstaunlich, was sich hier aus Sturm und Drang zukunfts voll und sicher herausgestaltet hat. Gewiß ist es noch nichts Vollendetes, aber so unwidersprechlich wesentlich wie sonst nirgends in Deutschland. Methode und Ziel des Bauhauses haben sich bewährt, zu einer Zeit, wo unsere übrige "kunstgewerbliche" Ausbildung in chaotischer Ratlosigkeit versinkt und einzelne vergebens ihre Kraft verzehren. Es ist tragikomisch, aber in den Auswirkungen doch mehr tragisch, daß die Thüringer Rechtsblockregierung in ihrem Suchen nach Spuren sozialistischer Tätigkeit auch auf das Bauhaus verfiel.² An sich ist selbstverständlich eine Tätigkeit wie die des Bauhauses so wenig sozialistisch wie der Kampf gegen den Alkohol oder die Prostitution. Es geht dabei nur um Gesundung unseres Lebens, um größere Klarheit und Geschlossenheit unserer Lebensformen. Es geht darüber hinaus um unsere industrielle Entwicklung. Die Industrien, die für die Gestaltung unserer Umgebung arbeiten, müssen Formen finden, die ihrer Technik angepaßt, gebrauchsfähig und wohlgefällig sind. Das Handwerk bringt sie nicht hervor, der Großbetrieb vermag sie auch nicht zu schaffen; er muß warten, daß ihm die Arbeitskräfte zugebildet werden. Die mitteldeutsche Industrie, der man sonst nicht ungewöhnlichen Weitblick vorwerfen kann, hatte das ge-

²) Siehe die Rundschau *Bildende Kunst*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 60 und folgende.

sehen, und sie war bereit das Bauhaus durch Lieferungsverträge so weit zu finanzieren, daß dem Staat nur die lächerlich geringe Summe von 50 000 Mark zu tragen blieb. Aber ein paar Weimarer Handwerker fürchteten Bauhauskonkurrenz. Der Volksbildungsminister? Man kann im Ernst doch nicht verlangen, daß ein Landesgerichtsrat irgendetwas von den Nöten gehört hat, die durch die Entwicklung von handwerklicher zu maschineller Gestaltung entstehen. Der Minister Leutheuber hat das Bauhaus mit der selben Gutgläubigkeit niedergelegt, mit der ein Bilderstürmer einen gotischen Dom verwüstet. Nicht aus böser Absicht sondern aus heiliger Einfalt.

Aber die Frage, die sich nun erhebt, ist die: Was wird mit dem Bauhaus? Allein sind seine Lehrer nichts. Ihre Zusammenarbeit gab ihnen die Bedeutung. In Preußen wären sie verloren. Preußischer Geist ist so mächtig, daß er sie ins Schema zwänge. Aber gibt es nicht außerhalb Preußens kleine Staaten und große Städte, die die Aufgabe lockte eine Versuchs- und Pflanzstätte für die Probleme zu schaffen, die unsere Technik und unser Handwerk gleichmäßig bedrängen, und deren Lösung wirtschaftlich ebenso wichtig ist wie kulturell? Den Bauhausleuten kann man nur Glück wünschen, daß sie aus der bedrückenden Atmosphäre des kleinen und heute ach so toten Weimars entweichen können. Die große Tradition Goethes nehmen sie mit sich, und es ist nicht wichtig, ob sie ihr hier oder dort eine Stätte bereiten, wenn sie überhaupt in Deutschland eine Stätte findet.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Anleihen

Infolge einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. November 1924 konnten die Gemeinden Kredite im Ausland nur aufnehmen und Anleihen im Ausland nur dann begeben, wenn der Reichsfinanzminister zustimmte. Die Verordnung war auf Veranlassung des Präsidenten der Reichsbank ergangen, der seinerzeit in einer aufsehen erregenden Rede den Gemeinden sehr schwere Vorwürfe wegen der Durchkreuzung seiner Währungspolitik durch ihre planlose Aufnahme von Anleihen und Krediten im Ausland machte. Es soll hier nicht untersucht werden, wie weit diese Vorwürfe berechtigt waren. Jedenfalls waren sie stark übertrieben sowohl angesichts der Kreditaufnahme der privaten Unternehmer im Ausland wie angesichts der großen 800 Millionen-Anleihe des Reichs, und angesichts der Tatsache, daß der Geldumlauf von 2,27 Milliarden Reichsmark Ende 1923 auf 4,27 Milliarden Ende 1924 gestiegen ist. 4 Gründe wurden für diese Beschränkung der Kommunen angeführt: 1. der Schutz der Währung, 2. der Schutz der Zahlungs-

bilanz gegen eine Verschlechterung infolge stärkerer Verschuldung an das Ausland, 3. die Verhinderung des gegenseitigen Wettbewerbs der Interessenten, der für den inländischen Kredit höchst schädlich sein müßte, 4. die Absicht durch Normierung von Kreditbedingungen den denkbar günstigsten Anleihetyp für Auslandsanleihen zu schaffen. Man hatte versucht von Reichs wegen die Länder zu einer freiwilligen Bindung zu veranlassen. Der Versuch war aber an dem Widerspruch eines Landes gescheitert. Infolgedessen griff die Reichsregierung zum Erlaß der genannten Notverordnung. Ohne Zweifel war die Vorschrift in § 48 der Reichsverfassung nicht zur Anwendung auf solche Fälle wie den vorliegenden bestimmt. Denn davon, daß die öffentliche Sicherheit und die Ordnung im Deutschen Reich erheblich gestört und gefährdet war, konnte bei der Aufnahme von Auslandskrediten und Anleihen durch die Gemeinden so wenig die Rede sein wie bei der großen Zahl anderer Fälle, in denen das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten geradezu mißbraucht wurde. Das Eingreifen des Reichs begegnet aber in dem vorliegenden Fall noch besonderen Bedenken, die von den

Ländern und insbesondere der preußischen Regierung mit starkem Nachdruck hervorgehoben wurden. Die Genehmigung kommunaler Anleihen war bisher ein Teil des staatlichen Aufsichtsrechts, und das gesamte Gebiet der kommunalen Verwaltung war mit Ausnahme des Wahlrechts und zum Teil der Steuern durch die Reichsverfassung bisher der Gesetzgebung des Reichs entzogen. Hier griff nun das Reich durch die Notverordnung in die Verhältnisse zwischen Gemeinden und Ländern, in das staatliche Gemeindeaufsichtsrecht ein. Daher der Widerstand der Länder gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Notwendigkeit ihren Widerstand auf anderem Weg zu überwinden. Das ist in langwierigen Verhandlungen auch gelungen. Zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen wurde ein Abkommen herbeigeführt, wonach sich Reich und Länder auf bestimmte Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände gegenseitig verpflichteten. Die Länder erkannten es also durchaus an, daß die Erhaltung der Währung und allgemein politische Gründe es notwendig machen die Aufnahme von Auslandskrediten durch öffentliche Verbände möglichst zu beschränken, und unterwerfen daher die Gemeinden, die Gemeindeverbände, aber auch die kommunalen Giroverbände einschließlich ihrer Bankanstalten sowie andere Kreditinstitute, die den kommunalen Kreditbedarf besonders pflegen, bestimmten vereinbarten Richtlinien. Diese gelten gleichermaßen für die Auslandskredite, ob sie nun unmittelbar von Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden aufgenommen oder mittelbar durch öffentlichrechtliche oder private Geldanstalten oder auf andere Weise beschafft werden. Sie gelten ebenso auch für Bürgschaften und Sicherheiten, die von den genannten Verbänden zugunsten Dritter für Auslandskredite gestellt werden. Die Richtlinien unterscheiden 2 Arten von Auslandskrediten, je nachdem ihre Aufnahme einem besondern Verfahren unterworfen wird oder nicht. Zur 2. Art gehören einmal langfristige, das heißt auf mindestens 10 Jahre abgeschlossene, jedoch spätestens nach 5 Jahren vom Schuldner kündbare Anleihen, und ferner kurzfristige Auslandskredite der Länder, die auf längstens ein Jahr abgeschlossen werden und vorübergehend ihre Betriebsmittel verstärken sollen. Die Länder müssen dabei die Gewähr übernehmen, daß die

Rückzahlung bei Fälligkeit gesichert, und daß die Umwandlung in eine langfristige Anleihe nicht beabsichtigt ist. Die aufzunehmenden Auslandskredite müssen für eigene Zwecke des Kreditnehmenden oder eines der oben genannten öffentlichen Verbände bestimmt sein, dürfen also nicht an physische oder an juristische Personen des Privatrechts weitergegeben werden. Sie müssen unmittelbar produktiven Zwecken dienen, das heißt nur solchen werbenden Anlagen, die durch unmittelbare Erzeugung von Werten die Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals aus eigenen Einnahmen gewährleisten, ohne daß allgemeine Einnahmen des öffentlichen Verbandes in Anspruch genommen werden. Schließlich muß die Notwendigkeit dieser Anlagen nachgewiesen sein. Es muß sich um Einrichtungen handeln, die nicht so lange aufgeschoben werden können, bis ausreichendes inländisches Kapital für ihre Zwecke zur Verfügung steht. Die Kredite dürfen weder durch besondere Pfänder irgendwelcher Art sichergestellt werden, noch darf eine Verbindung mit anderen Geschäften stattfinden. Schließlich dürfen die Kredite nur innerhalb der Grenzen einer bestimmten jährlichen Maximalbelastung aufgenommen werden. Bei ihrer Feststellung werden das Disagio bei der Ausgabe, die Tilgungsbedingungen, die Vermittlungsprovision wie alle Spesen berücksichtigt. Bei der 2. Gruppe von Auslandskrediten, sowie vor Stellung von Bürgschaften oder Sicherheiten haben die beteiligten Landesregierungen auch für die zugehörigen öffentlichen Verbände, Girozentralen usw. das Gutachten einer Beratungsstelle einzuholen. Diese prüft die geplante Kredittransaktion auf ihre Unbedenklichkeit unter Berücksichtigung der für die andere Gruppe geltenden Gesichtspunkte, also auch vor allem auf den Verwendungszweck. Die Gutachten werden von der Beratungsstelle sowohl dem Reichsministerium wie der Landesregierung mitgeteilt. Für den Fall, daß ein Land von dem Gutachten der Beratungsstelle, die ein aus Sachverständigen bestehender Vertrauensausschuß der Länder ist, abweichen will und sich mit ihr nicht einigen kann, ist ein weiteres Verfahren vorgesehen. Es wird ein Ausschuß aus Vertretern der Länderregierungen bestellt. In ihm sind sämtliche Länder mit der Stimmenzahl vertreten, die sie im Reichsrat haben. Diesem Ausschuß muß das Land den Streitgegenstand vorlegen. Der Ausschuß beschließt mit einfacher Stim-

menmehrheit, Die Länder sind an diesen Beschluß nicht gebunden, sie entscheiden selbständig darüber, ob sie ihm nachkommen wollen oder nicht. Sie haben aber in den Richtlinien ausgesprochen, daß ihr eigenes Interesse an der Beschränkung der Aufnahme von Auslandskrediten es erfordert den Beschluß des Ausschusses zu beachten. Die Beratungsstelle besteht aus 6 Sachverständigen, von denen die eine Hälfte von den Ländern bestellt wird, die andere von den beteiligten Reichsministerien und dem Reichsbankdirektorium. Sie soll dauernd die Bedingungen nachprüfen, unter denen Kredite ohne das besondere Prüfungsverfahren aufgenommen werden können, und gegebenenfalls den Ländern Abänderungsvorschläge machen. Sie setzt ferner die Sätze der Maximalbelastung durch den Kredit nach Lage der Verhältnisse selbständig fest, soll den ausländischen Kapitalmarkt beobachten, Auskünfte über die Kreditgelegenheiten erteilen usw. Andererseits sind die Länder verpflichtet die Beratungsstelle laufend über ihre Erfahrungen zu unterrichten und ihr die Vorgänge bei der Aufnahme von Krediten der 1. Gruppe vollständig mitzuteilen. Das Abkommen läuft bis zum 30. Juni 1925 und gilt jeweils als um 3 Monate verlängert, wenn es nicht 4 Wochen vor dem Endtermin von einem Land gekündigt wird. Durch den Abschluß der Vereinbarungen übernehmen die Länder die Verpflichtung das Landesrecht insoweit zu ergänzen, als es für die Durchführung der Richtlinien notwendig ist, das heißt die Aufsichtsrechte der Länder über die Gemeinden auch auf die Aufnahme kurzfristiger vorübergehender Kredite und auf die Übernahme von Bürgschaften und Sicherheiten zugunsten Dritter auszudehnen, soweit solche noch nicht bestanden. Das war in Preußen der Fall. Die Regierung brachte infolgedessen beim Landtag einen Gesetzentwurf ein, um diese Lücke im preußischen Gemeinderecht auszufüllen. Das Gesetz soll nur so lange in Kraft bleiben, als das Abkommen über die Richtlinien besteht. Das Staatsministerium wird daher ermächtigt es außer Kraft zu setzen, sobald das Abkommen abgelaufen ist.

Bestattungswesen

Die Landesstelle für Gemeinwirtschaft des Freistaats Sachsen hat vor kurzem einen Bericht über die unentgeltliche Totenbestattung in diesem Land veröffentlicht, dem die folgenden Mitteilungen entnommen seien.

Ausgehend von dem Gedanken, daß die unentgeltliche Bestattung der Toten ebenso sehr ein notwendiger Bestandteil moderner Gemeinwirtschaft wie moderner sozialer Hilfe ist, hat die Landesstelle seit 1919 sich die Entwicklung dieser kommunalen Einrichtung unter dem Einfluß schweizerischen Vorbilds besonders angelegen sein lassen. Eine von ihr veranstaltete Erhebung über den Umfang und die Kosten dieser Einrichtung zeigt, wie starken Anklang dieser Gedanke bei der Bevölkerung und bei den Gemeinden, und zwar nicht nur Städten und Industriegemeinden sondern auch Landgemeinden, gefunden hat. Bis Ende des Jahres 1924 war die unentgeltliche Totenbestattung in 610 Gemeinden ganz oder zum Teil eingeführt. Von diesen 610 Gemeinden sind 77 Städte und 533 Landgemeinden, das sind 51 % aller Städte und rund 20 % der Landgemeinden. Die Regelung zeigt mancherlei Verschiedenheiten. Der größere Teil der Gemeinden gewährt den Anspruch auf unentgeltliche Bestattung erst nach Ablauf einer längeren Wohnzeit am Ort. In der Mehrzahl beginnt er erst nach Ablauf eines Jahres. Eine Anzahl von Gemeinden hat unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit den Wohnsitz im Bezirk zur Bedingung gemacht. Ausländer werden vielfach ausgeschlossen. Neben der Wohnsitzdauer wird die unentgeltliche Bestattung von der Bedürftigkeit der Hinterbliebenen abhängig gemacht. Wo dies der Fall ist, liegt im Grunde nur eine Erfüllung der Fürsorgepflicht vor, wie sie früher durch die Ausführungsgesetze zum Unterstützungswohnsitz, neuerdings durch die Fürsorgepflichtverordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Rahmenvorschriften in § 6 festgelegt ist. In 210 Gemeinden werden die ortsgesetzlich festgelegten Leistungen ohne besondern Antrag in jedem Fall, in 147 Gemeinden nur auf Antrag gewährt. Leider geht aus der Denkschrift nicht klar hervor, ob in den Gemeinden, die einen Antrag verlangen, auch eine Prüfung der Bedürftigkeit eintritt oder nicht. Einen Mittelweg schlagen diejenigen Gemeinden ein, die auf Antrag eine oder mehrere Teilleistungen (Sarg, Leichenwagen, Leichenfrau usw.) gewähren, weitere Leistungen aber von der Bedürftigkeit des Antragstellers abhängig machen. Die Bedürftigkeit wird entweder von Fall zu Fall festgesetzt, oder sie gilt als vorhanden, wenn das Einkommen des Betroffenen eine bestimmte Grenze, zum Beispiel 1500 Goldmark, nicht überschritten hat.

In einer Reihe von Gemeinden wird die Unentgeltlichkeit der Bestattung davon abhängig gemacht, daß die durch Ortsgesetz oder Beschluß festgelegte Bestattungsform eingehalten wird. Wer eine bessere Ausführung als die vorgesehene wünscht, hat die gesamten Bestattungskosten selbst zu tragen. In anderen Gemeinden können Abweichungen von der ortsüblichen Bestattungsform von der Zustimmung eines Ausschusses abhängig gemacht werden. Wird die Bestattung ohne seine Zustimmung in einer bessern Form durchgeführt, so haben die Hinterbliebenen die Bestattungskosten in voller Höhe selbst zu tragen. Die Vorschriften beziehen sich in der Regel auf den Sarg mit Ausstattung, auf die Leichenwagen mit Gespann und die Anzahl der Träger, nicht aber auf die übrigen Teile der Bestattung. Der größte Teil der Gemeinden (275) hat keine Einschränkung erlassen. Eine solche besteht allein noch darin, daß nur die Kosten, die durch Ortsgesetze oder durch Beschluß festgesetzt sind, von ihnen übernommen werden, die Mehrkosten dagegen von den Hinterbliebenen selbst in voller Höhe zu tragen sind. Außerdem wird in einer Anzahl von Gemeinden die Übernahme der Bestattungskosten davon abhängig gemacht, daß nach dem Tod die Leiche in die Leichenhalle des Friedhofs überführt wird.

Sehr verschieden ist auch der Umfang, in dem die Gemeinden die Bestattung auf ihre Kosten übernehmen. Eine große Gruppe von ihnen gewährt eine Pauschalsumme. Sie wird in gewissen Zwischenräumen neu festgesetzt und ist so bemessen, daß gewisse Leistungen oder auch die ganze Bestattung davon bestritten werden können. In der 2. Gruppe von Gemeinden, die die Mehrzahl (347) umfaßt, sind die Einzelheiten im Ortsgesetz festgelegt, und die Gemeinde übernimmt nur die Kosten, die für diese Leistungen entstehen. Die Pauschalbeträge der 145 Gemeinden der 1. Gruppe schwanken zwischen 30 und 150 Mark. Leider hat die Denkschrift die Gemeinden nicht nach der Größe gruppiert, so daß mit diesen Sätzen wenig anzufangen ist. Die Leistungen der 347 Gemeinden der 2. Gruppe sind in den Ortsgesetzen sehr verschieden geregelt. Meistens wird der Sarg nebst Ausstattung beschafft; in einer größeren Zahl von Gemeinden auch die Bekleidung der Leiche, die übrigens an und für sich wenig Kosten macht. Etwa zwei Drittel der Gemeinden tragen auch die Kosten der Überführung der Leiche

mittels Leichenwagens, nicht viel weniger die Trägerkosten, die in kleinen Gemeinden von Bedeutung sind, wo in der Regel die Friedhöfe in unmittelbarer Nähe der Wohnhäuser liegen, und die Leiche fast allgemein vom Sterbehaus zum Grab getragen wird. Ebenfalls übernehmen zwei Drittel der Gemeinden die Kosten für die Herstellung des Grabes und der Grabstelle.

Die Deckung der Kosten durch Mittel der Gemeinde ist nur zu einem Teil ortsgesetzlich geregelt. In mehr als der Hälfte von ihnen werden sie durch laufende Einnahmen, in den anderen durch Gemeindezuschlag zur Gewerbesteuer gedeckt. Zum Teil werden auch die den Hinterbliebenen zustehenden Sterbegelder aus der Sozialversicherung zur Kostendeckung herangezogen. Doch ist das nur in einer kleinen Zahl von Gemeinden der Fall. In der Mehrzahl wird ein solcher Anspruch nicht erhoben.

Die Denkschrift des Landesamts weist zum Schluß darauf hin, daß die landesgesetzliche Regelung der kommunalen Totenbestattung nunmehr unabweisbar sei. Der Entwurf eines solchen Gesetzes wurde dem Landtag am 28. Juni 1923 vorgelegt, ist aber bisher nicht weiter beraten worden. Die Kostendeckung ist im Gewerbesteuergesetz vom 19. Juli 1923 durch Artikel 2 in gewissem Umfang geregelt. Danach sind diejenigen Gemeinden, die die unentgeltliche Totenbestattung nicht eingeführt haben, verpflichtet von ihrem Aufkommen an Zuschlagssteuer einen Betrag gleich der Hälfte des Staatssteueraufkommens an einen besondern staatlichen Ausgleichsstock abzuführen. Die Mittel des Ausgleichsstocks sind ausschließlich für die Durchführung der unentgeltlichen Totenbestattung bestimmt. Diese gesetzliche Bestimmung steht aber tatsächlich nur auf dem Papier. Man hat niemals versucht sie durchzuführen. Trotzdem hat sich die unentgeltliche Totenbestattung, wie wir sahen, rasch eingebürgert, und die Gemeinden haben auch die nötigen Mittel gefunden die Kosten zu decken. Da ohnehin ein großer Teil der unentgeltlichen Totenbestattung als Armenbestattungen auf Kosten des Fürsorgeamts durchgeführt werden, sind die Aufwendungen, die durch ihre Einführung entstehen, nicht so groß, daß sie die Gemeindefinanzen zu stark belasten. Die Landesstelle regt daher an den erwähnten Entwurf möglichst bald zur Verabschiedung zu bringen, wenigstens die ersten 4 Paragraphen, die die Verpflichtung der Gemeinden zur Leichen-

bestattung aussprechen, ihnen auch die Mittel geben die Kosten von den Erben des Verstorbenen, und, soweit der Nachlaß nicht ausreicht, von den sonstigen Bestattungspflichtigen einzutreiben.

Kurze Chronik Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Anwendung des *Besoldungssperregesetzes* vorgelegt, um seine Aufrechterhaltung zu begründen. Die dort angeführten Beispiele beweisen, daß die Gemeinden immer noch keine ausreichend klare Erkenntnis von der Verarmung Deutschlands und den schweren Lasten besitzen, die durch die Friedensverträge und den Dawesplan ihm auferlegt werden. Wenn Bürgermeister kleinerer Städte mit 15 000 bis 27 000 Einwohnern in die Gruppe B 2 bis B 4 eingestuft werden, wenn eine Stadt im rheinischen Industriegebiet mit noch nicht ½ Million Einwohnern ihrem Bürgermeister einen Gehalt von 40 000 Reichsmark gewährt, wenn die Bürgermeister der Großstädte Gehälter beziehen, die weit über Ministergehälter hinausgehen, so sind das Beträge, die weit übersteigen, was die gleichen Städte in Friedenszeiten sowohl nominal wie real gezahlt haben. Jedenfalls hat das Reichsministerium den Beweis dafür gebracht, daß übertrieben hohe Beträge an leitende und hohe Kommunalbeamte gezahlt werden. \diamond Der *Reichsmanteltarif*, der zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband deutscher Gemeinden und den Organisationen der Gemeindearbeiter abgeschlossen war, ist gekündigt worden, da es in den Verhandlungen nicht gelang eine Verständigung über eine Revision des Tarifvertrags zu erzielen. Besondere Streitpunkte waren die Arbeitszeit, Zuschlagszahlung für Sonntagsarbeit, Berechnung des Urlaubs usw. \diamond Die kommunalen Elektrizitätswerke *Westfalen* haben eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung Vereinigte Elektrizitätswerke gegründet und sich zu einer Verwaltungs- und Betriebsgemeinschaft verbunden. Das Gesellschaftskapital soll auf 10 Millionen Mark erhöht werden. Die neue Gesellschaft verfügt über 4 große Dampfkraftwerke mit einer Gesamtleistung von zusammen 66 000 Kilowatt. \diamond Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung Milchversorgung Köln, der durch Verordnung vom 14. Juli 1924 die Verteilungsregelung der in dem Stadtbezirk *Köln* eingeführten Milch übertragen worden war, hat sich aufgelöst. Die Aktiva und Passiva gingen auf die Stadt über

Literatur

In seiner Arbeit *Die Städtischen Nachrichtenämter: Aufbau, Einrichtung, Arbeitsgang, moderne kommunale Presse-tätigkeit*, die als 9. Heft der Sammlung *Die Selbstverwaltung in Wissenschaft und Praxis* /Berlin, Franz Vahlen erschien, behandelt *Richard Herbst* nach einem kurzen Überblick über die Entstehung der öffentlichen Nachrichtenämter, von denen 10 größere und kleinere berücksichtigt werden, deren Einrichtungen und Wirksamkeit. Der letzte Abschnitt ist den öffentlichen Wirkungen der Nachrichtenämter gewidmet, wobei die Stellungnahme zur Presse, die Auffassung der Behörden, die wissenschaftliche Auswertung und die kommunalpolitische und kommunalwirtschaftliche Bedeutung dargestellt werden. Die Schrift orientiert ausreichend über diesen neuen Zweig kommunaler Verwaltung. \diamond Die Schrift *Ernst Kieseritzkys* *Die Not in Breslau*, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Breslau, will ein anschauliches, auch durch Zahlen gesichertes Bild von der Not geben, die in Breslau als Folge des Krieges und der Nachkriegszeit entstanden ist. Der Verfasser behandelt die Wohnungsnot, die Teuerung im Haushalt, die Verarmung und die Pflege des Wohlfahrtsamts, die Kriegsinvaliden und -hinterbliebenen, die Sozial- und Kleinrentner, die Not der Erwerbslosen. \diamond Vom Magistrat der Stadt Hanau ist durch den Oberbürgermeister *Kurt Blaum* eine Festschrift zur Eröffnung des Mainhafens der Stadt Hanau herausgegeben worden, in der in einer Reihe von Abschnitten die kommunale Verwaltung und die übrigen Seiten des sozialen Lebens der Stadt (Handel und Industrie, Rechtspflege) dargestellt werden. Die Schrift ist sehr reich mit Illustrationen und Plänen ausgestattet.

Frauenbewegung / Meta Corsen

Berufsarbeit Über den Umfang der Frauenarbeit in Deutschland liegt zurzeit statistisches Material nicht vor, da seit 1907 keine Berufszählung stattgefunden hat. Es lassen sich nur indirekt Schlüsse ziehen, vor allem aus den Berichten der Krankenkassen und der Gewerbeaufsichtsbeamten. In einer sorgfältigen Untersuchung über die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland /Jena, Thüringische Verlagsanstalt/ hat Anna Geyer alle irgendwie verwertbaren Angaben zusammengetragen, um unter Heranziehung der Ergebnisse der Berufszäh-

lung von 1907 ein Bild von dem gegenwärtigen Stand der Frage zu entwerfen. Es läßt sich aus den verschiedenen Statistiken mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß der Anteil der Frauen an der Produktion in den Jahren nach dem Krieg stärker geworden ist als er vorher war. In vielen Industriezweigen, besonders in der Metallindustrie, ist die Arbeit der Frauen vielseitiger geworden, die Belegschaften sind allgemein stärker mit weiblichen Arbeitskräften durchsetzt. Nach einer Zusammenstellung der Tarifverträge im Deutschen Reich, die die Gewerkschaftszeitung vom 31. Mai 1924 veröffentlicht, ist die tariflich gebundene Frauenarbeit in den letzten Jahren stärker als die Männerarbeit gewachsen; 1920 waren von 9 561 323 tariflich erfaßten Personen 1 665 115 Frauen, 1921 2 729 788 von 12 882 874, 1922 3 161 268 von 14 261 106. Zurückgegangen ist die Frauenarbeit im Baugewerbe und in der Industrie der Steine und Erden infolge des wieder in Kraft tretenden Arbeiterinnenschutzes. Eine starke Zunahme verzeichnen das Handels- und Verkehrsgewerbe sowie das Hausgewerbe. Dagegen ist die Zahl der in häuslichen Diensten stehenden Frauen sehr zurückgegangen. Die organische Eingliederung der Frauenarbeit in die Gesamtproduktion hat bisher noch wenig Fortschritte gemacht. Noch immer wird die Frauenarbeit viel niedriger bezahlt; die tariflichen Fraueneinkünfte betragen nach einer Berechnung, die Geyer aus der Lohnstatistik der Gewerkschaftszeitung für 1923 aufgestellt hat, und die nach den Statistiken von 1924 auch jetzt noch Geltung behalten haben dürfte, durchschnittlich 50 bis 70 % der Männerlöhne. Stellenweise ist infolge der Bemühungen der Gewerkschaften die Spannung verringert worden, aber beseitigen lassen wird sie sich bei der heutigen Gestaltung der Frauenarbeit nicht. Charakteristisch beleuchtet wird das Problem durch die Tatsache, daß Verbände, die Gegner der Frauenarbeit sind, wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, mit besonderem Nachdruck für gleiche Entlohnung eintreten, weil sie dadurch die Frauenarbeit zu verdrängen hoffen. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Betriebsunfälle, die bei Frauen festgestellt werden, die Erkrankungszahlen der weiblichen Krankenkassenmitglieder, die die der männlichen etwa um ein Viertel oder ein Drittel übertreffen, beweisen, daß die Arbeitsformen dem weiblichen Organismus nicht genügend angepaßt sind.

Sozialpolitik In einem Aufsatz Die Frau als Subjekt und als Objekt der Sozialpolitik in Deutschland stellte Frieda Wunderlich in der Kölner Sozialpolitischen Vierteljahrsschrift fest, daß in Deutschland nur für die Heimarbeiterinnen durch das Heimarbeiterlohngesetz vom 30. Juni 1923 (das inzwischen durch eine Verordnung über Fachausschüsse für Heimararbeit vom 28. November 1924 ergänzt wurde) und für die Frauen in Gast- und Schankwirtschaften ein verstärkter Schutz erreicht worden ist. (Allerdings sind der Durchführung der Schutzbestimmungen für diese Frauen, die den Ländern überlassen sind, vom Reichsarbeitsministerium aus Schwierigkeiten gemacht worden; siehe den Artikel Gertrud Hannas Bedenkliche Anweisung des Reichsarbeitsministeriums, in der Gewerkschaftszeitung vom 26. Juli 1924.) Für die Gesamtheit der arbeitenden Frauen ist nur durch die Reichswochenhilfe eine gewisse Verbesserung geschaffen worden; das Mutterschutzabkommen von Washington, das den Frauen in gewerblichen und Handelsbetrieben 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung Ruhe, Unterstützung und Schutz vor Kündigung sichern und der stillenden Frau besondere Pausen gewähren sollte, blieb unbeachtet. Auch werden die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen seit der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 nicht mehr eingehalten, worauf Gertrud Hanna in der Gewerkschaftszeitung vom 12. März 1924 hinwies; es kommt häufiger vor, daß Frauen bis 1 und 2 Uhr nachts in 10stündiger Wechselschicht beschäftigt werden. Vor allem aber bringen die Frauen selbst für die Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen kein hinreichendes aktives Interesse auf. In den Betriebsräten ist die Sicherung des Fraueneinflusses nicht gesetzlich festgelegt, die Frauen stellen von sich aus nicht die Betriebsratsmitglieder, die ihnen anteilmäßig zukommen; sie weigern sich nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten häufig die Wahl zum Betriebsrat anzunehmen. Die Sonderbetriebsräte für Heimarbeiter, die das Gesetz vorschreibt, sind nach den Feststellungen Margarete Trapps im Reichsarbeitsblatt vom 8. Oktober 1924, da sich die Frauen dafür nicht interessierten, an manchen Stellen gar nicht zustande gekommen. Eine wirksame Mitarbeit der Frauen an der Gestaltung der Frauenarbeit ist auch durch Beteiligung an der Gewerbeaufsicht möglich. Sie ist seit dem Ende der

neunziger Jahre ständig gestiegen. Im Jahr 1922 waren 90 Frauen im Gewerbeaufsichtsamt beschäftigt, in Preußen 45, in Bayern 12, in Sachsen 12, in Württemberg 5, in Baden 2, in Thüringen 5, in Hessen 2, in Hamburg 3, in Oldenburg 1, in Braunschweig 1, in Anhalt 1, in Bremen 1. Aber die Frauen sind bisher fast nur in den mittleren und unteren Stufen tätig; nur in Baden existiert ein weiblicher Gewerberat. Es besteht für ihre Ausbildung noch keine feste Norm, während die männlichen Gewerbeaufsichtsbeamten akademische Vorbildung haben. Die Gewerbeaufsichtsbeamtinnen fordern daher eine ähnliche Vorbildung für die Frau. In einer in Gemeinschaft mit der Gesellschaft für Soziale Reform an das Preussische Handelsministerium gerichteten Eingabe verlangen sie die Beibehaltung des dreifachen Stufenbaus auch für die Frau, und zwar 1. den weiblichen Gewerberat, 2. die Gewerbeinspektorin, 3. Hilfsrevisorinnen.

Die sozialpolitischen Verhältnisse in England, über die in der gleichen Nummer der Kölner Vierteljahrsschrift ein Aufsatz M. Cécile Mathesons Die Frau in der englischen Sozialpolitik berichtet, liegen im allgemeinen ziemlich ähnlich wie bei uns; nur an einigen Punkten genießen die Frauen einen etwas stärkeren Schutz. Die Arbeitszeit übersteigt im allgemeinen nicht 48 Stunden, und den Arbeiterinnen in der Industrie und im Verteilungsgewerbe ist in der Woche ein halber freier Tag gesichert. Nachtarbeit ist wie in Deutschland verboten. Der hygienische Schutz, der bei uns unter den Nachwirkungen des Krieges stark gelitten hat, ist durch Gesetzgebung bis ins einzelne ausgebaut und wird in einem jetzt dem Parlament vorgelegten Gesetzentwurf noch verstärkt. Dagegen sind die gesetzlichen Bestimmungen über Mutterschutz nicht sehr weitreichend; sie beschränken sich darauf, daß kein Unternehmer wissentlich eine Frau 4 Wochen nach der Niederkunft beschäftigen darf. Das hängt damit zusammen, daß die Fabrikarbeit der verheirateten Frau in England nicht so verbreitet ist. In der Gewerbeaufsicht ist wie bei uns der Fraueneinfluß noch sehr gering; es gibt 42 weibliche Gewerbeinspektoren.

Auch die Sozialpolitik, die die *Internationale Arbeitsorganisation* treibt, hat praktisch bisher wenig zur Umgestaltung der Frauenarbeit beigetragen. Die Forderungen, die auf der Konferenz in Washington und Genf vereinbart wor-

den sind, waren entweder vorher schon ziemlich allgemein durchgeführt, wie das Verbot der Nachtarbeit und der Beschäftigung nach der Entbindung, oder sie sind unberücksichtigt geblieben, wie das Mutterschutzabkommen von Washington, abgesehen von den Vorschriften zum Schutz gegen Bleivergiftung, die in verschiedenen Ländern eingeführt worden sind. Auch für die Beteiligung der Frauen an der Gewerbeaufsicht auf Grund der Vorbildung, die für die männlichen Beamten vorgeschrieben ist, hat sich die Genfer Konferenz eingesetzt.

Indien

Interessante Aufschlüsse über die Frauenarbeit in Indien enthält der kürzlich veröffentlichte Bericht über die indische Volks- und Betriebszählung. Der Anteil der Frauen an der Produktion ist verhältnismäßig etwa ebenso groß wie in Deutschland. Von 155 Millionen weiblicher Einwohner sind 46 berufstätig, gegenüber 101 Millionen berufstätiger Männer bei einer Gesamtzahl von 163 Millionen. Die Verteilung der Frauenarbeit auf die einzelnen Produktionszweige ist allerdings anders als bei uns. 33,5 Millionen indischer Frauen sind in der Landwirtschaft, 21,2 als selbständige Bäuerinnen tätig, während in Deutschland nach der Berufszählung von 1907 annähernd die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen der Landwirtschaft angehörte. In der Industrie stehen 10,7 Millionen Männern 5 Millionen Frauen gegenüber. Allerdings arbeiten sie vielfach in hausgewerblichen Betrieben oder in Kleinbetrieben; die Fabrikarbeit beschäftigt bisher nur 225 000 Frauen, die etwa 14 % aller Beschäftigten bilden (in Deutschland waren 1907 18,7 % der Industriearbeiterschaft weiblich). Verhältnismäßig hoch ist die Anzahl der im Bergbau und Steinbruch arbeitenden Frauen, 113 000 gegenüber 235 000 Männern (in Deutschland 1907 nur 2,1 %). Mit der Einführung europäischer Produktionsmethoden werden Handwerk und Hausgewerbe zurückgedrängt, und die freierwerbenden Kräfte suchen ihr Wirkungsfeld in der Landwirtschaft. Im Handels- und Verkehrsgewerbe ist das Verhältnis der Männer- und Frauenarbeit ähnlich wie bei uns. In der öffentlichen Verwaltung und den freien Berufen gibt es 545 000 Frauen gegenüber 3 644 000 Männern. Diese Berufe haben sich den Frauen ohne erheblichen Widerstand seitens der Männer geöffnet, ebenso wie ihnen der Eintritt in das politische Leben auf Grund der politischen Gleichberechtigung nicht

verwehrt worden ist, wo sie selbst ihn wünschten. Es gibt 11 289 Ärztinnen, 25 745 Frauen, die auf dem Gebiet der Erziehung und des Unterrichts arbeiten, 88 471, die sich mit Literatur, Kunst und Wissenschaft befassen. Dagegen sind die Arbeitsbedingungen der in der Industrie beschäftigten Frauen noch sehr unentwickelt; das Gesetz sieht den Elfstundentag für Frauen vor, aber nur für Fabriken mit mehr als 50 Personen; irgendwelche Schutzbestimmungen für Frauen bestehen nicht. Eine starke Hemmung für die Entwicklung der indischen Frau, wenigstens nach europäischen Begriffen, bilden die noch in weitem Umfang üblichen Kinderheiraten. Nach kürzlich in der Revue India veröffentlichten Berichten gibt es zurzeit über 300 000 Hinduwitwen, die noch nicht das Alter von 15 Jahren erreicht haben; ihnen ist nach dem Religionsgesetz eine Wiederverheiratung nicht erlaubt.

Gesetzgebung Der *Bund deutscher Frauenvereine* hatte zur Wahl ein Flugblatt herausgegeben, in dem er unter anderem vom neuen deutschen Reichstag folgendes fordert:

Wiederherstellung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, Wiedereinbringung des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Schankstättengesetzes, Schutz der arbeitenden verheirateten Frau, möglichst im Anschluß an das Mutterschutzabkommen von Washington, ferner Inangriffnahme der Umgestaltung des Eherechts, Sicherung der Rechte der weiblichen Beamten, gleichmäßige Förderung der Knaben- und Mädchenbildung, insbesondere eine reichsgesetzliche Einführung der weiblichen Fortbildungsschule. Besonders der Umgestaltung des Eherechts widmet der Bund deutscher Frauenvereine eine lebhaft propagandatätige (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 521 und folgende). Am 12. September 1924 hat sich auch der 33. Deutsche Juristentag zu der Frage des ehelichen Güterrechts in einem für die Frauen günstigen Sinn ausgesprochen, nämlich dahin, daß der gesetzliche Güterstand der Ehegatten die Gütertrennung sein und beiden Ehegatten ein Anteil an dem während der Ehe errungenen Besitz zustehen soll. Hoffentlich kommt die Gesetzgebung diesem Wunsch der Rechtswissenschaft bald nach.

Die Fragen der Ehereform werden auch von dem *Internationalen Frauenbund* intensiv bearbeitet. Der Ständige Ausschuß für Gesetzgebung hat die National-

bünde ersucht die gesetzliche und wirtschaftliche Lage der Ehefrau in ihrem Land zu untersuchen und Veränderungen der betreffenden Gesetze vorzuschlagen. In den meisten Ländern wird rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung, Gütertrennung, elterliche Gewalt auch für die Mutter, Gleichberechtigung in der Frage der Staatsangehörigkeit gefordert. In den Vereinigten Staaten wird die Staatsangehörigkeit der Frau durch eine Verheiratung nicht berührt. Island hat eine Gesetzgebung erhalten, die der verheirateten Mutter ziemlich die gleichen Rechte gibt wie dem Mann.

Nach einem neuen *englischen* Gesetzentwurf sollen Ehen zwischen Personen unter 16 Jahren ungültig sein (jetzt ist das gesetzliche Alter für Knaben 14, für Mädchen 12 Jahre), auch soll Personen unter 16 Jahren das Rauchen verboten sein. Im englischen Unterhaus wurde im September 1924 unter großer Beteiligung der weiblichen Abgeordneten ein Gesetzentwurf angenommen, nach dem Kinder, die vor der Ehe geboren sind, durch Verheiratung der Eltern legitim werden. Eine Ergänzung zu diesem Gesetz, nach der ein Kind auch legitim werden soll, wenn einer der Eltern sich verheiratet, wurde abgelehnt.

Im *dänischen* Reichstag wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem Frauen Prediger werden können.

Totenliste Am 19. März 1924 starb in Köln *Mathilde von Mevissen*, in ihrem 76. Lebensjahr. Sie stand in ihrer Vaterstadt an der Spitze der Frauenbewegung, zu der sie, in ihrer Jugend eingeengt durch Familie und Tradition, in einsamem Suchen den Weg gefunden hatte. Vor allem interessierten sie die Fragen der weiblichen Bildung. Sie gründete 1893 den Frauenfortbildungsverein und im Anschluß daran eine Handelsschule für Mädchen; 1903 schuf sie das Kölner Mädchengymnasium, später eine Rechtsschutzstelle für Frauen. Ein reicher, warmer Mensch ist dahingegangen.

Am 21. März starb in München *Sophia Goudstikker*, eine bedeutende Persönlichkeit, die auf dem Gebiet des weiblichen Rechtsschutzes Pionierarbeit geleistet hat. Sie war am 15. Januar 1866 in Rotterdam geboren, widmete sich zuerst künstlerischen und wissenschaftlichen Studien und gründete dann in München die erste Rechtsschutzstelle für Frauen in Deutschland. Sie trat als erste Frau am Jugendgericht als Verteidigerin weiblicher Angeklagter auf.

Der Bund schweizerischer Frauenvereine hat seine Gründerin *Helene von Mülinen* verloren, die im März in ihrer Vaterstadt Bern im Alter von 74 Jahren starb. Das Studium der klassischen Sprachen und der Theologie hielt sie nicht ab als eine der ersten in ihrem Land mutig für die neuen Aufgaben und Rechte der Frauen einzutreten.

Der Allgemeine Deutsche Frauenverein hat im Jahr 1924 2 wertvolle Vorstandsmitglieder verloren. Am 8. Juli starb in Mähern bei Leipzig *Pauline Voigtländer*, die sich viele Jahre in hingebender sachlicher Arbeit, besonders in der Verwaltung der Ferdinand und Luise Lenz-Stiftung für Stipendien an mittellose Studentinnen bewährt hat.

In Hamburg starb in ihrem 74. Lebensjahr *Antonie Traun*, die 25 Jahre lang, zuerst in Hamburg, dann in ganz Norddeutschland die weibliche Wohlfahrtsarbeit organisiert und durch ihren persönlichen Einfluß belebt hat.

Die Vorsitzende der Antialkoholkommission des Bundes österreichischer Frauenvereine *Julie Schall-Kassowitz* ist Anfang Juli in jungen Jahren gestorben. Sie gründete den Bund abstinenter Frauen und widmete sich neben ihren wissenschaftlichen Arbeiten auf psychologischem Gebiet einer intensiven, doch nicht doktrinen Bekämpfung des Alkoholismus.

Am 13. Juli starb in Jena *Marie Vogt*, die Gründerin der Haushaltungsschule in Erfurt, in der sie 30 Jahre lang Mädchen und Frauen aller Volksschichten zu systematischer hauswirtschaftlicher Arbeit erzogen hat. Sie studierte noch im Alter von fast 50 Jahren neben ihrer Berufsarbeit in Jena, um ein gründliches Lehrbuch über den Unterricht im Kochen und in der Hausarbeit zu vollenden. Ihrer eigenen Ausbildungsanstalt gliederte sie Schulen für Hauswirtschafts-, Handarbeits- und Turnlehrerinnen an, die gute Ergebnisse und große Erfolge hatten.

Am 14. Juli starb *Isabella Ford*, eine tatkräftige Vorkämpferin der Friedensbewegung und der englischen Arbeiterinnenbewegung, in der sie auf dem Gebiet des Bildungswesens, besonders in der Förderung der musikalischen Betätigung, arbeitete.

Eine hervorragende Führerin der französischen Frauenbewegung, *Pauline de Witt-Schlumberger*, starb am 23. Oktober. Sie hat 30 Jahre lang in der Bekämpfung des Mädchenhandels tatkräftig gearbeitet. Sie vertrat den französischen Frauenbund in dem Aus-

schuß des Internationalen Frauenbundes für gleiche Moral. Sie stand mit an der Spitze im Kampf um das Frauenstimmrecht. Auf alle ihre Mitarbeiterinnen übte sie in ihrer unermüdlischen Tatfreudigkeit einen belebenden und anspornenden Einfluß aus.

In Kassel starb am 7. Dezember *Mathilde Hentze*. Sie hat den Hausbeamtinnenverein gegründet und ehrenamtlich fast 25 Jahre seine Stellenvermittlung geleitet. Mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft wirkte sie für die Hebung der hauswirtschaftlichen Bildung. Neben dem Hausbeamtinnenkursus rief sie eine Kinderpflegerinnenschule ins Leben.

Die Schriftstellerin *Anna Plothow* ist in Berlin am 16. Dezember in ihrem 72. Lebensjahr gestorben. Sie schrieb Romane, Novellen und Märchen und war lange Zeit Mitarbeiterin des Berliner Tageblatts. Außerdem arbeitete sie in der Frauenbewegung und der Kinderfürsorge. Sie gründete 1884 mit Elisabeth Vogeler und Emilie Mosse, die 2 Monate vor ihr starb, den Verein Mädchenhort und war seitdem in seinem Vorstand, auch war sie Schatzmeisterin der Frauenorganisation der ehemaligen Fortschrittlichen Volkspartei. In ihrem Buch *Die Begründerinnen der deutschen Frauenbewegung /1907/* zeigte sie eine große Anzahl bedeutender Persönlichkeiten, die auf den verschiedenen Gebieten neue Wege für ihr Geschlecht suchten, in lebendigen Bildern.

Am 21. Dezember starb im Alter von 63 Jahren *Anna Hierta Retzius*, die Vorsitzende des Frauenbundes von Schweden. Im Jahr 1873 gründete sie den Verein für die Besitzrechte der verheirateten Frau. Ihre bedeutendste Wirksamkeit aber lag auf dem Gebiet der Jugenderziehung. Sie rief die Kinderwerkstätten ins Leben, in denen Knaben und Mädchen in Handfertigkeit und Handarbeit aller Art unterrichtet und gleichzeitig gepflegt wurden. Diese Einrichtung hat sich sehr bewährt; es gibt jetzt in Schweden über 100 Kinderwerkstätten, und in verschiedenen anderen Ländern sind nach ihrem Muster ähnliche eingerichtet worden.

In Buenos Aires starb *Julia Moreno de Moreno*, die den Bund argentinischer Frauen mitbegründet und bis in ein Alter von über 80 Jahren in lebendiger Tatkraft geleitet hat.

Im Januar 1925 starb in Bonn *Adelheid Steinmann* in ihrem 59. Lebensjahr. Sie war als Leiterin des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium die geistige Führerin der Bonner Frauenbewegung.

Anfang Februar 1925 ist in Paris die Enkelin des französischen Staatsmanns Crémieux und Gattin des frühern Ministers des Äußern Jean Cruppi, *Louise Cruppi-Crémieux*, gestorben. Sie hat sich mit großer Energie an dem Kampf um das Wahlrecht der Frauen beteiligt, und ebenso tatkräftig ist sie für die Organisierung sozialer Einrichtungen und öffentlicher Bibliotheken, namentlich für Kinder, tätig gewesen. Sie war eine überzeugte Pazifistin. Gemeinsam mit Romain Rolland und John Galsworthy gründete sie vor einigen Jahren den Internationalen Schriftstellerklub.

Am 13. Februar starb in Paris, 87 Jahre alt, *Pauline Kergomard*, eine bedeutende Vertreterin der Pädagogik. Sie hat ihre Ideen über mütterliche Erziehung in mehreren größeren Arbeiten niedergelegt, die großen Eindruck machten. Im Jahr 1879 wurde sie zur Aufseherin des öffentlichen Unterrichts ernannt.

Neuausgaben Ein interessanter kleiner Beitrag zur Geschichte der Frauenfrage ist in der

Sammlung *Dokumente der Menschlichkeit* /München, Dreiländerverlag/ übersetzt und neu herausgegeben worden; ein Aufsatz aus den Werken *John Stuart Mills*, eigentlich eine Arbeit seiner Frau. Anknüpfend an die ersten Regungen der Frauenbewegung in Amerika um 1850 werden hier, in einer Sprache voll Kraft und Klarheit, die Gründe und Ziele der Bewegung formuliert; aus dem Gedanken der Demokratie wird der Anspruch auf völlige Gleichstellung der Frau entwickelt, das Recht sich ihren Wirkungskreis selbst zu suchen, unbeengt durch irgendein Weiblichkeitsschema, begründet, und es wird, über diese formalen Rechtsgründe hinaus, gezeigt, daß die geistige Rückständigkeit der Frau auch den Mann gefährdet und herabzieht, daß ihre Abhängigkeit und Beschränktheit, ihre Kleinlichkeit und Äußerlichkeit, Folgen ihrer gedrückten Stellung, auch ihn beeinflußt, daß daher die Befreiung der Frau im Interesse des ganzen menschlichen Geschlechts liegt.

Kurze Chronik In den deutschen Reichstag wurden am 7. Dezember 33 Frauen als Abgeordnete gewählt: 17 gehören der Sozialdemokratischen Partei an, 5 der Deutschnationalen Volkspartei, 4 dem Zentrum, 3 der Kommunistischen Partei, 2 der Demokratischen Partei, 2 der Deutschen Volkspartei. Im preußischen

Landtag sitzen 39 weibliche Abgeordnete; von ihnen hat die Sozialdemokratische Partei 16, das Zentrum 8, die Deutschnationale Volkspartei 8, die Deutsche Volkspartei 3, die Demokratische Partei 2, die Kommunistische Partei 2. Das neugewählte englische Parlament hat statt 8 wie bisher nur noch 4 weibliche Mitglieder. In den amerikanischen Kongreß ist nur 1 Frau, in Jersey City, gewählt worden. Dagegen wurden in Texas und in Wyoming Frauen zu Gouverneuren ernannt. ◊

In leitenden oder verantwortlichen Stellen sind in den *Ministerien* des Reichs 16 Frauen (im Reichsarbeitsministerium, Reichspostministerium, Reichswirtschaftsministerium), in denen Preußens 7 Frauen (im Ministerium für Handel und Gewerbe, im Ministerium für Landwirtschaft und im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung) beschäftigt. ◊ In Köln ist durch das Zusammenwirken deutscher und englischer Frauen nach englischem Vorbild die weibliche *Polizei* eingeführt worden, die mit vorbeugenden und schützenden Maßnahmen der Prostitution entgegenwirken soll. In Ungarn sind 3 Stellen im öffentlichen Sicherheitsdienst durch Frauen besetzt worden, die in der Sittenpolizei oder in der Abteilung für Kinderschutz beschäftigt werden. ◊ Das Reichsarbeitsministerium hat den Beschluß des Reichstags vom 25. Juli: die weiblichen *Erwerbslosen* in der Unterstützung den männlichen gleichzustellen, nicht durchgeführt; nach einer Anordnung vom 9. August gelten für die weiblichen Erwerbslosen noch immer niedrigere Sätze.

◊ Die Verbände des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* hatten am Ende des Jahres 1923 5 749 763 Mitglieder, darunter 1 201 390 weibliche, also 20,9 % gegen 22,5 % im Vorjahr. Nach den Durchschnittszahlen der Berichtsjahre gingen die weiblichen Mitglieder um 9,6 %, die männlichen um 12,3 % zurück. ◊ Die Anzahl der weiblichen Mitglieder des *Zentralverbandes deutscher Kontumvereine* betrug im Jahr 1923 563 874, das heißt 17 % der Gesamtmitgliederzahl, gegen 588 775 oder 19,46 % im Vorjahr; trotz der lebhaften Propaganda, die der Verband unter den Frauen betrieben hatte. Auch in den Aufsichtsräten und Genossenschaftsräten ist nach einem Bericht in dem Jahrbuch des Verbandes die Zahl der weiblichen Vertreter gegenüber der der männlichen gering. ◊ Im Sommer wurde der *Bund deutscher Ärztinnen* gegrün-

det, unter dem Vorsitz Hermine Heusler-Edenhuizens; er ist neben 15 anderen Ländergruppen an die International Medical Women's Association angeschlossen und war auf dem 2. Kongreß dieses Bundes, der vom 15. bis zum 19. Juli in London tagte, durch mehrere deutsche Ärztinnen vertreten. \diamond Der *Bund schweizerischer Frauenvereine* feierte auf seiner Hauptversammlung am 4. und 5. Oktober 1924 in Bern sein 25-jähriges Bestehen; er hat in der Erkämpfung des Frauenstimmrechts noch eine wichtige Aufgabe vor sich. \diamond In *Spanien* ist in einer kleinen Stadt in der Provinz Alicante zum erstenmal eine Frau, Maria Perez, zur Bürgermeisterin gewählt worden; ferner sind 3 weibliche Mitglieder in den Madrider Stadtrat eingetreten. \diamond In der *Türkei* ist den Frauen der Zugang zur Universität geöffnet worden. \diamond In der Veterinärmedizinischen Fakultät der Leipziger Universität erwarb Ruth Eber die *tierärztliche* Approbation. Damit ist sie die erste deutsche Tierärztin geworden. \diamond An der Londoner Universität ist der erste weibliche *Anatomieprofessor* ernannt worden, Mary Lucas Keene. \diamond Am 11. Dezember 1924 vollendete *Ellen Key* ihr 75. Lebensjahr. Die Frauenbewegung der Welt verehrt in ihr die mutige und fortreibende Wegbereiterin eines neuen Geschlechts. \diamond Am 18. Februar vollendete *Marie Stritt*, eine der stärksten Persönlichkeiten unter den Führerinnen der deutschen und auch der internationalen Frauenbewegung, in der sie vor allem im Kampf um die rechtliche und politische Gleichstellung der Frau in erster Reihe stand, ihr 70. Lebensjahr. \diamond Alma von Hartmann, die Witwe des Philosophen Eduard von Hartmann, ist in Anerkennung ihrer Verdienste als Mitarbeiterin ihres Mannes und Verwalterin seines Nachlasses zum *Ehrendoktor* der Philosophischen Fakultät in Rostock ernannt worden. Die gleiche Würde erhielt dort Mathilde Mann, die bekannte Übersetzerin nordischer Prosadichtung, die an der Universität Rostock als Lektorin nordischer Sprachen wirkte, aber diese Anerkennung ihrer Bedeutung nur um wenige Wochen überlebte; sie starb am 14. Februar in ihrem 66. Lebensjahr (siehe die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band Seite 190).

Literatur

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gibt ein Informationsblatt für die weiblichen Funktionäre heraus: *Die Genossin*, das über wichtige aktuelle Fra-

gen, besonders der Frauenarbeit, der Sozialpolitik und Bevölkerungspolitik orientiert. \diamond Das Buch *Helene Langes* Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen, das der theoretischen Festigung und Klärung der Frauenbewegung dienen soll, ist in 3. Auflage erschienen /Leipzig, Quelle & Meyer/. Es bietet in aller Knappheit eine ausgezeichnete Orientierung über verschiedene Probleme, die die Verfasserin in langjähriger intensiver Arbeit gründlich von innen heraus erfaßt hat. Sie gibt zuerst von der Geschichte der Frauenbewegung, ihren wirtschaftlichen Ursachen und geistigen Triebkräften ein historisch gut gesehenes Bild und behandelt dann die einzelnen Fragen, zuerst ihr eigenes spezielles Arbeitsgebiet, die Frauenbildung. Hier stellt sie fest, daß nach dem Krieg die weibliche Fortbildungsschule grundsätzlich eingeführt, wenn auch noch nicht überall verwirklicht ist, daß im höhern Schulwesen die Knaben- und Mädchenbildung mehr vereinheitlicht, insbesondere die spezifisch weibliche Universitätsvorbildung, der unglückliche Vierte Weg, fortgefallen ist, daß die bisher dilettantische Frauenschule sich zu einem Unterbau beruflicher Bildungsgänge entwickelt, und daß die moderne pädagogische Richtung, die auf den Arbeitsschulgedanken und die spontane Betätigung des Kindes eingestellt ist, vielleicht geeignet ist der Entfaltung einer weiblichen Eigenart, nicht einer vom Erzieher festgelegten sondern der wirklichen, zu dienen. In der Frage der Stellung der Frau zur Ehe und Familie hält sie, trotz der Erkenntnis, daß die Frauenberufsarbeit im Steigen ist, an dem Einzelhaushalt sowie an der ausschließlichen Geltung der Ehe fest. Von der Mitarbeit der Frauen in Staat und Gesellschaft, über die heute noch keine weitreichenden Erfahrungen vorliegen, erhofft sie eine Verstärkung des mütterlichen fürsorgerischen Elements im Gemeinschaftsleben. \diamond In der Sammlung Jedermanns Bücherei /Breslau, Ferdinand Hirt/ gibt *Agnes von Zahn-Harnack* eine gute Übersicht über das Problem der arbeitenden Frau. Sie behandelt in einzelnen Abschnitten die sozialen Frauenberufe, die Fabrikarbeiterin, die Heimarbeiterin, die Frau im Handels- und Verkehrsgewerbe, die Frau in akademischen Berufen und die Hausfrau und beleuchtet einsichtig und mit feiner Einfühlung die besonderen Konflikte und Spannungen, die sich für die verschiedenen Typen der arbeitenden Frau ergeben.

WISSENSCHAFT

Religionswissenschaft / Theodor Siegfried

Praktische
Religion

Als Henri Poincaré im Frühjahr 1914 seine Rede über die Relativität, gehalten zu Berlin, im Wissenschaftlichen Verein, etwa mit den Worten schloß: die Mechanik Newtons, nach allgemeiner Ansicht früherer Physiker und Mathematiker für die Ewigkeit errichtet, liege zwar noch nicht am Boden, aber sie wanke schon, da meinte ein bekannter Berliner Physiker: wenn die bisher für aere perennius gehaltene allgemeinste Grundlage der Physik ins Wanken geriete, dann wolle es ihm so scheinen, als ob auch politische Katastrophen sich nahten. Und die Katastrophe kam. Nach ihr, in Zeiten weiter dauernder sozialer, politischer, wissenschaftlicher, philosophischer, nationaler und internationaler Krisen, wünscht man wohl von einem Berg aus die Größe des Wirrwarrs zu überschauen. Einen solchen Dienst wollte der Präsident der Amerikanischen Soziologischen Gesellschaft *Charles A. Ellwood* in seinen »gesellschaftskundlichen Betrachtungen« Zur Erneuerung der Religion (übersetzt von B. L. Frank /Stuttgart, W. Kohlhammer/) der Menschheit leisten.

Wie kamen wir in diese Krisis? Ellwood antwortet: Durch das unter uns noch lebende, ja führende und herrschende Heidentum. Und was ist das charakteristische Kennzeichen des Heidentums, studiert am markantesten Beispiel, an dem einst weltbeherrschenden antiken Rom? Nicht die Freundeskreise um Marc Aurel, die Stoiker, Platoniker usw. Nein. Die politisch und wirtschaftlich herrschenden Schichten Roms hatten ein anderes Ideal: die Macht, den Willen zur Macht, die Lust an der Macht, den Kriegerstaat, die Weltherrschaft. Unterdrückung der Schwächeren wird ihnen zur Lust, zum Kompaß und Motor ihrer Gefühle; ethische und religiöse Grundsätze waren ihnen nur Opiate fürs Volk, sonst Zwirnsfäden, über die ein Geharnischter nicht stolpert. Menschheit und Gefühl eine sentimentale Lächerlichkeit. Die Mittel: das Schwert des Kriegers, das Beil des Scharfrichters und das Geld. In dieser Paganisierung der Welt hat, nach Ellwood, Deutschland die Führung übernommen. Aber sie zeigt sich überall. Eine japanische Kommission erklärt im Jahr 1919 nach einem Studium der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikas: »Es ist nicht zu ersehen, daß die christliche Religion für die

meisten Leute Wichtigkeit besäße.« Im Jahr 1921 existieren in den Vereinigten Staaten 4 bis 6 Millionen Arbeitloser. 2% der Gesamtbevölkerung besitzen 60% des Gesamtvermögens, zwei Drittel des Volkes nur 5 bis 6%; die Hälfte der Familien lebt an den Grenzen des Existenzminimums, doch wurde für Luxus im Jahr 1920 ein Drittel des Gesamteinkommens ausgegeben. Durch den Krieg hat sich die Lage der Massen noch verschlechtert. Allgemeine Signatur der gegenwärtigen Lage: Luxus der Reichen, äußerste Dürtigkeit der Armen, Müßiggang bei den Wenigen, übermäßige Arbeit bei den Vielen. Die Kriegs- und Nachkriegszeit wird als die Zeit der »gefundenen Reichtümer« charakterisiert. Und das Resultat? Nach Ellwood: Den Zustand der Wildheit, Menschenfresserei hätten wir glücklich überwunden; aber wir stecken noch tief in der Barbarei, im Kultus der Macht und des Genusses, im Heidentum. Was ist nun Religion? Da die Wissenschaft in der Vergangenheit oftmals irrte und auch bisher keine einzige der Grundfragen lösen konnte, so steht das Universum als Ganzes wie in allen Einzelheiten als ungelöstes, großes, unheimliches Rätsel vor uns. Aus diesem Schauen des Universums und dem Erschauern davor entsteht in jedem, der es unbelastet aufnimmt, der frei von theologischen und naturalistischen Dogmen das Universum sinnend betrachtet, ein Gefühl der Ehrfurcht vor einer unsichtbaren, übersinnlichen, allwaltenden Macht. Aus dieser jedermann natürlichen Ehrfurcht und aus deren Kultus entsteht, und in ihr allein besteht die religiöse Gesinnung. Aber die Religion ist nicht Selbstzweck, sie ist Mittel. Wo sie zum Selbstzweck wird, zum einem Schwelgen in wohlthuenden Gefühlen des Einsseins mit dem Urgrund, zu einem selbst bei größter Armut möglichen Genußleben, führt sie zum Mystizismus, Buddhismus, Quietismus, zu Religionsformen, die nie einen Finger gerührt haben, um Not, Leid und Jammer der Menschheit zu lindern. Die Bibel untersteht wie jede andere Wissensquelle, der Kritik; damit fallen die biblischen Wunder, sowie die theologischen Dogmen, die leibliche Auferstehung und Himmelfahrt Jesus' usw. aus der wissenschaftlichen Betrachtung und Wertung fort. Bleibt die Lehre. Und was will sie? Die Religion soll Kräfte wecken zur Erneuerung aller Völker, zur Erneuerung der ganzen Menschheit, um diese zu befähigen den höchsten Kulturzustand, kirchlich Reich Gottes genannt, auf dieser Erde zu verwirklichen; sie

soll den Enthusiasmus der Menschheitsidee wachrufen, sie soll alle Völker zu einem Reich des Friedens vereinigen. Sie ist also Weltmission. Religion, Kirche und Theologie sind nun oft bis heutigen Tages mißbraucht worden, um gerade den Zustand der Barbarei zu verewigen. Diese Haltung der Kirche hat bei den Ausgebeuteten, Unterdrückten und Armen die riesenhafte atheistische Bewegung der unteren Klassen hervorgeufen. Aber keine Gewalt ist imstande die Menschheit dem höchsten Kulturzustand entgegenzuführen; im Gegenteil, sie wirkt verzögernd, ja sie führt rückwärts, tiefer in die Barbarei hinein. Positives Christentum, wie Ellwood seine Lehre nennt, bedeutet nun ein Christentum, das dieses höchste Ziel sich stellt: Wiedergeburt der Menschheit für das Reich Gottes, und die wissenschaftliche Gesellschaftskunde zeigt nach Ellwood, daß dieses Ideal wirtschaftlich, das heißt in Rücksicht auf den unermeßlichen Reichtum an natürlichen Gütern der Erde, praktisch möglich sei: möglich aber nur durch eine völlige Erneuerung der Menschheit. Ellwood nimmt auch die Trias: Gott, Freiheit, Unsterblichkeit, in sein System auf. Nicht ewig waltende Naturgesetze oder biologische Notwendigkeiten, sondern ganz allein die Menschheit selbst, der in ihr sich auslebende, aber der Veredelung fähige Wille trägt die Verantwortung für die religiösen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände auf dieser Erde: Die Naturkräfte und die Naturgesetze, die wirklich und sichtlich im Wasserstoff, in der Elektrizität usw. waltenden, lassen das Reich Gottes ebenso zu wie den gegenwärtigen Zustand allgemeiner Barbarei. Damit ist die praktische Freiheit der Menschen begründet entweder den Zustand allgemeiner Barbarei beizubehalten oder aber an der Herstellung der höchsten Kultur zu arbeiten. Ein Weiterleben nach dem Tod wird nach Ellwood durch das ganze Universum durchwaltende Kontinuitätsprinzip nahegelegt: erst durch diese Kontinuitätsannahme werde das Leben auf diesem vergänglichen Planeten, der beim Stand der heutigen Technik nur noch einer mittlern Insel gleicht, sinnvoll.

Wie steht es nun mit den Mitteln zur Erneuerung der Menschheit, zur Herbeiführung des möglichen höchsten Kulturzustands? Man hat, wie sich aus der Predigt Jesus ergibt, die Gesinnungen, Gefühle und Sinnesrichtungen der primitivsten idealen Gemeinschaft, der idealen Familie, auf alle größeren Gemein-

schaften, auf Staat, Rasse, auf die ganze Menschheit zu übertragen. Nur so ist die ideale Gemeinschaft und das Menschheitsideal erreichbar. Gottesdienst heißt Dienst am Menschen; das ganze Leben der ursprünglichsten idealen Gemeinschaft besteht aus gegenseitigen Hilfs- und Dienstleistungen, geleistet vom Geist des Wohlwollens aller gegen einander. Und die Gesellschaftskunde kommt auf dem Weg der Beobachtung ganz unabhängig von religiösen Beweggründen zum selben Resultat, nämlich, daß Selbstsucht nicht als Mittel zum Aufbau höherer Kultur zu erkennen sei. So sind beide, Religion und Moral, wie die anderen Wissenschaften auf einfachsten, jedermann zugänglichen und von jedermann nachprüfbareren Erfahrungstatsachen aufgebaut.

Die Bücher Ellwoods haben in Amerika ganz ungewöhnlichen Erfolg gehabt. Ja, Bundesversammlungen großer christlicher Kirchen haben die Grundgedanken Ellwoods unter anderen zu Prinzipalpunkten ihrer politischen Programme gemacht. Erwähnt seien folgende Punkte: 1. Ablehnung des Klassenkampfes und des gewaltsamen Umsturzes, 2. garantierte Mindestlöhne, Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter, Achtstundentag, Abschaffung der Frauennachtarbeit und der Kinderarbeit, 3. ein voller Ruhetag in der Woche; Festsetzung eines Existenzminimums und -maximums für jeden Beruf, 4. Gültigkeit der selben Sittengesetze für Nationen wie für Individuen, 5. durchgreifende Abrüstung aller Völker usw. Zu bekämpfen seien 1. das Übermaß von Macht und Ansammlung großen Reichtums in den Händen weniger, 2. Monopolisierung natürlicher Hilfsquellen zu Gewinnzwecken, 3. Ausnutzung der Produktion zum Vorteil einzelner, 4. die Kriege und die wechselseitige Gegnerschaft und der Dünkel von Klassen, Völkern und Rassen.

Es braucht nicht wunderzunehmen, daß in dieser Ausprägung die Religion schließlich zu bloßer Sozialpolitik (die noch obendrein die letzten Grundkräfte verkennt, daher naiverweise den Klassenkampf "ablehnt") zusammenschumpft. Das ist durchaus eine Konsequenz des Amerikanismus, der in Wahrheit nur eine ehrliche Zusammenfassung des europäischen Geistes ist. Das Tiefste der Religion, ihr eigentliches Wesen, das auf dieser Erde im Osten seinen Ursprung hat, von dort nach Europa hinüberschlug, um sich hier dann zu verflüchtigen, ist in dieser intellektuellen Oberschicht freilich nicht zu suchen. Aber die Kraft jener Jenseitsausstrah-

lung zeigt sich darin, daß es die Menschen des Diesseits zwingt solche moralischen Postulate aufzustellen, damit eine Verpflichtung an ein Übergeordnetes anzuerkennen, wenn dieses freilich auch noch rationalistisch auf den Nutzen der Gesamtheit begründet wird. Die Stellungnahme der amerikanischen Kirchen wird indes als eine bei uns ungewohnte Offenheit und vor der Entscheidung nicht zurückschneuende Verantwortlichkeit gewertet werden müssen.

Aufklärung In losen Aufsätzen Über Religion /Wien, R. Löwit/ spricht *Josef Popper* (Lynkeus), der geradlinige Denker und sympathische Verfasser der seinerzeit in den Sozialistischen Monatsheften (1900 Seite 621 und folgende) gewürdigten Phantasien eines Realisten, von einem »Bankrott der Religion« und sucht nach einer »Moral ohne Aberglauben«. Die Aufsätze bringen »einige Worte über den Adel, seinen Ursprung, seinen Charakter und seine Existenzberechtigung«. Sie berichten, »wie eine glückliche Provinz durch den Einbruch der Kirchengewalt unglücklich gemacht wurde« (Albigenserkriege); sie geben die »Schilderung eines Volkes von niedriger Zivilisation und von sehr schwach entwickelter Religion in Beziehung auf seine Moralität« (Eskimos). Sie berichten weiter über »Warnungen vor positiven Religionen und vor Aberglauben, die von großen Regenten ausgingen« (chinesische und japanische Edikte). Sie schließen mit einer Aufforderung das Erbe Voltaires anzutreten und »alle Religion zu beseitigen«. Die Mannigfaltigkeit des herbeigetragenen Stoffes interessiert, und mehr als das, sie spricht eine beredete Sprache von den Greueln, Gehässigkeiten und Widerwärtigkeiten, die die Religionsgeschichte begleiten. Popper urteilt daraufhin: »Gegenüber dem endlosen Unglück, Unfrieden, den Verbrechen und Qualen, die die religiösen Transzendenzen in die Welt brachten, heute noch bringen und immer notwendigerweise bringen müssen, fallen alle ihre wohlthätigen Wirkungen nicht ins Gewicht.« Wie die Wirkungen unheilvoll, sind nach Popper die Ursachen minderwertig; Hang zu phantastischer Schwärmerei, intellektuelle Feigheit und Müdigkeit, die, an der harten Wirklichkeit müde gekämpft, hinter den Vorhang schauen möchte. Wenn die Religion theoretische Lösungen geben wollte, hätte Popper recht. Aber sie ruht gerade auf der Anerkennung jener Rätsel als der frohen Zuversicht dennoch das

Leben wagen zu können, als dem Vertrauen auf den Sinngehalt des Geheimnisses. Daher hat, was Popper nicht sieht, ihr Ethos eine Unmittelbarkeit und Frische, die der müden Resignation seiner vom Aberglauben freien Moral abgeht. Wichtig aber bleibt es den vom Verfasser beigebrachten Tatsachen ins Auge zu sehen. Wie kommt es, fragt er, daß ein so sensibler, weicher Mensch wie Rousseau gegen Atheisten in seinem Staat die Todesstrafe verhängen will, daß im Namen der Religion liebenswürdigste Menschen zu bestialischen Menschheitsgeißeln werden konnten? Antwort: Das Deus lo volt rechtfertigt nicht nur sondern gebietet Fanatismus. Das Bewußtsein im Namen Gottes, als Mandatar Gottes zu handeln nimmt dem Menschen jede menschliche Rücksicht. Orthodoxie und Enthusiasmus, das Bewußtsein die absolute Wahrheit zu berichten und das Gefühl von Gott selbst unmittelbar getrieben zu sein, sind die Hauptformen dieses gefährlichen Gottesgnadentums. Aber zwischen ihnen steht jener Glaube, der den Menschen Gott unterstellt, ohne ihm die Verantwortung für seine Taten abzunehmen. 3 Beispiele: das Judentum, das an seinen Höhepunkten das Bewußtsein der Erwähltheit zum Gedanken des Dienstes an allen aufgipfelt, Luther, der gerade im Kampf mit den Schwärmern seiner Zeit Demut und Bekenntnis der Sündhaftigkeit in den Vordergrund stellt (»Wenn du glaubst, Gott treibe dich, so steht am allerersten der Teufel hinter dir«), und der Mensch Dostojewskijs (»Jeder trägt aller Schuld«).

Ein Buch wie das vorliegende scheint symptomatisch für eine bereits im Abklingen begriffene Aufklärung zu sein. Aber seine Bedeutung reicht weiter: In einer Zeit wie der unsrigen wirkt es als Warnung vor neu sich regendem Fanatismus, und es weist auf eine Religion hin, die den Menschen nicht als bevollmächtigten Sachverwalter Gottes seine Menschlichkeit vergessen läßt sondern ihn als Menschen auf sich selber stellt. Ähnliche Wege geht *Georg Zeppler* in einer Broschüre Von den höchsten Dingen, in der er eine »Exegese über Gott und Erlösung, Christentum und Antisemitismus« geben will /Leipzig, Ernst Oldenburg/. Humaner Atheismus ist das Programm. Nicht von einem neuen monistischen Dogma her sondern aus der Unruhe der in ihren letzten Fragen wesensnotwendig versagenden Vernunft beurteilt Zeppler die Religion. Einem früh zur Ruhe kommenden Glauben stellt er die

stauende Frage entgegen. Aber gerade damit rückt er der von ihm in Grund und Boden verurteilten Religion nahe. Freilich kennt die Religion jenseits der Fragen oder inmitten der Fragen ein Ja zum Leben, ein Ja zum Menschen, ein Ja zum Dienen, das heißt eine Erlösung. Gegenüber solchem Ethos fällt doch die Zepplersche Humanität mit ihrem moralischen Endzweck: der »gemäßigten Lebensweise behufs bürgerlicher und geistiger Gesunderhaltung«, stark ab. Die Polemik gegen Theologie und Theologie könnte man dem Verfasser durchgehen lassen, wenn er sich nicht selber eine Beweisführung mit doppeltem Maß gestattet, die seines Themas nicht würdig ist. Was soll es bedeuten, wenn der Verfasser über die Evangelien mit der Redensart »Man weiß, was von solcher Zeugenschaft zu halten ist,« hinweggleitet, aber 11 Seiten später sich auf eine, wie ihm auch bekannt und von ihm zugegeben, notorische Fälschung des 19. Jahrhunderts beruft, dabei aber besonders zu unterstreichen wagt, daß in ihr, »wie ausdrücklich hervorgehoben wird, die reine Wahrheit über Jesus berichtet wird?«

Von dem, was Religion bedeutet, sind ehrliche Aufklärer wie Popper und Zeppler so weit entfernt, daß ihre gutgemeinten Argumente den Religiösen nicht treffen oder auch nur berühren können. Als Symptome eines naiven Aberglaubens an den Primat des Verstandes, dessen Stellung im Ganzen des Menschen wie gegenüber den Dingen nicht erkannt wird, sind solche Schriften aber bemerkenswert. Und sie sind sympathischer als die Erzeugnisse eines Aberglaubens an die »okkulten« Dinge, der in der Sache ebenso materialistisch ist wie jener, aber dadurch so verwerflich wird, daß er das Tiefste des Menschen zu Zwecken eitler Selbsttäuschung (die im Ernstfall ja dann doch versagt) mißbraucht. Denn solcher Aberglaube ist nicht etwa eine bloße Abart sondern das Widerspiel des wirklichen Glaubens. Zu diesem gehören Kraft, Hingabe und Selbstvergessenheit, wie jener aus Schwäche, Eigensucht und Bedürfnis nach Selbsterhöhung stammt.

Blumhardt Der Pastor von Bad Boll ist samt dem Sohn, der sein Werk fortführte, in den weitesten Kreisen bekannt gewesen, bald heiß verehrt, bald auch wieder mit einem mitleidigen Lächeln abgetan worden. Zumeist aber glaubten die Fernstehenden da eine seltsam heiße, weltenge und pietä-

stische Welle rauschen zu hören. Um so überraschter werden die, die es nicht schon wußten, von Leonhard Ragaz durch lange und gehaltvolle Auszüge (Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt Vater und Sohn und weiter /Zürich, Rotapfelverlag/) und dann durch die ausführliche Publikation Eugen Jäckhs (Blumhardt Vater und Sohn und ihre Botschaft /Berlin, Furcheverlag/) erfahren, wie weitentweit der Blick von Bad Boll sich reckte, wie hier, fern aller schwülen Enge, Menschentum und Weltlichkeit sich entfalteten, auf dem Grund eines Glaubens, daß diese Welt wohl und nicht zuletzt eine Welt des Kampfes gegen das Böse, aber eben doch die Gotteswelt ist. Aus dieser Atmosphäre stammt die heute doch nicht ganz zu Unrecht gang und gäbe gewordene Verpönung des Begriffs Religion. An Stelle des subjektiven Erlebens, Meinens, Fühlens rückt wieder an den ersten Platz die Objektivität des Reiches Gottes. Aber gerade in die Diesseitsgestaltung wird es gerückt. »Das Wort des Antichristen »Bleibt nur der Erde treu, meine Brüder« drückt im Grunde durchaus Christi Sinn aus.« Das Menschentum, das aus diesem Reichgottesglauben hervorwächst, ist das volle Gegenteil einer zerwühlenden und das Ich unterdrückenden Frömmigkeit. »Man muß nicht das Ich zerbrechen, eine willensstarke Persönlichkeit will ich sein. Das Unrecht laß ich zerbrechen, aber meinen Willen laß ich nicht zerbrechen. Ich kann mich richten lassen, aber nicht zu irgendeinem Waschlappen machen lassen.« 3 Gegner hat Blumhardt im Auge: den Quietismus, der die Welt sich überläßt, ohne selber Hand anzulegen, den Methodismus, dem Frömmigkeitsübungen des Lebens Inhalt oder Voraussetzung sind, und den Dogmatismus, der das freiströmende Glaubensleben in starre Kanäle leiten will und dabei statt des fließenden Wassers oft nur die hohle Leitung zurückbehält. Der Name Blumhardt bedeutet für Ragaz ein Programm und mehr als das. In ihm symbolisiert sich für Ragaz der neue Mensch, der aus Kraft des Glaubens fest auf Erden steht und mutig kämpft, frei gestaltet und genießt, ohne Sklave der Leidenschaft zu werden.

Neuauflagen Die radikale Entsagung, Feindschaft gegen alle opportunistische Politik kann ihre Kraft nur aus einem Glauben schöpfen, der, unbeschadet aller Wirrnisse der Zeit und ohne Rücksicht auf augenblickliche Erfolgsmöglichkeiten, sich an das Ewige bindet. Aber von

dorther erwachsen auch Kräfte, die am Ende zur Gestaltung des Diesseits ebenso wichtig sind wie die abwägenden Versuche "realistischer" Politiker. Es gehört zu den Zeichen der Zeit, daß Quellen, in denen solcher Glaube spricht, heute neu erweckt werden. Zu Werken dieser Art gehört *Peter Cheltschizkis* Netz des Glaubens (Aus dem Alttschechischen ins Deutsche übertragen von Carl Vogt /München, Einhornverlag/). Cheltschizki ist jener Einsame der nachhussitischen Bewegung, der entgegen dem kämpferischen Taboritentum ein Christentum der stillen, tragenden, duldbaren Liebe verkündete und, gewissen Kreisen des spätern Täuferturns vorangehend, von dem Christen Verzicht auf Macht und Gewalt, auf Waffengebrauch und kriegerische Welt-erobering forderte. Pazifismus auf religiöser Grundlage, das heißt nicht rationale Weltgestaltung auf Grund der Rentabilität friedlicher Zustände sondern Verzicht auf Gewalt um Gottes willen. Es ist an der Zeit, daß sowohl Pazifisten wie, Kriegsfreunde, vor allem aber die Kirchenchristen sich mit dieser Haltung auseinandersetzen, die nun doch in dem neutestamentlichen »Widerstehet nicht dem Bösen!« ihre stärksten Stützen hat.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften** Julius Richter hat der in dieser Rundschau (1924 Seite 599) besprochenen indischen Religionsgeschichte eine hübsche Darstellung der *Religionen der Völker* folgen lassen /München, R. Oldenbourg/. Die knapp, übersichtlich und anschaulich gehaltene Darstellung bildet einen Ergänzungsband des von Arnold Reimann verfaßten Geschichtswerks für höhere Schulen. Die Quellen kommen hie und da zu Wort. Eine noch reichere Heranziehung wäre hier zu wünschen. Das kleine Heft Heinrich Weinels *Die Weltreligionen* (in der Sammlung Quellenbücher der Volkshochschule Langensalza /Hermann Beyer & Söhne/) zeigt, was auch in engstem Rahmen hier möglich ist.

Die *Mythologie der Griechen und Römer* von Otto Seemann ist in 6. Auflage herausgekommen /Leipzig, Alfred Kröner/. Es ist beabsichtigtermaßen ein ausgesprochenes Schulbuch. Die reichen künstlerischen Beigaben machen das Werk besonders ansprechend. Eine Frage taucht indessen auf: Warum bleibt die mythologische Forschung von Wundt, Ehrenberg und anderen schlechterdings unberücksichtigt? Die Mythen werden wie novelistische Göttergeschichten behandelt,

während die wissenschaftliche Forschung hier völkerpsychologische, religiöse und kulturhistorische Probleme entdeckt hat, die doch wohl auch dem Gymnasiasten nicht gerade vorenthalten werden müssen.

Totenliste

Ende Juli 1924 starb in Königsberg *Karl Benrath*, 79 Jahre alt. Er hatte in Bonn, Berlin und Heidelberg studiert, wurde 1867 Lehrer am Realgymnasium in Düren, machte von 1871 ab Studienreisen durch England und Italien und habilitierte sich 1876 für Kirchengeschichte in Bonn, wo er 1879 außerordentlicher Professor wurde. 1890 ging er als Ordinarius nach Königsberg. Seine Hauptstudien betrafen die Zeit der Renaissance. Er schrieb eine Reihe von Monographien über Gestalten aus dieser Zeit, so über Julia Gonzaga, Bernardino Occhino und Paolo Sarpi. Außerdem veröffentlichte er eine Geschichte der Marienverehrung; Hagenbachs *Dogmengeschichte* gab er 1888 neu heraus. Am 17. August starb *Paul Natorp* (siehe die Rundschau Philosophie und Psychologie, 1924 Seite 658 und in diesem Band Seite 49). In dieser Rundschau seien nur seine theologisch bedeutenden Werke genannt, vor allem Religion innerhalb der Grenzen der Humanität /1894/. Hier versucht Natorp in strenger Konsequenz des Marburger Rationalismus die Gegenstandsbeziehungen der Religion zugunsten einer frei schwebenden Gefühlsreligion ohne Gott aufzulösen. Das Gefühl, die Sphäre der aller Gegenstandssetzung vorausgehenden Innerlichkeit, ist ihm das Gebiet der Religion. Das Buch hat durch Beifall und Mißfallen, die ihm galten, eine erhebliche Rolle gespielt. Der bei Natorp halb verhüllte Ansatz die Religion als Begründung der theoretischen, praktischen und ästhetischen Sphäre zu bestimmen hat weithin befruchtend gewirkt, auch da, wo man mit äußerster Vorsicht, wie Rickert, der Religion als Gegenstand ein Überwirkliches zuwies oder mit entschiedener Tongebung, wie Brunstäd, in der Gottesidee die letzte Begründung und das letzte Ziel der Wirklichkeit findet. Natorp selbst ist ebenfalls über seine alte Position hinausgeschritten. Die Beziehung mit der mittelalterlichen und indischen Mystik kommt deutlich in seinem geschichtsphilosophischen populären Entwurf *Deutscher Weltberuf* /1918/ zum Ausdruck. Auch der *Sozialidealismus* /1920/ enthält wichtige Gedanken Natorps zur Religionsphilosophie. Die

letzte systematische Arbeit religionsphilosophischer Art ist ein Vortrag Individuum und Gemeinschaft /1921/. Hier hat Natorp den alten Boden der reinen Immanenzphilosophie verlassen und bestimmt ein Transzendentes als Urgrund und Ziel des Seins erkannt. Der letztgenannte Aufsatz stellt in gewisser Weise den idealistischen Gegenpol dar zu der Theologie der Krisis, die Barth und Gogarten entwickeln. Die Gemeinsamkeit liegt im kritizistischen Ansatz, der Gegensatz zwischen der idealistischen Grundstellung bei Natorp und der an der einmaligen Christustatsache orientierten Offenbarungstheologie der Genannten. Im ganzen genommen zeigt die religionsphilosophische Leistung Natorps eine bis ins Alter unerschöpfte Regsamkeit und eine stetige Entwicklung zur Anerkennung des Metaphysischen hin, oder, anders ausgedrückt, von dem Selbstwert der Kultur zur religiösen Kulturkritik.

Am 16. Dezember starb der Professor für jüdische Philosophie am Vereinigten Jüdischen Kollegium in Cincinnati *David Neumark*, 58 Jahre alt. Er war einer der angesehensten Judaisten. Die hervorragendsten seiner hier zu nennenden Werke sind: *Geschichte der jüdischen Philosophie /1907/*, *Jehuda Hallevis Philosophy /1908/*, *Die jüdische Philosophie des Mittelalters /1908/*, *Crescas and Spinoza /1908/*, *Die Philosophie der Bibel /1918/*, *Die Prinzipien des Judentums in historischem Umriss /1920/*. Neumark war eine Persönlichkeit von bedeutender moralischer Prägung. Er hat durch Gesinnung und Beispiel auf die ihm Nahestehenden stark eingewirkt. Ende des Jahres 1924 starb *Rudolf Steck* in Bern, 83 Jahre alt. Er studierte in Bern, Jena und Heidelberg. Von 1867 bis 1881 war er reformierter Prediger in Dresden, seit 1881 Professor für Neues Testament in Bern. Zahlreiche fachwissenschaftliche Aufsätze von ihm sind in schweizerischen Zeitschriften zerstreut. Er veröffentlichte ein Werk über den Galaterbrief.

In London starb im Januar 1925 der katholische Philosoph und Kirchenhistoriker *Friedrich von Hügel*, in seinem 58. Lebensjahr. Dieser österreichische Gelehrte, der in England lebte, erhielt für seine Bücher über die Mystik in der Religion und seine Aufsätze über Religionsphilosophie die Ehrendoktorwürde von den Universitäten Oxford und Saint Andrews. Nach dem Tod seines Freundes Ernst Troeltsch gab er dessen letzte Aufsätze heraus.

Kurze Chronik Die Universität Göttingen stellte für 1925 die folgende *Preisaufgabe*: »Der Einschlag der dem Rechtsleben entnommenen Vorstellungen und Begriffe in die religiöse Gedankenwelt Israels ist festzulegen und zu erklären.« \diamond Der Göttinger Privatdozent *Erik Petersen* wurde ordentlicher Professor für Kirchengeschichte und Neues Testament an der Universität Bonn. Petersen stammt aus Hamburg. Er hat sich besonders auf den Gebieten der Kirchengeschichte, der Religionsgeschichte, des Hellenismus und der christlichen Archäologie bekannt gemacht. \diamond Der Privatdozent für Moralthologie und christliche Gesellschaftslehre in der Katholisch-theologischen Fakultät der Bonner Universität *Theodor Steinbüchel* hat einen Lehrauftrag für katholische Weltanschauung an der Universität Frankfurt am Main erhalten. \diamond In Leipzig *habilitierte* sich Gottfried Quell mit einer Arbeit über das kultische Problem der Psalmen, in Greifswald Heinz Laag mit einer Vorlesung über den Pietismus als Bahnbrecher der deutschen Aufklärung. Der Lektor der russischen Sprache an der Universität Königsberg *Nikolas von Arseniew* habilitierte sich dort für russische Religionsgeschichte; er war früher Privatdozent an der Universität Moskau und 1918 bis 1920 Professor an der Universität Saratow.

Literatur Prolegomena zur wissenschaftstheoretischen Grundlegung der Religionswissenschaft schrieb *Joachim Wach* /Leipzig, J. C. Hinrichs/: außerordentlich scharfsinnige Untersuchungen über die wissenschaftstheoretische Eigenart der Religionswissenschaft werden geboten, die, das kann man ruhig sagen, mit dieser Schrift erst ihre Domäne besetzt und allseitig abgegrenzt hat. In der Auffassung wichtiger Prinzipien wird ein bemerkenswerter Fortschritt über Troeltsch hinaus vollzogen. \diamond Es wurde bereits in dieser Rundschau (1924 Seite 526) auf eine Jesajaübertragung im Rahmen der Dokumente der Religion /Paderborn, Ferdinand Schöningh/ hingewiesen. Sie führt den Titel *Das Trostbuch Israels: Isaias*, ausgewählt und übertragen von *Norbert Peters*. In dieser Sammlung religiöser Texte ist das die erste Bearbeitung eines biblischen Buchs. Die Auswahl ist gut, doch darf man fragen, warum nicht alle echten Stücke des überlieferten Buchs Jesaja übersetzt sind. Das wäre wert-

voller als die Darbietung lyrischer Ornamente und eschatologischer Perspektiven, mit denen die Dichtungen des Feuergeistes Jesaja ausgeschmückt worden sind. Die Einleitung ist ein feines Stück historischer Hintergrundkunst und religiöser Belichtung. Ein kurzer Satz wie der »Die Politik Jesajas ist als Politik des Gottesreiches ganz eingetaucht in die Lebenswasser der Religion« sagt dem Leser (möchten es viele Studenten der Theologie sein!) mehr als die zünftigen historisierenden Kommentare mit ihrem rationalistischen Unvermögen den Geist der alttestamentarischen Prophetie zu begreifen. Peters ringt als Katholik natürlich mit dem kirchlichen Dogma. Die Entscheidung der Bibelkommission, derzufolge Jesaja 1 bis 66 vom Propheten Jesaja stammt, bekämpft er nicht, aber er weiß sie sehr geschickt praktisch außer Kraft zu setzen. Es bleibt dem Deutero- und dem Tritojesaja die geschichtliche Sonderstellung gewahrt, aber indem Peters zeigt, wie alles an dem übergreifenden religiösen Gesichtspunkt des Heils und der Heilshoffnung orientiert ist, läßt er die literaturgeschichtlichen Probleme leise in den Hintergrund treten. Übersetzung und kritische Anmerkungen sind zuverlässig. ◊ Eine Darstellung des Wortes und Werkes Jesus' bietet *Karl Refer* /Berlin, Furcheverlag/. Es ist eine Zusammenstellung und ein Ineinandearbeiten synoptischer Perikopen des Neuen Testaments mit kurzen Erläuterungen. Die Erläuterungen sind inhaltreich und gut. Für den, der sich einen Weg zum Neuen Testament bahnen will, ist das Buch ein wahrer Helfer. Refer versucht weniger die Kunde der Evangelien von Jesus in ein biographisches Schema zu pressen, zu dem die Evangelien keine Handhabe bieten, als im biographischen Kleid eine sachliche Ordnung zu geben. Goethes Geistesklarheit dient in zahlreichen Zitaten als Wegführer zum Verständnis. ◊ Das Neuwerk /Schlüchtern, Neuwerkverlag/ bringt einen Aufsatz *Eduard Thurneysens* über Wirklichkeit und Ewigkeit. Thurneysen will das Weihnachtsfest aus dem sentimental Festrausch befreien und sieht die Weihnachtsbotschaft auf der Folie des grauen Alltags und der Kämpfe und Wirrnisse der Wirklichkeit. ◊ Die Zeitschrift *Neue Wege* /Zürich, Verlag Freunde der Neuen Wege/ brachte einen ausgezeichneten Aufsatz *Clara Sterns* über *Rosa Luxemburg*, deren ganzes Leben eine unbewußte Religiosität beherrschte.

Hygiene / Georg Wolff

Bumm † Der Berliner Frauenarzt und Direktor der Universitätsfrauenklinik Ernst Bumm starb am 2. Januar in München, wo er sich zur Erholung aufhielt, in seinem 67. Lebensjahr. Bumm war von Geburt Bayer, aber bereits seit 1904 in Berlin an der Universität als Professor für Geburtshilfe und Frauenheilkunde tätig. Nach dem Rücktritt Olshausens übernahm er dessen Stelle als Direktor der 1. Universitätsfrauenklinik, nachdem er schon vorher in der Charité mit großem Erfolg tätig gewesen war. Bumm war ein glänzender Operateur und hatte als solcher Weltruf. Auch als akademischer Lehrer wurde er sehr geschätzt, insbesondere wegen seiner hervorragenden zeichnerischen Begabung, die es ihm ermöglichte in wenigen Kreidestrichen die schwierigsten Geburtslagen und Operationen an der Tafel darzustellen und damit besser zu veranschaulichen als es je durch Worte geschehen könnte. Diese Gabe charakterisiert auch seinen ausführlichen Grundriß zum Studium der Geburtshilfe /München, J. F. Bergmann/, der in zahlreichen Auflagen erschien und ungezählten Ärzten als Nachschlagewerk dient. In dem Werk sind Hunderte von bildlichen Darstellungen, meistens auf Grund eigener Zeichnungen des Verfassers, enthalten. Bums Hauptleistung auf wissenschaftlichem Gebiet fällt in die erste Zeit seiner akademischen Laufbahn. Sie bestand darin, daß es ihm als erstem gelang den Gonococcus mittels eines von ihm hergestellten Nährbodens in Reinkultur zu züchten und damit den ätiologischen Nachweis zu führen, daß der Tripper die bei weitem häufigste Ursache der chronisch-entzündlichen Unterleibserkrankungen der Frau darstellt. Dem neuen Nährboden war menschliches Blutserum zugesetzt. Bums Entdeckung stammt bereits aus dem Jahr 1885, also aus der Frühzeit der bakteriologischen Ära der Medizin; sie erfolgte, nachdem Albert Neisser schon im Jahr 1879 den Gonococcus entdeckt, im mikroskopischen Bild bei allen frischen Fällen von Harnröhrentripper des Mannes und der Frau sichtbar gemacht und damit die Gonorrhoe einwandfrei als eine Krankheit sui generis von anderen Geschlechtskrankheiten, insbesondere der Syphilis, zu unterscheiden gelehrt hatte. Für die Klärung der chronischen Gonorrhoeerkrankungen ist die Reinzüchtung des Erregers durch Bumm von größter Bedeutung gewesen.

Geschichte der Medizin

Auch in der Medizin macht sich in jüngster Zeit wieder das Bestreben geltend aus der fast unübersehbaren Fülle spezialistischer Kleinarbeit zu einer Synthese und damit zur Selbstbesinnung zu kommen. Dazu ist nicht nur die Zusammenfassung der zahlreichen Sonderfächer der Medizin selbst unter einem höhern Gesichtspunkt erforderlich, sondern auch eine Fühlungnahme mit anderen, sowohl den sogenannten Geistes- wie den Naturwissenschaften. Sie alle bilden eine Einheit. Der Spezialist wird zu leicht zum reinen Techniker in seinem Sonderfach und verliert damit den Blick für das Ganze. Dabei darf freilich nicht verkannt werden, daß bei der heutigen Entwicklung aller Wissenschaftszweige Höchstleistungen nur durch Konzentration auf ein bestimmtes Arbeitsgebiet zu erzielen sind. Doch darf der Wissenschaftler eben bei dieser an sich notwendigen Differenzierung nicht den organischen Zusammenhang mit dem Ganzen verlieren. Die historische Betrachtung kann dazu viel beitragen. Für die Medizin liegt gerade jetzt eine Reihe zusammenfassender geschichtlicher Darstellungen vor.

Eine durch ihre Konzentriertheit wie Literaturbeherrschung gleich hervorragende Leistung ist die Geschichte der Medizin, die der Freiburger Professor für Geschichte der Medizin Paul Diepgen in der Sammlung Götschen veröffentlicht, und von der kürzlich das 4. Bändchen erschien. Es behandelt die neueste Zeit von der Begründung der Zellulärpathologie an bis zur Gegenwart. Es hat also besonders aktuelles Interesse, wenn auch die klinischen Fächer noch nicht berücksichtigt sind. Wie in den früheren Bändchen beschränkt sich der Verfasser auch in diesem nicht rein auf die Geschichte der Medizin sondern behandelt ausdrücklich auch deren Beziehungen zu den Nachbarwissenschaften. So stellt er in einem speziellen Kapitel die Beziehungen der Philosophie zur Naturwissenschaft und Medizin dar; ebenso gedenkt er der politischen Strömungen, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts zutage traten. Zu wünschen wäre noch ein stärkeres Eingehen auch auf die Gesellschaftswissenschaften, ihre statistisch soziologischen Methoden. Dadurch gewänne man ein besseres Bild der Zusammenhänge zwischen Krankheits- und sozialen Verhältnissen, die in der neuzeitlichen Hygiene noch längst nicht genügend gewürdigt werden. Vielleicht wird aber darauf in dem der ci-

gentlichen Geschichte der Hygiene gewidmeten Abschnitt eingegangen werden, der wohl dem Schlußbändchen der vor-
trefflichen Sammlung vorbehalten bleibt. Sein Erscheinen sollte nicht mehr zu lange hinausgezögert werden.

Bedeutende wissenschaftliche Arbeit steckt auch in der neuen Gesamtausgabe der Werke des Theophrast von Hohenheim genannt Paracelsus, die der Leipziger Professor für Geschichte der Medizin Karl Sudhoff in Gemeinschaft mit dem Münchener Philologen Wilhelm Matthiessen herausgibt, und von der jetzt ebenfalls der Anfang erschienen ist (München, Otto Wilhelm Barth). Wir schulden dem Verlag Dank für das kostbare Werk, das hoffentlich bald weitergeführt werden kann. Bisher ist von der auf eine stattliche Reihe von Bänden berechneten Gesamtausgabe der 6. Band erschienen, der im wesentlichen die Kolmarer Schriften aus dem Jahr 1528 enthält, darunter die berühmte Arbeit über die Franzosenkrankheit (Syphilis). Hohenheim ging in seiner Krankheitslehre schon von chemisch-physiologischen Vorstellungen aus. Er war einer der ersten Ärzte, die ihren Heilversuchen die Erfahrung zugrunde legten; er wandte sich heftig gegen alle diejenigen, die ihr Heilverfahren rein auf die Spekulation gründeten und so den Leuten unnützlich das Geld aus der Tasche zogen. Dabei drückte sich der vielverlästerte Kämpfer und Wahrheitssucher gegen seine Kollegen nicht immer sehr zart aus, freilich immer mit Humor. Etwa, wenn er im 2. Kapitel der genannten Schrift von der »Unverstandtheit und Irrung« der damaligen Ärzte spricht: »O wehe des Erschreckens, den sie empfangen haben, da ihnen ihre Kranken in den Kirchhof entrannen.« Man sollte diesen Klassiker der Medizin mehr lesen.

In den Beginn der modernen medizinischen Forschung führt die Biographie Johannes Müllers, die Wilhelm Habering, der Historiker der Medizin an der Akademie zu Düsseldorf, erscheinen ließ. Sie ist in der von Wilhelm Ostwald herausgegebenen Sammlung Große Männer (Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft) erschienen. Eine gründliche Arbeit, deren Wert durch zahlreiche Anmerkungen noch erhöht wird. Johannes Müller hat im 19. Jahrhundert die wissenschaftliche Heilkunde durch eigene und die Arbeiten seiner Schüler wie kaum ein anderer beeinflusst, er hat die spekulative Richtung der Naturphilosophie aus der Heilkunde verdrängt und das Experiment endgültig in die Physio-

logie eingeführt. Seine Schüler waren Henle und Virchow, Helmholtz und Du Bois Reymond; innige Beziehungen verbanden ihn mit Goethe, dessen biologischen Intuitionen er höchste Bewunderung entgegenbrachte, und mit Alexander von Humboldt, der, fast 90 jährig, dem viel jüngern Freund, der aber schon 1 Jahr vor ihm dahinschied, die Grabrede hielt. Johannes Müller ist noch nicht 57 Jahre alt geworden. Haberling schildert neben den Beziehungen zu diesen Männern die zahlreichen anderen, die Müller mit der Gelehrtenwelt aller Länder verbanden, ebenso sein inniges Familienleben, wie es aus zahlreichen Briefen an seine Frau hervorleuchtete. Einige seiner Schüler, wie etwa Virchow oder Helmholtz, und von späteren Forschern Koch und Ehrlich, haben wohl für die technischen Fortschritte in der medizinischen Wissenschaft im einzelnen Großartigeres geleistet; in der Geschlossenheit seiner Persönlichkeit und dem wissenschaftlichen Einfluß auf die Ärzteschaft dürfte aber keiner von ihnen Johannes Müller erreichen. Daneben stammen von ihm auch einige praktisch hochbedeutende Einzelleistungen wie etwa die experimentelle Begründung des Bellschen Gesetzes von den motorischen und sensiblen Nervenwurzeln im Rückenmark.

Ebenfalls in der auf diesem Gebiet besonders rührigen Akademischen Verlagsgesellschaft in Leipzig erschien die von Karl Sudhoff zusammengestellte Studie Rudolf Virchow und die Deutschen Naturforscherversammlungen. Auch hier liegt eine ungemein reizvolle Arbeit vor, die allerdings ein Torso blieb. Sie enthält vorwiegend die Vorträge, die Virchow in den allgemeinen Sitzungen der Naturforscherversammlungen gehalten hat, und die deshalb für weitere Kreise ein Interesse haben können. Der Schöpfer der Zellulärpathologie, dessen Ruhm und Ruf in Fachkreisen kaum überboten werden konnte, wurde von Nichtmedizinern wegen seiner etwas engen Lebensanschauung vielfach nicht ganz gerecht beurteilt. Aus seinen Vorträgen über die Fortschritte in der Entwicklung der Humanitätsanstalten /1860/, über den vermeintlichen Materialismus der heutigen Naturwissenschaft /1863/, Die Naturwissenschaften in ihrer Bedeutung für die sittliche Erziehung der Menschheit /1873/ und manchen anderen geht jedenfalls hervor, daß Virchow allen Dingen des Lebens ein lebhaftes Interesse entgegenbrachte und, wie Du Bois

Reymond, in den Problemen, die Transzendentes und die Bewußtseinsvorgänge berühren, mindestens Selbstbescheidung übte. Er stand auf dem Boden der Naturwissenschaft und war ein Kämpfer voll Temperament; allerdings in späteren Jahren Neuem abgeneigt. An die Persönlichkeit Johannes Müllers reicht er nicht heran.

Die Sammlung Meister der Heilkunde, die der Rikolaverlag in Wien vor einigen Jahren begann, und die der Wiener Historiker der Medizin Max Neuburger herausgibt, ging in den Verlag Julius Springer in Wien, eine Zweigstelle des Berliner Verlags gleichen Namens, über. Die einzelnen Biographien sind meist von engeren Fachgenossen, vielfach von noch lebenden Mitarbeitern der betreffenden Mediziner geschrieben; dadurch kommt eine persönliche Note in diese Darstellungen. Den beiden ersten Bändchen, in denen das Leben und Schaffen Rudolf Virchows (durch Carl Posner) und Paul Ehrlichs (durch Adolf Lazarus) dargestellt worden war, schließt sich jetzt eine Reihe anderer an. Heinrich Boruttau schildert das Leben und wissenschaftliche Wirken Emile Du Bois Reymonds, der der Nachfolger Johannes Müllers auf dem Berliner Lehrstuhl für Physiologie wurde und als Erforscher der tierischen Elektrizität und glänzender akademischer Redner Ruhm gewann. Robert Gersuny entrollt in kurzen Zügen ein Lebensbild seines Lehrers Theodor Billroth, des Meisters der Operationskunst und warmherzigen Menschenfreundes. In den beiden letzten Bändchen gibt Martin Kirchner, der medizinische Verwaltungsbeamte und Organisator der Seuchenbekämpfung, eine von Ehrfurcht getragene Darstellung des Schaffens Robert Kochs, und der Wiener Kliniker Maximilian Sternberg einen lebendigen und inhaltreichen Überblick über die Lebensarbeit Josef Skodas. Kochs Bedeutung ist weltbekannt; die Entdeckung seiner neuen bakteriologischen Untersuchungsmethoden hat schnell zur ätiologischen Klärung einer großen Zahl von Infektionskrankheiten bei Mensch und Tier geführt. Skoda hat sich durch die Einführung der Perkussion und Auskultation in die alltägliche Untersuchungsmethodik des Arztes die größten Verdienste um die praktische Heilkunde erworben. Durch sein grundlegendes Werk Abhandlung über Perkussion und Auskultation /1839/ hat Skoda in Österreich und Deutschland erst die Methoden der Perkussion und Auskultation zur allgemeinen Anerken-

nung gebracht, die allerdings schon vorher von den Franzosen Corvisart und Laennec gefunden und bekanntgegeben worden waren. Diese Methoden sind heute das selbstverständliche Rüstzeug jedes Arztes. Sternberg schildert im Rahmen der ganzen Wiener Schule die anziehende Persönlichkeit Skodas, der nicht auf dem üblichen Weg vom Assistenten aufwärts zu wissenschaftlicher Anerkennung gelangte. Es kennzeichnet den Menschen Skoda, daß er als einer der wenigen aufs energischste für Ignaz Philipp Semmelweis eintrat, der 1847, 20 Jahre vor Lister, eine Infektion als Ursache des Kindbettfiebers erkannte und dessen weite Verbreitung in den Gebäranstalten der Universitätskliniken auf die Infektion der Mütter durch Leichengift respektive Übertragung eitererregender Keime mittels der Hände und Instrumente von Ärzten und Hebammen zurückführte. In der Wiener Fakultät stieß Semmelweis bekanntlich auf heftigsten Widerstand; auch die Pariser Akademie verwarf seine Behauptungen, um später durch Pasteur eines Bessern belehrt zu werden. Semmelweis teilte das Schicksal so manches Entdeckers; er wurde bei Lebzeiten verlacht und starb im Irrenhaus. In ergreifender Weise hat jetzt Theo Malade in Romanform Semmelweis' Lebenslos dargestellt (Semmelweis, der Retter der Mütter /München, J. F. Lehmann/). Gegenüber einem wissenschaftlichen Seher wird hier eine Dankeschuld abgetragen.

Einen eigenartigen Reiz gewährt die Sammlung Die Medizin der Gegenwart in Selbstdarstellungen. /Leipzig, Felix Meiner/. Sie wird von L. R. Grote herausgegeben und stellt ein Teilstück aus dem großen Unternehmen des Verlags dar, das sich auf die gesamte Wissenschaft der Gegenwart erstreckt. Diese Selbstdarstellungen tragen freilich einen stark subjektiven Charakter; sie sind nach Inhalt wie Umfang sehr verschieden. Sie werden auch dadurch zu stark akademisch-schematisch, daß fast ausschließlich ordentliche Universitätsprofessoren zur Mitarbeit herangezogen worden sind. So kommen der Anatom Barfurth, der Pathologe Grawitz, der Hygieniker Hueppe, die Pharmakologen Hans Horst Meyer und Hugo Schulz, die Kliniker Penzoldt, Rosenbach, Friedrich Schultze im 2. Band zu Wort. Der 3. Band ist, was Anerkennung verdient, fast ausschließlich ausländischen Forschern vorbehalten; hier erzählen die Internisten Hemmeter /Baltimore/, Koranyi /Budapest/, Petró /Lund/, die

deutschen Chirurgen Lorenz, Payr und Rehn, der holländische Pathologe Tendeloo ihre Lebensschicksale; sie alle geben auch ein Verzeichnis ihrer wissenschaftlichen Arbeiten. Über die Richtigkeit dieser Auswahl kann man freilich streiten, schon weil viele der bedeutendsten medizinischen Forscher nicht den üblichen Weg der Universitätslaufbahn einhielten, so in der Vergangenheit Julius Robert Mayer, Ignaz Philipp Semmelweis, Robert Koch. Der Gegenwart, die arm an solchen Geistern zu sein scheint, stehen wir noch selbst befangen gegenüber.

Uneingeschränktes Lob verdient die Schrift des Gießener Dozenten Georg Honigmann Das Wesen der Heilkunde, /Leipzig, Felix Meiner/, in der eine »historisch-genetische Einführung in die Medizin« gegeben werden soll. Aus ihr spricht ein philosophisch und historisch gebildeter Arzt. Der rein geschichtsmedizinische Teil ist nur kurz; der Hauptwert ist auf die philosophische Durchdringung des einschlägigen Problems gelegt, zu dem der Verfasser schon in einer früheren Schrift (Das Problem der ärztlichen Kunst /Gießen, Alfred Töpelmann/) Stellung genommen hat. Es wäre zu wünschen, daß alle Ärzte diese Arbeiten lesen, die niemals in einseitiger Weise, die verschiedensten aktuellen Fragen behandeln. Der Verfasser entwickelt zum Beispiel seine Meinung über die Sozialisierung des Heilwesens, die Entwicklung der Sozialversicherung und ihre Folgen für die Ärzte, Krankenkassen und Versicherten, die Ständefragen; er weist vor allem aber auch immer wieder auf die ethischen Wurzeln der ärztlichen Tätigkeit, sowohl der Heil- wie der Fürsorgebetätigung, hin. Wie der in Ärztekreisen so stark verkannte Schweningner, auf den er sich ausdrücklich und in mutiger Weise beruft, betont auch Honigmann, daß der Arzt in erster Linie Künstler, nicht wissenschaftlicher Techniker sein muß (siehe Ernst Schweningers Schrift Der Arzt, in der Sammlung Die Gesellschaft /Frankfurt, Rütten & Loening/).

Erheblichen kulturhistorischen Wert haben auch die Ausschnitte, die Eberhard Buchner aus alten deutschen Zeitungen, vorwiegend der Vossischen Zeitung, gesammelt und unter dem Titel Ärzte und Kurpfuscher ähnlichen, früher vorgenommenen Zusammenstellungen aus anderen Gebieten angegliedert hat /München, Albert Langen/. Aus diesem sonst verlorenen Material wird die Geschichte der Medizin manches verwerten können.

Ähnliches gilt für die vorzüglich ausgestattete Schrift Johannes Nohls *Der schwarze Tod, eine Chronik der Pest 1348 bis 1720*, die den 2. Band der von Emil Szittya herausgegebenen *Sammlung Der Kulturspiegel* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ bildet. Die Arbeit ist fließend geschrieben und überaus interessant. Für eine wissenschaftliche Verwertung, an die freilich wohl nicht in erster Linie gedacht ist, wäre es höchstens störend, daß der Verfasser die Quellen, ohne im einzelnen auf den Text hinzuweisen, nur in einem lose angefügten Literaturverzeichnis angegeben hat. Vorbildlich in der Behandlung und Angabe der Quellen ist dagegen die Untersuchung des japanischen Dermatologen und Professors der Universität Tokio Keizo Dohi Beiträge zur Geschichte der Syphilis, insbesondere über ihren Ursprung und ihre Pathologie in Ostasien /Leipzig, Akademische Verlagsgesellschaft/. Die sorgfältigste und kritischste Benutzung der ostasiatischen wie der europäischen literarischen Quellen zeichnet das Werk aus. Im wesentlichen schließt sich Dohi, auf Grund genauer Studien in China und Japan, der Ansicht Iwan Blochs an, nach der die Syphilis nach der Entdeckung Amerikas durch Columbus in Europa eingeschleppt worden ist. »Die Übereinstimmung sowohl in den Daten der ersten Syphilis-epidemie in Europa und in China als auch in der Behandlung der Syphilitischen mit Quecksilber und Sarsapilla . . . macht eine gemeinsame Origination dieser chronischen Infektionskrankheit sehr wahrscheinlich.« Weitere Nachforschungen ergaben, daß chinesische und japanische Seefahrer die Krankheit von den großen Südseeinseln heimgebracht haben, nachdem durch Vasco da Gamas Leute die Verbindung zwischen Europa und Indien hergestellt worden war.

Totenliste

Ende Oktober 1924 verschied in Wien der weitberühmte Chirurg *Robert Gersuny*, 80 Jahre alt. Er war ein Schüler Theodor Billroths, dem er noch kurz vor seinem Tod, wie oben angezeigt, ein Denkmal in der Sammlung Meister der Heilkunde gesetzt hat. Er selbst war vornehmlich auf dem Gebiet der chirurgischen Kosmetik tätig; durch plastische Operationen ist er zu großem Ansehen und Ruf gekommen. Als leitender Chirurg an einem Krankenhaus in San Francisco, wo er seit 1889 weilte, ist *Friedrich Fehleisen* gestorben. Er hatte seine chirurgische Aus-

bildung bei Ernst von Bergmann erhalten, bei dem er lange Zeit als Assistent tätig war. Wissenschaftlichen Ruf gewann er frühzeitig durch eine Jugendarbeit aus dem Grenzgebiet zwischen Chirurgie und Bakteriologie, in der er im Jahr 1883 die Ätiologie des Erysipels aufklärte und als Erreger der Wundrose, jener für die Heilung chirurgischer Erkrankungen oft so gefährlichen Wundinfektion, einen typischen *Streptococcus* nachwies, den er in Reinkultur züchtete. Fehleisen nannte ihn *Streptococcus erysipelatis* und wollte ihn damit von jenen anderen eitererregenden Streptokokken (*Streptococcus pyogenes*) unterscheiden wissen, die man häufig bei septischen Erkrankungen findet. Diese Anschauung hat sich später nicht aufrechterhalten lassen; die Wundrose ist vielmehr eine besondere Erscheinungsform der durch pathogene Streptokokken hervorgerufenen septischen Erkrankungen und wird vom Operationsaal am besten durch peinliche Asepsis ferngehalten. Der bedeutende Anatom und Direktor der Anatomie in Würzburg *Hermann Braus* starb am 28. November im Alter von 57 Jahren. Er strebte danach die Anatomie aus dem Rahmen einer deskriptiven Fachwissenschaft herauszuheben und unter dem Einfluß der Entwicklungsmechanik Roux' auch dem Arzt und Kliniker wieder näherzubringen. Unter diesem Gesichtspunkt schrieb er in den letzten Jahren sein großes Lehrbuch der Anatomie /Berlin, Julius Springer/, dessen erste beide Bände vorliegen; sie berücksichtigen in ganz anderer Weise als frühere Lehrbücher die Ergebnisse der Physiologie und Pathologie.

Einen schweren Verlust erlitt die medizinische Wissenschaft auch durch den frühzeitigen Tod des Bakteriologen und Immunitätsforschers *Julius Morgenroth*, der am 20. Dezember in Berlin, in seinem 54. Lebensjahr, starb. Er war der erfolgreichste der Schüler und Mitarbeiter Ehrlichs. Was Ehrlich für die durch Protozoen und Spirillen hervorgerufenen Erkrankungen angestrebt hatte, und was ihm und seinen Mitarbeitern bei einem Teil dieser Krankheiten (zum Beispiel dem Rückfallfieber, der Syphilis, Frambösie, Brustseuche der Pferde) geglückt war; nämlich durch chemisch besonders konstituierte, hochwirksame, aber für den menschlichen Organismus möglichst unschädliche Produkte eine Chemotherapie dieser Krankheiten durchzuführen, das versuchte Morgenroth auf das noch schwierigere Gebiet der bakteriellen In-

fektionen zu übertragen. Er fand eine große Reihe neuer Präparate, großenteils synthetisch hergestellte Abkömmlinge des Alkaloids der Chinarinde (Optochin, Vuzin, Eukupin), die sich im Tierversuch und in der praktischen Anwendung beim Menschen als sehr wirksam gegen Pneumokokkeninfektionen und andere Krankheiten erwiesen. Die antiseptische Behandlung der Wundinfektionskrankheiten, die seit der Einführung der Karbolsäure durch Lister kaum einen Fortschritt gemacht hatte, ist dadurch in ein neues Stadium getreten. Aber auch auf anderen Gebieten der Bakterienforschung und insbesondere der Immunitätswissenschaft erwies sich Morgenroth als ein würdiger Schüler seines großen Lehrers, an dessen Forschungsstätten in Berlin und später am Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt er lange Zeit mitgearbeitet hatte. Zuletzt leitete er in Berlin die Chemotherapeutische Abteilung am Institut für Infektionskrankheiten Robert Koch.

Der bedeutende Röntgenologe *Jean Bergonié* starb in Bordeaux in seinem 69. Lebensjahr. Sein Hauptarbeitsfeld war die Strahlenbehandlung des Krebses, dem er schließlich selbst erlag. Menschlich ergreifend ist, daß er bis zum Tod bei seinen Forschungen verharrte, obschon er unter der Wirkung der Röntgen- und Radiumstrahlen erst den rechten, dann einen Teil des linken Armes einbüßte und zuletzt schwere Schädigungen der inneren Organe davontrug. In Anerkennung seiner großen Verdienste um das Studium der therapeutischen Strahlenforschung wurde ihm auf dem Krankenlager kurz vor seinem heroischen Tod das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen.

Der bekannte Internist *Adolf von Strümpell*, zuletzt Direktor der Medizinischen Universitätsklinik in Leipzig, starb am 10. Januar 1925 im Alter von 72 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung. Seine wissenschaftlichen Arbeiten liegen vorwiegend auf dem Gebiet der Neurologie und medizinischen Psychologie. In zahlreichen Auflagen erschien sein großzügiges Lehrbuch der speziellen Pathologie und Therapie der inneren Krankheiten, das auch in viele fremde Sprachen übersetzt worden ist und lange Zeit das beste Rüstzeug für Studierende und Ärzte in der innern Medizin bildete.

Kurze Chronik Die Bearbeitung der *Statistik der Todesursachen* für das Deutsche Reich, die bisher im Reichsgesundheitsamt

durch einen in diesem Fach besonders erfahrenen Medizinalstatistiker vorgenommen wurde, ging am 1. Januar 1925 auf das Statistische Reichsamt über. Es bleibt abzuwarten, ob sie dort in ebenso eingehender und sachkundiger Weise gehandhabt werden wird wie bisher. Zu bedauern ist zunächst, daß die Medizinalstatistischen Mitteilungen aus dem Reichsgesundheitsamt, die das Gesamtergebnis eines Jahres einheitlich zur Darstellung brachten, nicht mehr erscheinen sollen. War diese Umordnung notwendig? \diamond Eine Vergleichung der *Bevölkerungsbewegung* in England und in Frankreich im Jahr 1922 ist von großem Interesse. Beide Länder hatten annähernd die gleiche Einwohnerzahl (England 38,4, Frankreich 39,2 Millionen), annähernd die gleiche Geburtenzahl (England 758 386, Frankreich 761 861); die Todesfälle dagegen betragen in England nur 444 869, in Frankreich 666 999, so daß ein Geburtenüberschuß in England von 313 517, in Frankreich nur von 94 871 resultiert. Schuld ist also in Frankreich an dem Bevölkerungsstillstand nicht so sehr der Geburtenrückgang, der Mangel an Zeugungswillen, als vielmehr die hohe Sterblichkeit; namentlich die Tuberkulosesterblichkeit ist in Frankreich so groß wie sonst in keinem der großen europäischen Länder, Rußland ausgenommen. \diamond Eine *Sportärztagung* fand in Berlin statt. Die Vereinigung, die sie veranstaltete, soll fortan Ärztebund zur Förderung der Leibesübungen heißen. Ihr Ziel ist die Durchführung einer wissenschaftlichen Sporthygiene. August Bier sprach über die Notwendigkeit der Mitwirkung der Ärzte bei den Leibesübungen. Von den Sportübungen sind seiner Meinung nach die Nacktübungen besonders zu pflegen, da sie auch auf die Heilung der Tuberkulose einen hervorragenden Einfluß haben. Knaben und Mädchen seien bei den Übungen am besten zu trennen, da die Mädchen viele Übungen nicht vertragen. Auch die Sinnesorgane sollten, wie ein anderer Redner hervorhebt, systematisch geübt werden; dadurch sei zum Beispiel die Kurzsichtigkeit weitgehend zu beeinflussen. \diamond Am 22. September wurde in Berlin ein neues *Zahnärztliches Fortbildungsinstitut* eröffnet. Es steht unter der Leitung des Privatdozenten Wilhelm Adrion und enthält in vorzüglichster Einrichtung ein Röntgenzimmer, ein Zimmer für Licht- und Wärmetherapie, ein Laboratorium, eine Bibliothek und anderes. \diamond Eine Reihe medizinischer Lehrstühle ist an

der Universität *Münster* neu errichtet worden. Für Pathologie wurde Walter Groß aus Greifswald, für Psychiatrie Martin Reichardt aus Würzburg, für Augenheilkunde Aurel von Szilly aus Freiburg, für Ohrenheilkunde Hermann Marx aus Heidelberg, für Kinderheilkunde Hans Vogt aus Magdeburg, für gerichtliche Medizin Heinrich Többen aus Münster, für Pharmakologie Hermann Freund aus Heidelberg gewonnen. \diamond An der Universität Leipzig habilitierte sich Curt Fahrenholz für Anatomie, Hermann Kastner für Chirurgie.

Literatur

Unentbehrlich für den Verwaltungsmediziner wie überhaupt für jeden, der sich über den Stand des Gesundheitswesens orientieren will, ist das Werk *Bernhard Möllers* Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege im Deutschen Reiche /Berlin, Urban & Schwarzenberg/. Der Verfasser, der eine große Zahl Mitarbeiter heranzieht, stellt zunächst den Abbau des Gesundheitswesens und die gesetzlichen Bestimmungen darüber im Reich, den Bundesstaaten und den Kommunen dar, in weiteren Abschnitten werden Gesundheitsstatistik, Gesundheitsfürsorge, Krankenfürsorge, Bekämpfung der ansteckenden und gemeingefährlichen Krankheiten, öffentliche Gesundheitspflege, Sozialversicherung, schließlich auch die öffentliche und private Wohlfahrtspflege als wichtiges Grenzgebiet der sozialen Hygiene behandelt. Das Werk gibt somit einen vollen Überblick über den gegenwärtigen Zustand des Gesundheitswesens in Deutschland. Es ist keine Kampfschrift sondern ein Nachschlagewerk. \diamond Die Soziale Pathologie *Alfred Grotjahn* liegt nun schon in 3. Auflage vor /Berlin, Julius Springer/. Sie ist im Gegensatz zu dem vorgenannten Buch Möllers die ausgesprochene Werbe- und Kampfschrift zugunsten des Ausbaus der sozialen Hygiene, eines Gebiets, das von der experimentellen Hygiene nur widerwillig anerkannt wird. Obgleich auch Grotjahn einige Mitarbeiter hatte, trägt seine Arbeit absolut den Stempel seines persönlichen Wesens. Ihre Bedeutung liegt denn auch vor allem darin, daß sie seinen Bestrebungen entsprechend ein einheitliches System der Sozialhygiene aus Sozialwissenschaften und Biologie ableitet. Das Werk ist, wenn auch von einigen Absonderlichkeiten nicht frei, für die theoretische und praktische Erziehung der jüngern Generation von Sozialhygienikern richtunggebend geworden. \diamond In seiner Schrift Volks-

hygiene oder selektive Rassenhygiene /Leipzig, S. Hirzel/ macht der um die wissenschaftliche Fundierung der sozialen Hygiene gleichfalls verdiente Münchener Hygieniker *Ignaz Kaup* auf Grund eingehender Studien einen energischen Vorstoß gegen die Tendenzen der Rassenhygieniker. Seine Ausführungen wenden sich insbesondere gegen Fritz Lenz, einen Theoretiker der Hygiene, der in der künstlichen Höherzüchtung der nordisch-germanischen Rasse das wahre Ziel der Menschheit sieht. Demgegenüber wird jeder unbefangene Wissenschaftler Kaups Worten zustimmen: »Die Herrenmoral des Selektionismus verträgt sich nicht mit der Gleichheits- und Verallgemeinerungsvorstellung hygienischer Kultur.« Ebenso seinen Schlußworten: »Keine Klassenpolitik, nur Volkspolitik, so auch für die nationalbiologische Entwicklung unseres Volkstums; keine selektive Standes- oder Klassenhygiene, nur Volkshygiene. Auch die erbbiologischen Tatsachen stützen nur die Voraussetzungen einer Volkshygiene, nicht einer selektiven Rassenhygiene.« Diese Worte enthalten zugleich eine Ablehnung der oberflächlichen Argumente aller der Leute, die in dem Darwinischen Selektionsprinzip eine Waffe gegen die moderne Fürsorgetätigkeit zu besitzen glauben. \diamond Das Bändchen Gewerbehygiene der Sammlung Göschen /Berlin, Walter de Gruyter/, das der preußische Landesgewerbearzt *Hans Bethe* an Stelle des frühern Bearbeiters E. Roth neu herausgegeben hat, soll hier noch genannt werden. Es bringt in gedrängter Kürze einen Überblick über das wichtige Gebiet der Arbeits- und Arbeiterhygiene; die neueren gesetzlichen Bestimmungen sind berücksichtigt und auch die wichtigsten Originalarbeiten in einem Literaturverzeichnis zusammengestellt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hechdorf

Persönlichkeit - Als Dramatiker wild, trotz aller Abwehr ein tobender

Nachfah der Naturalisten, das ist *Arnolt Bronnen*. Er rannte mit der Feder dem Leben nach. Allerdings war das Leben, das ihm zugänglich wurde, noch sehr eng. Der Vatermord /Berlin, Ernst Rowohlt/ ist immer noch seine stärkste Leistung. Hier deckte sich die Moral mit der Erfahrung des Dichters, hier wollte er nicht den Pelion auf den Ossa stülpen, hier war nicht der Trotz des Titanen, wohl aber der Schrei

des revoltierenden Geistesmenschen. Aber dann bleibt er bei der Revolteabsicht. Er versucht zwar seine Welt zu erweitern, etwa die Abhängigkeit der Menschen von der modernen Maschinenteknik zu zeigen und vom Unternehmer- und vom Arbeitergeist. Aber er sieht überall nur Kulissen, wo es sich um Wirklichkeitsdinge handelt. Und so kann er schließlich in seinem Drama *Anarchie in Sillian* /Berlin, Ernst Rowohlt/ nichts anderes durchfechten als den so oft gekämpften Kampf der Geschlechter. Daß er einstweilen sich selbst fesselt, zeigt der Erzähler noch deutlicher als der Dramatiker. In seiner stark gekörnten *Septemberrövelle* /Berlin, Ernst Rowohlt/ zeigte er Spuren des bildhaftesten Erzählerstils. Er weiß schon ein Lokalkolorit zu geben. Er weiß auch Menschen in ihrer Blutwärme zu fassen. Aber er bleibt in seinem Eigensinn, der aus Schwäche kommt, bei dem einfach Geschlechtlichen, bei Mord, Selbstmord, Lustmord. Immerhin, hier hat er manches zu sagen. Wenn er aber in seiner *Freskonovelle Napoléons Fall* /Berlin, Ernst Rowohlt/ einen mächtignen Menschen, gar einen Heros der Weltgeschichte, dem Urschöpfer nachschaffen will, dann muß er belächelt werden. Er unterliegt seinem Versuch, er wird kindisch. Die allgemeine Schilderung des Untergangs der französischen Garde gelingt noch. Aber dann versucht Bronnen die Ausdeutung der Weltgeschichte. Napoléon verliert die Entscheidungsschlacht, weil er einem Spießbürgerabenteurer nachjagt. Das wird nicht etwa in einer zerreißenden Groteske dargestellt sondern durchaus ernst und pathetisch. Es gibt aber Sünden, die unverzeihlich sind. Bronnen merkt gar nicht, daß er solche Todsünde begeht. Er künstelt an seinem Riesenstoff mit kleinlichen Mitteln herum. Aber die Weltgeschichte zermalmt einen knabenhaften Stilisten.

Die Gewalt der historischen Stoffe spürt *Ernst Weiß*. Er ist schon geduldiger im Aufsuchen des seelischen Elements, das die Träger historischer Entwicklungen treibt. Mit einer pittoresken Derbheit hat er einstmals in das Dasein der Dirnen und Zuhälter hineingegriffen und im Drama und im Roman Bilder von dieser besudelten Welt geschaffen, die als sehr kräftige Werke in der Erinnerung haften. Dann versuchte er seinen durch lyrische Anwendungen manchmal getrübnen Naturalismus zu überwinden und sich der moralischen Legende zu nähern. Er schrieb den *Tierroman Nahar* /München, Kurt Wolff/.

Jetzt läßt er sich von der Bibel befruchten. An den Propheten Daniel klammert sich sein poetischer Wille (*Daniel* /Berlin, Verlag Die Schmiede/). Der Schriftsteller, der so kräftig in der Realistik drinsteckte, wird rhapsodisch. Denkt man an Flaubert und an unsern Zeitgenossen Wassermann, so braucht der Wille zu einer derartigen Spaltung der poetischen Natur nichts Ungesundes zu sein. Aber Ernst Weiß übernimmt sich. Die Worte, die er pastos aneinanderfügt, entzündn sich übermäßig an einer trügerischen Exaltation. Er tüncht die Farbe zu dick, er weiß nicht zu dämpfen. Statt des Epischen gibt er nur die Litanei. Man möchte meinen, Ernst Weiß habe seinen Plan einer Daniellegende nicht ausgären lassen. Natürlich ist das verfrühte Aussprühen poetischer Absichten nicht zu verteidigen. Es muß alles am Gelingen abgemessen werden.

Einer derartigen Schwäche, erzeugt aus allzu heftiger Begeisterung, würde *Carl Sternheim* niemals verfallen. Er künstelt einen Stil so wie Ernst Weiß. Aber während Weiß sich ins Überschwengliche steigern möchte, will Sternheim die ursprüngliche Erregung erst auskochen lassen. Ist ihm das gelungen, dann macht er sich daran mit seiner Feder zu künsteln. Ernst Weiß liebt die pompöse Stilmarotte, Sternheim das Spiel mit der Kaltblütigkeit. Zum Glück steigert sich in Sternheims novellistischer Studie *Gauguin und van Gogh* /Berlin, Verlag Die Schmiede/ die Kaltblütigkeit diesmal nicht zur kaltschnäuzigen Schnoddrigkeit. Indem er nach Dokumenten, die die Kunstforschung überlieferte, das ästhetische und menschliche Zusammenschmelzen der beiden Maler erzählt, gerät er immer tiefer in strenge Psychologie und moralischen Respekt. Er verdirbt die deutsche Sprache nicht mehr, geadelt durch den Stoff, der ihn fesselt, und schreibt schließlich, da er vielleicht nur eine kritische Studie geben wollte, eine sehr lebendige Novelle. Die Novelle endet mit dem Selbstmord van Goghs, der immer schlichter in seiner Kunst wurde, obwohl die Ärzte bei ihm den Wahnsinn festgestellt hatten. (Wie oben Ärzte stets Zustände eines Menschen sehen, wo es sich um Manifestationen der Dinge handelt.)

Eine bedeutende Geistigkeit hat die Feder Sternheims geführt. *Wilhelm Kunze*, der in seiner Erzählung *Der Tod des Dietrich Grabbe* /Konstanz, Oskar Wöhrle/ auch den Untergang eines Genies berichten möchte, ist nicht völlig der Gewalt der Persönlichkeit gewach-

sen, die er sich auserwählte. Aber daß er gerade sie auserwählte, zeigt ein starkes, suchendes Gefühl. Es ist gut, daß man jetzt, nach 100 Jahren, an Grabbe denkt. Darum wäre es falsch nur festzustellen, was dieser Novelle noch fehlt. Wenn der Erzähler sich so richtige Ziele steckt, wird er auch den richtigen Weg finden.

Wenn *Georg Hirschfeld* im Verlag *Georg Stilke* in Berlin die Briefe herausgibt, die ihm *Otto Brahm* schrieb, wenn *Arthur Holitscher* im Verlag *S. Fischer* in Berlin seine Selbstbiographie als die Lebensgeschichte eines Rebellen erzählt, so haben diese Erinnerungsbücher im Zusammenhang mit ihrem geistigen einen hohen belehrenden Wert. Die Persönlichkeit *Brahms*, der ein genialer Theatermann, aber auch ein großes und gütiges Herz gewesen ist, verrät sich in diesen ganz zwanglos geschriebenen Stücken der Freundschaft. *Holitscher* hat mancherlei seltene Dinge gesehen und wurde durch den ihm eingeborenen Trieb dazu geführt sich mit wirklichen Rebellen des Geistes anzufreunden. Was *Hirschfeld* oder *Holitscher* an selbständigen Kunstwerken der Öffentlichkeit auslieferten, darf natürlich nicht so ohne weiteres und wehrlos aufgenommen werden. Das Kunstwerk, das sich vom Schriftsteller löste, verlangt vom ersten Mann strenge Kritik und Wertung nach dem Maß des Absoluten. Nichts hat diese Einschätzung mit der Kostbarkeit der bürgerlichen Persönlichkeit zu tun, die das schrieb, und in diesem Sinn sind *Georg Hirschfeld* und auch *Arthur Holitscher* als Menschen sehr wertvoll. *Holitscher*, der mit *Wedekind*, *Knut Hamsun*, *Albert Langen* und dem Rebellenkreis, der vor einem Vierteljahrhundert den *Simplicissimus* gründete, Freundschaft hielt, ist der nachdenkliche Menschenfreund. *Hirschfeld* ist mehr der genießende Egoist.

Holitscher und *Hirschfeld* recherchieren, um mit dem Ausdruck des Journalisten zu sprechen, ihre eigene Vergangenheit. Sie sind die Reporter alles dessen, was sich mit ihnen selber begab. Sie sind in der Ausdeutung ihres Lebens Journalisten, also das, was *Egon Erwin Kisch* in Sublimierung und Edelzucht sein möchte. Dieser Prager Schriftsteller hat ein sehr aufklärendes Buch mit vieler Kenntnis zusammengetragen: Klassische Journalistik /Berlin, *Erich Kaemmerer*/, in dem Meisterstücke der Journalistik vereinigt sind. Der gelehrte Sammler belehrte sich selber an diesen Journalisten aller Länder, und er blieb nicht

in der Vergangenheit stecken, er gab die Lehrlings- und die Meisterstücke seiner eigenen Feder. Klassische Journalistik war das Buch seiner Sammlung und geistigen Erholung. Rasende Journalistik wandte er auf, um den feurigen Augenblick, in den er selbst hineingerissen wurde, festzuhalten. Er fühlte sich als der »rasende Reporter«. Ja, er hatte ein Recht zu solchem herausfordernden Titel (*Der rasende Reporter* /Berlin, *Erich Reiß*/). Er ging mit dem Nerv an die Aktualität und gab so einige Musterstücke journalistischer Beobachtung.

Zeitdokumente Wenn die Russin *Marietta Schaginian* die Abenteuer einer Dame in einem »kleinen Roman« erzählt, und wenn dieses Buch verdeutscht wird /Berlin, *Malik-verlag*/, so ist der dokumentarische Wert der Erzählung größer als der literarische. *Marietta Schaginian* behauptet, und es liegt kein Grund vor ihr nicht zu glauben, daß sie nach eigenen und sehr traurigen Erlebnissen berichtet, was sie im bolschewistischen Rußland erlitt. Sie war wirklich, was man eine Dame nennt, die Gattin eines begüterten und adligen Russen, der sein Geld in europäischen Kurorten ausgab und die Frau so verwöhnte wie sie es begehrte. Nun kam der Krieg, und die verwöhnte Frau wurde von dem schweren Ernst ihrer Zeit berührt. Sie geriet in den Bolschewismus hinein. Ihr Gatte ging irgendeinem politischen sogenannten weißen Abenteuer nach, während sie in die sogenannten roten Abenteuer immer tragischer verwickelt wurde. Sie lernte die ganze Zerrüttung und Not Rußlands unter bolschewistischem Regime kennen. Sie mußte schwere Handarbeit leisten, ihre gepflegten Hände wurden schwierig. Sie hungerte, ihre Füße wurden wund. Daß auch sie in dem Bolschewismus den Kommunismus sieht; wer will es ihr verdenken, nachdem die ganze europäische Intellektuellenschaft oberflächlich und gewissenlos genug war solche Identität zu behaupten? So scheint ihr idealistische Verrantheit, was doch Verbrechen am Menschentum, Raub am Sozialismus ist. Aber das Leid dieser Frau war größer als ihre Freude. Eine gewisse Schlichtheit spricht für das Buch. Ganz vom Alltag wird diese Russin aufgesogen. Es gibt keinen sonnigen Ausblick. Es gibt keine blumige Verwirrung. Der Mensch bleibt ganz unten in seiner Qual. *Karel Capek* möchte zeigen, wie dieser gequälte Mensch in der Zukunft durch die Wunder der Technik erlöst

werden kann. Karel Capek, mit seinem Drama *W. U. R., Werstands universal Robots* /Prag, Orbis/ in Deutschland schon gespielt und als ein Schilderer utopischer Zukunft anerkannt, will nun auch einen Roman des gleichen Themas schreiben. Der Roman heißt *Das Absolutum* oder *Die Gottesfabrik* /Berlin, Verlag Die Schmiede/. Es geht in dem Roman genau so zu wie in dem Drama. Die ersten Stücke fesseln. Die Einbildungskraft wird beschäftigt, da sie wahrnimmt, wie vielleicht in allernächster Zukunft die Welt durch die Technik um ein Stück ihrer Sorge erleichtert werden wird und aufatmen kann. Aber dann kommt die andere Seite der Sache, das Furchtbare des Maschinenwesens, und die glückverheißende Utopie der Zukunft wird zur entsetzlichen Ahnung einer noch unerkannten Gegenwart.

Da ist es schon erfreulicher, wenn der deutsche Schriftsteller *Joseph Roth* in seinem Roman *Hotel Savoy* /Berlin, Verlag Die Schmiede/ mit seiner Erinnerung ein Stück Vergangenheit ausgräbt. Roth erzählt, wie die aus dem unermeßlichen Rußland nach dem Westen rückwandernden Soldaten in der polnischen Stadt eine Weile hängen bleiben. Sie waren höchst unfreiwillige Gäste, die ganz gegen ihren Traum mit ihren Sorgen und mit ihrer Armut und ihrem Ekel gegen allen Krieg in dem Hotel Savoy verweilen mußten. Im ersten Augenblick empfanden sie es als große Beglückung, daß sie die überanstrengten Glieder im weichen Bett strecken durften. Es folgte nach diesem Sonntag der Alltag. Sie waren immer noch die Heimatlosen. In den leeren Stockwerken des Hotels, wo sie hausten, nisteten sie als die Ausgestoßenen. Unten in der Beletage machten sich die Spekulanten breit mit ihrem Geld und auch mit ihren Frauen. Aber es spukt schon die kommende Revolution. Und das Hotel Savoy geht als erstes Opfer in Flammen auf. Roth ist ein sehr sorgsamer Beobachter, geschult in jener Kleinmalerei, deren Meisterschaft von den philanthropischen Russen der Vorkriegszeit kultiviert wurde. Er ist ein sehr gelehriger und talentvoller Schüler. Die Welt, die er erkennen möchte, wird absolut durchleuchtet. Und nicht nur mit dem Verstand sondern auch mit dem Herzen, das bald in Erbitterung aufquillt, bald sich in Weichheit offenbart. Viele Bücher wurden über das Kriegselend geschrieben. Die meisten haften an der Tendenz und wurden nicht durch den Künstler aufgelöst. Was Roth erfuhr, nahm wahre Gestalt der Dichtung an.

Neuausgaben Die Liebe zur Romantik ist unerschöpflich. Der sehr unternehmungslustige Verlag *W. J. Mörlins* in Berlin hat dem sehr kundigen *Paul Alfred Merbach* die Herausgabe einer ganzen *romantischen Bibliothek* anvertraut. Man findet in dieser, Das Wunderhorn genannten Sammlung *E. T. A. Hoffmanns* Märchen, die Erzählungen *Wilhelm Hauffs*, die *Lucinde* *Friedrich Schlegels*, *Wilhelm Heinse*, die merkwürdigen *Nachtwachen des Bonaventura*, *Chamisso* und andere wichtige Namen. Der Herausgeber hat alles kundig und gut verständlich eingeleitet. Die Büchlein sind ganz besonders hübsch ausgestattet, in Leinen oder in Leder gebunden, also für jeden Geschmack und jede Kasse bestimmt. Man kann sich über dies Unternehmen von Herzen freuen.

Richard Benz versucht wieder einmal *Jean Paul* dem deutschen Leser nahezu bringen. Aus allen seinen Romanen stellt er die »Dornenstücke des Deutshens«, die »Fruchtstücke des Denkers«, die »Blumenstücke des Dichters« zusammen /München, R. Piper & Co./. Die Titel der 3 Bände sind im Stil *Jean Pauls* gewählt, und was die heutige Gelehrsamkeit für den weniger kundigen, aber nicht weniger empfindsamen Leser retten kann, das wird noch einmal gedruckt. Auch das eine sehr verdienstvolle Arbeit.

Die große *Tolstoj*ausgabe des Verlags *Bruno Cassirer* zeichnet sich durch einen schönen Druck und besonders geschmackvolle Einbände aus. Sie wurde von kundigen Philologen besorgt, und jeder der Bände, die bisher an die Öffentlichkeit gelangten, bietet große Freude. Wenn das Gesamtwerk vollständig vorliegt, wird man noch darauf zurückkommen. (Es sei hier die Anzeige einer Neuerscheinung angefügt. *Tolstoj* hatte von einer nahe bei *Jasnaja Poljana* wohnenden Bäuerin ein Manuskript empfangen. Die einfache Frau erzählt dort aus ihrer Jugend, in der es noch *Leibeigenschaft* gab. Sie erzählte geradeaus und so sehr nach dem Herzen des philanthropischen Mannes, daß *Tolstoj* sich des Werkes annahm. Er verbesserte und ordnete es, und dieses heute von *C. Salomon* deutsch veröffentlichte Werk (*Ein Schicksal* /Zürich, Orell Füßli/) wird sicher Teilnahme finden.)

Totenliste In Leipzig starb am 29. Mai 1924 *Albert Köster*, im Alter von 61 Jahren. Er hatte zuerst Geschichte studiert, sich dann der Literaturwissenschaft zu-

gewandt, war der älteste Schüler Erich Schmidts. Sein Studiengebiet war das Zeitalter der klassischen und nachklassischen Dichtung. Er wurde zuerst durch eine Arbeit Schiller als Dramaturg bekannt, widmete sich dann unter anderem dem Nachlaß der Mutter Goethes, veröffentlichte den Briefwechsel zwischen Storm und Gottfried Keller und besorgte eine mustergültige Ausgabe von Storms Werken. In den letzten Jahren hatte er sich vor allem der theatergeschichtlichen Forschung zugewandt; er hat sich dort, zumal durch seine Modellbühnen, bleibende Verdienste erworben.

Die Verfasserin der berühmten Briefe, die ihn nicht erreichten (Berlin, Gebrüder Paetel/ *Elisabeth von Heyking* ist am 4. Januar 1925 in ihrem 64. Lebensjahr in Berlin gestorben. Sie schrieb mit Zärtlichkeit die deutsche Sprache, redete zu den Herzen aller Menschen, die in Sanftigkeit dahinleben konnten, und versagte sich auch nicht der Sehnsucht der ärmern Klasse. Zu den großen Dichtern Deutschlands gehörte sie nicht. Aber ihre Gefühlswelt war gut und nicht eng. Und so versteht man es schon, daß, was sie schrieb, emsig gekauft und von einer großen Leserschaft geliebt wurde.

Am 14. Februar starb in Rostock *Mathilde Mann*, die ausgezeichnete und verdienstvolle Übersetzerin. Sie hat für die Verbreitung der skandinavischen Literatur in Deutschland viel getan und dadurch indirekt die Entwicklung der deutschen Dichtung mit beeinflusst.

Kurze Chronik Für den besten deutschen Zeitungsroman haben 2 große deutsche Zeitungen, das Hamburger Fremdenblatt und die Münchener Neuesten Nachrichten, gemeinsam einen Preis von 100 000 Mark ausgesetzt. Die venezolanische Regierung stiftete 15 000 Piaster als Columbuspreis für den besten Roman dieses Jahres in spanischer Sprache. ◊ Das 400. Geburtsfest *Luiz Camoes'*, der durch sein Epos *Die Lusitaden* der Weltliteratur angehört, wurde in ganz Portugal feierlich begangen. ◊ Die Leiche *Henryk Stenkiwicz'*, die in Vevey in der Schweiz beigesetzt war, wurde am 20. Oktober 1924 nach Warschau überführt. Bei dieser Gelegenheit fand in Vevey eine Feier statt, bei der ein Gedenkstein errichtet wurde. ◊ In Kiew wurde ein Volkshaus eröffnet, das dem Andenken des Nationaldichters der Ukraine *Taras Schewtschenko* gewidmet ist; zahlreiche Bücher und Bilder des Dichters werden dort aufbewahrt.

KULTUR

Kolonisation / Herman Kranold

Baumwollschädlinge

Die schlechten Baumwollernten der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika und die daraus sich ergebende Knappheit und Teuerung der Baumwolle in der ganzen Welt waren hauptsächlich auf die Verseuchung der amerikanischen Baumwollanbaugelände mit dem Kapselwurm zurückzuführen, der die Fruchtkapseln der Baumwolle zerstört. Der Kampf gegen ihn ist von der Regierung, den Baumwollpflanzern, ihren Organisationen und der Wissenschaft aufgenommen, hat aber bisher nur zu begrenzten Erfolgen geführt. Man hat im arsensauren Kalk ein Gift gefunden, das den Kapselwurm vernichtet. Aber dieser Stoff ist eben wegen seiner Giftigkeit nur schwierig anwendbar; außerdem ist er teuer und steht noch nicht in den erforderlichen Mengen zur Verfügung. Es heißt zwar, Ford wolle sich der Herstellung von arsensaurem Kalk zuwenden, und das würde allerdings wahrscheinlich eine Verbesserung der Versorgung und Verringerung des Preises bedeuten, weil er über das wichtigste Produktionsmittel, den elektrischen Strom, sehr billig verfügt; einstweilen aber heißt es abwarten. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, daß die Kenntnis der Lebensbedingungen des Kapselwurms in letzter Zeit wesentlich erweitert ist, und daß man einem neuen Mittel gegen ihn auf die Spur kam. Man hat entdeckt, daß die Größe der Verwüstungen, die der Kapselwurm anrichtet, in erster Linie von der Härte des der Ernte vorhergehenden Winters abhängt. Die Versuchsanstalt in Tallulah (Louisiana) hat herausgefunden, daß die Baumwollernte um so schlechter ist, je mehr Kapselwürmer den Winter überleben. Und sie hat eine Methode entdeckt, um die Höhe dieses Überlebens zahlenmäßig zu erfassen. Es wird nämlich die Zahl der im Frühjahr lebend gefundenen Kapselwürmer pro Tonne spanischen Moores festgestellt, das nach der Baumwollernte die Felder zu überziehen beginnt. Wird dieses Verfahren allgemeiner angewendet, so kann der Farmer für seinen eigenen Betrieb zu Beginn der Bestellungszeit bereits feststellen, wie groß die Schädigungsgefahr ist, mit der er für das betreffende Jahr zu rechnen hat, und sich mit seinen Gegenmaßnahmen danach richten; ganz allgemein wird dadurch eine Konzentration der Kampf-

mittel gegen den Kapselwurm auf die jeweils stärksten Gebiete möglich. Eine große Petroleumgesellschaft läßt durch ihre Chemiker gegenwärtig die Wirkung gewisser, der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilter Erdölprodukte auf den Kapselwurm feststellen. Der Stoff ist leicht anwendbar, da er nur über die bedrohten Pflanzen als Flüssigkeit versprengt zu werden braucht, und, abgesehen davon, daß er billiger ist und in jeder Menge hergestellt werden kann, ist er schon deshalb dem Kalziumarsenat vorzuziehen, weil er für den Menschen nicht so giftig ist. Es ist also zu hoffen, daß der Mensch dieser Gefahr für die Deckung seines Kleidungsbedarfs in absehbarer Zeit Herr werden wird.

Niederländisch Indien Die Staatsfinanzen Niederländisch Indiens in den

letzten Jahren zeigen eine gewaltige Vermehrung der Staatsschuld. Obwohl das Land am Krieg nicht teilnahm, ist heute die schwebende Schuld allein schon fast doppelt so groß wie die ganze Schuld vor dem Krieg. Diese betrug damals 104, jene beträgt jetzt 190, die gesamte Schuld nunmehr 1255 Millionen Gulden; davon gehen auf die Vorschüsse des Mutterlandes 107 Millionen. Die Gesamtschuld hat in den Jahren seit Kriegsausbruch beständig zugenommen, nur das Jahr 1923 zeigte eine kleine Abnahme, die aber im Jahr 1924 schon wieder mehr als ausgeglichen wurde. Dagegen haben sich die Verhältnisse seit 1921 insofern gebessert, als die schwebende Schuld, die damals 570 Millionen Gulden betrug, inzwischen zum größten Teil in langfristige Schulden verwandelt worden ist.

Der Haushaltsetat für 1925 weist im ordentlichen Budget einen kleinen Überschuß, im Gesamtbudget allerdings noch immer ein Defizit von rund 38 Millionen Gulden auf, das aber in der Hauptsache auf Ausgaben für produktive Zwecke entfällt. Wasserkraftanlagen, Eisenbahnen, Straßenbahnen und Zinnengewinnung sind aus der bisherigen Schuldenaufnahme wesentlich erweitert worden, und auf diesem Weg soll fortgeföhren werden. Die Regierung der Kolonie strebt vor allem nach einer Aufwärtsentwicklung der Industrie. Als erster Schritt dazu wurden am 1. November 1923 die Ausfuhrzölle auf Erdöl und die Erzeugnisse daraus aufgehoben. Weiter soll die Gewinnbesteuerung bei den Aktiengesellschaften ermäßigt werden. Die Entwicklung der Industrie ist besonders auf der Insel Java dringend nötig, weil

nummehr so ziemlich aller Boden der Insel, der sich dafür eignet, der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt ist, und eine weitere Bevölkerungszunahme entweder zur Auswanderung führen, oder der Überschuß in neuen Industrien untergebracht werden muß. Die Hauptschwierigkeit bildet der jetzt in der ganzen Welt und auch in Niederländisch Indien herrschende Kapitalmangel. Doch ist anzunehmen, daß sich diese industrielle Entwicklung in Java mit seinen 35 Millionen Einwohnern durchsetzen wird. Die Entstehung eines solchen neuen großen Industriegebiets in Ostasien wird natürlich auf die weltwirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und auf die Lage der Exportindustrieländer in Europa im besondern erheblich zurückwirken, zumal die Regierung entschlossen ist diese Industrialisierung mit allen Mitteln zu fördern, und, da es an Arbeitern nicht fehlt, mit einem ziemlich schnellen Gang der Dinge zu rechnen ist. Metalle, Erdöl, elektrische Kraft, Zucker, Textilien, Tabak und Kautschuk: diese Industrien Niederländisch Indiens werden in den nächsten Jahren weltwirtschaftliche Bedeutung erlangen.

Tunis

Die Bevölkerung des französischen Schutzgebietes Tunis besteht etwa aus 2 Millionen Eingeborenen, 100 000 Italienern, 50 000 Juden, 46 000 Franzosen und 11 000 Maltesern. Die Franzosen sind also auch unter der weißfarbigen Bevölkerung eine Minderheit, stellen aber im wesentlichen die Beamtschaft und die größeren Geschäftsleute. Schnell wächst die Zahl der Italiener durch Einwanderung; sie sind in der Hauptsache Landarbeiter und kleine Kaufleute. Zum Teil unter fascistischem Einfluß stehend, entwickeln sie in Tunis einen beständig schärfer werdenden Nationalismus. Auch unter den Eingeborenen ist eine nationalistische Bewegung zu bemerken, die ursprünglich von den Jungtürken und den ägyptischen Nationalisten ihren Ausgang nahm, nunmehr sich aber schnell zu verallgemeinern anfängt, namentlich seitdem auch eine gewisse Berührung mit dem russischen Kommunismus hergestellt ist. Die wichtigsten politischen Forderungen dieser eingeborenen Nationalisten sind: Wahl eines Parlaments durch allgemeine direkte Abstimmung, Wahl demokratischer Gemeindeverwaltungen, das Recht zur Bildung von Gewerkschaften und die Einführung des Achtstundentags. Die Franzosen wollen die Selbstverwaltung nicht bewilligen,

wohl aber Organe schaffen, die Beschwerden der Eingeborenen vortragen können. In Ausführung dieses Plans wurden 1922 ein großer Vertretungsrat für die weiß- und andersfarbigen Bewohner der Kolonie und 5 Regionalräte geschaffen, die in Tunis, Kef, Soussé, Stax und Bizerta ihren Sitz haben und in regelmäßigen Zeitabständen zusammenzutreten. Der Große Rat hat 44 französische Mitglieder, von denen 23 aus allgemeiner Wahl hervorgegangen und 21 auf Grund von Präsentation durch Handelskammern und ähnliche Organisationen gewählt sind. Die eingeborenen Mitglieder werden auf indirektem Weg durch kleine örtliche Wahlkollegien bestellt. Die Räte haben zwar keine ausführende oder gesetzgebende Gewalt, dürfen aber Beschwerden vorbringen und Vorschläge zum Budget machen.

Südafrika: Südafrika befindet sich in einer Umwandlung seiner ökonomischen Verhältnisse, denn der Goldbergbau zeigt ständig höhere Produktionskosten und allmählich, wenn auch mit Schwankungen, abnehmenden Ertrag, und die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts für Gold wird in absehbarer Zeit nicht so groß sein, daß der Preis des Goldes mit den steigenden Produktionskosten Schritt hielte. Infolgedessen ist Südafrika genötigt sich nach Ersatz umzusehen. Der Baumwollbau kommt immer mehr in Aufnahme, und neuerdings werden ausgedehnte Versuche mit dem Flachsbau angestellt. Sie haben ergeben, daß große Teile Transvaals sich zum Anbau von Flachs eignen, der ebenso gut ist wie der belgische Flachs. Vorläufig fehlt es aber noch an der Versorgung mit geeigneten Erntemaschinen, und Handarbeit ist für den Flachsbau zu teuer. Dagegen ist eine weitere Vorbedingung reichlicher Baumwoll- und Flachsernten, nämlich die Versorgung mit Kunstdünger, sehr wohl in einer den Bedürfnissen entsprechenden Weise möglich, und ebenso liegt die Bewässerungsfrage günstig. Südafrika hat einen großen Reichtum an Wasserkraften, die für die Erzeugung elektrischen Stroms benutzt werden können. Einige davon können gleichzeitig der Speisung großer Bewässerungsanlagen dienen, andere freilich liegen in völlig unbewohnten Gegenden, so daß sie nur dann ausnutzbar sind, wenn der gewonnene elektrische Strom an Ort und Stelle verwendet werden kann. Dies ist der Fall, wenn der Strom zur Erzeugung von Luftsalpeter benutzt wird. Auch der Gold-

bergbau hat Interesse daran diese Produktion zu entwickeln, denn wichtige Hilfsstoffe, die er braucht, werden aus Salpeter hergestellt, so Kalziumkarbid, Zyanammonium (Zyanverbindungen sind zum Herausholen des Goldes aus dem zermahlenden Gestein erforderlich); der Salpeter liefert aber auch gleichzeitig die Sprengstoffe, von denen zum Betrieb der Bergwerke in Südafrika jährlich Mengen im Wert von 30 Millionen Mark gebraucht werden. Es ist leicht diese Sprengstoffe usw. und die für sie benötigten Stickstoffverbindungen im Land selbst zu produzieren, statt sie mit einem Aufwand von 10 Millionen Mark jährlich einzuführen, und die Betriebe dafür gleichzeitig, unter Zuhilfenahme der sehr erheblichen Erzeugung des Landes an Schwefelsäure und Atznatron, zur Erzeugung großer Massen stickstoffhaltiger Düngemittel auszunutzen. Die südafrikanische Regierung und die Industrie haben denn auch bereits begonnen zur Lösung dieser Aufgaben erhebliche Mittel bereitzustellen.

Südafrika: In Natal, einem Teil der Inder und Südafrikanischen Union, Neger ist ein Gesetz ergangen, durch das den eingewanderten Indern für die Zukunft der Erwerb der Staatsangehörigkeit unmöglich gemacht wird. Das Gesetz hat seinen Grund darin, daß in Natal die indische Bevölkerung mit mehr als 141 000 Seelen die weißfarbige bereits an Zahl überholt hat; insbesondere auch in den Städten sind die männlichen Inder zahlreicher als die männlichen Europäer, und diese fürchten, weitere Naturalisationen von Indern könnten eine derartige Zunahme der indischen Wählerschaft bewirken, daß die Europäer bei den Wahlen ins Hintertreffen geraten. Es wiederholt sich also hier in anderer Form das, was seinerzeit in Transvaal vor sich ging: Dort strömten in den neunziger Jahren massenhaft europäische, nichtholländische Elemente, namentlich Engländer, aus Anlaß der großen Gold- und Diamantenfunde ein. Diese Ausländer (Uitlanders) verlangten für sich in der damals selbständigen Südafrikanischen Republik und im Oranjevreistaat das Wahlrecht, und die Buren wollten es ihnen nicht gewähren, weil sie davon wegen der Zahl der Uitlanders eine völlige Änderung des (bis dahin rein auf die Interessen der agrarischen weißen Bevölkerung eingestellten) politischen Kurses befürchteten. Damals warf sich England unter Cham-

berlain und Rhodes zum Wortführer der Forderungen der Uitlanders auf, und als die Transvaalregierung nicht nachgab, begann England den Krieg, der schließlich zur Annexion der beiden Burenstaaten, die bis dahin nur unter einem Teilprotektorat Englands gestanden hatten, an das Britische Reich führte.

Die Folge der Verweigerung des Wahlrechts für die Einwanderer ist diesmal ähnlich wie damals. Die nationalistische Bewegung der Inder, die vor 12 Jahren unter dem bekannten Gandhi bereits einmal heftig aufgeflammt, mit seiner Ausweisung aber wieder erloschen war, ist aufs neue entbrannt, und die indische Bevölkerung der übrigen Teile Britisch Südafrikas hat sich ihr nun angeschlossen, um ganz allgemein die Gleichberechtigung der indischen Einwanderer mit der weißfarbigen Bevölkerung Südafrikas durchzusetzen. Die Sache ist um so ernsthafter, als diese Bewegung auch heute noch enge Beziehungen zu der nationalistischen Bewegung der Inder in Indien selbst hat, und in den britischen Gebieten Ostafrikas zum Teil ein ganz ähnliches Inderproblem besteht wie in Südafrika.

Außerdem machen sich in neuerer Zeit in Südafrika selbst die Neger immer stärker mit politischen Forderungen bemerkbar. Diese Schwierigkeiten sind durch schwere, von den mit weißfarbenen Richtern besetzten Gerichten gar nicht oder nur leicht bestrafte Mißhandlungen und Tötungen Eingeborener durch Europäer noch erhöht worden, die sich in letzter Zeit wieder häuften. Die Grundsätze, nach denen die Verwaltung verfährt, kennzeichnete der südafrikanische Justizminister Tielmann Roos in einem Interview mit dem Manchester Guardian selber folgendermaßen: »Unparteiliche Gerechtigkeit . . . bedeutet nicht, daß ein Richter oder Beamter bei einem gegebenen Verbrechen einem Weißen oder einem Eingeborenen die selbe Strafe geben würde. Eine sehr kurze Freiheitsstrafe bedeutet für einen Weißen sehr viel mehr als eine sehr viel längere Einsperrung für einen Eingeborenen.« Da ist es kein Wunder, wenn ein Neger bei einem Massenmeeting in Kapstadt nach Anführung dieser Worte sagte: »Wir haben in Dingen der Politik, Erziehung oder Religion keinerlei Vertrauen zum Weißen erworben. Die Rettung des Nichteuropäers liegt in ihm selbst.« Die Südafrikanische Partei des Generals Hertzog geht neuerdings mit dem Plan um die Eingeborenengebiete Südafrikas (Swaziland, Betschuanaland, Basutoland

und einige andere Stücke) ihres Charakters als Eingeborenenreservate zu entkleiden und der Ausbeutung durch Weiße zugänglich zu machen. Alles dies droht Südafrika in nationale Wirrnisse hineinzutreiben, für die man in absehbarer Zeit kaum einen Ausweg sehen kann. Jedenfalls treten die Eingeborenen, je länger desto mehr, als geschlossene Partei auf, und ihr zahlenmäßiges Übergewicht über die Europäer und ihr Bündnis mit einer indischen Partei sichern ihnen von vornherein eine erhebliche politische Macht.

Neuseeland Nach Neuseeland sind in den beiden letzten Jahrzehnten mit dem Saatgut Insekten eingeführt worden, die sich auf den Kulturpflanzen, namentlich den Obstbäumen, als schwere Schädlinge entwickelt haben. Der Versuch ihnen durch Besprengen mit Giftlösungen beizukommen hat große Kosten verursacht, aber keinen genügenden Erfolg gebracht. Nun hat man neuerdings herausgefunden, daß in Europa und Amerika diese Schädlinge selbst Parasiten haben, die von ihnen leben und sie auffressen. Nach eingehenden Studien des Reichsbureaus für Insektenkunde in London ist es gelungen diese Parasiten zu züchten, nach Neuseeland zu bringen und dort jene Pflanzenschädlinge mit ihnen zu initiieren. Die Folge war, daß die Parasitenplage bereits wesentlich abgenommen hat. Ebenso ist man gegen die besonders für die Menschen sehr lästige Ohrwurmplage vorgegangen, und ähnliche Erfolge hat man auf Hawaii gegen eine Heuschrecke erzielt, die sich als Schädling auf den Zuckerrohrpflanzungen niedergelassen hatte. Diese Kolonialerfahrungen erschließen auch der Schädlingsbekämpfung in Europa erhebliche neue technische Möglichkeiten.

Wie in so vielen anderen Gebieten hat auch in Neuseeland die europäische Kolonisation zunächst eine schlimme Forstverwüstung angerichtet. Als vor 80 Jahren die Engländer die Besiedelung der Doppelinsel begannen, war ungefähr die Hälfte des Landes dort mit Urwald bedeckt. Man hat ihn gleich im großen ausgerottet, und zwar durch die Arbeit besonderer Fällkolonnen, die eine spezifische Technik herausgefunden hatten. Sie fällten die Bäume nicht einzeln sondern so, daß der erste fallende Baum den nächsten einer langen Reihe mit umriß, dieser wieder den nächsten usw. Auf diese Weise konnte die Ausrodung des Waldes schnell und gründlich betrieben

werden. Das Holz blieb dann einen Sommer über zum Trocknen liegen und wurde im Herbst angezündet und verbrannt. 90 % des Waldes von Neuseeland wurden auf diese Weise ohne wesentlichen wirtschaftlichen Nutzen vernichtet. Dabei hat man sich nicht auf die Ebenen beschränkt, sondern auch die Hänge der hohen Gebirge wurden abgewaldet, so daß die Wasserverhältnisse des Landes total in Unordnung gerieten, und der fruchtbare Boden von den Gebirgshängen durch zahllose Erdrutsche und die wegschwemmende Wirkung von Wildbächen auf weite Strecken fortgerissen ist. Vor diesen "Kulturthaten" bildete das Land eine wogende See grüner Wälder; heute ist es eine nackte Fläche mit Millionen zersplitterter, halb verrotteter Baumstümpfe, die auch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung meistens verhindern.

Seit einiger Zeit hat die Verwaltung des Landes begriffen, welches Unheil da angerichtet worden ist, und hat einem erfahrenen Forstmann aus Canada, Mackintosh Ellis, die Aufgabe übertragen die Forstkultur in Neuseeland einigermaßen wiederherzustellen. Er hat gleich gründlich begonnen. Er machte der planlosen Abholzung ein Ende und führte planmäßige Durchforstung der 52 000 noch vorhandenen Acres Wald ein. Daneben begann er mit der Aufforstung großer verödeten Flächen; im Jahr 1923 wurden 7200 Acres bepflanzt. Außerdem begünstigte er die Aufforstung privater Grundstücke durch Lieferung von Pflanzgut; nahezu 2 Millionen Pflänzlinge wurden 1923 an die Siedler und die Gemeinden für Aufforstungszwecke abgegeben. Sägemühlen erhalten Verträge auf Holzlieferung aus den planmäßig bewirtschafteten Waldungen nur gegen die Verpflichtung die abgeholzten Flächen sofort wieder zu bepflanzen. Außerdem wurden private Gesellschaften gebildet, die das Aufforsten und die planmäßige Bewirtschaftung brachliegenden Landes betreiben. Hauptsächlich werden californische Fichten und australische Eukalypten angepflanzt, die beide nach 25 Jahren schon nutzbares Holz liefern, aber nicht gerade sehr schön sind. Die alte Schönheit des neuseeländischen Urwalds, durch langsam wachsende Bäume hervorgebracht, ist unwiederbringlich dahin.

Totenliste

Im Oktober 1924 wurde bekannt, daß *Theodor Koch-Grünberg*, der Direktor des Lindenmuseums in Stuttgart, auf einer Forschungsreise zur Entdeckung der

Orinocoquellen, die er im Juni 1924 antrat, in Manaos am Amazonenstrom der Malaria erlegen sei. Koch-Grünberg zählte zu unseren bedeutendsten Südamerikaforschern. Er war von 1901 bis 1909 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Berliner Museum für Völkerkunde. In den Jahren 1910 bis 1912 unternahm er verschiedene Reisen nach Nordbrasilien und Venezuela, die vor allem über die Indianerstämme im Quellgebiet des Orinoco ganz neue Aufschlüsse brachten. Nach seiner Rückkehr wurde er außerordentlicher Professor für Völkerkunde an der Universität Freiburg und dann wissenschaftlicher Leiter des Völkerkunde-(Linden-)museums in Stuttgart. Koch-Grünberg war auf seinen früheren Studienfahrten der Sierra Parima, dem Quellgebirge des Orinoco, zwar sehr nahe gekommen, hatte aber die Quellen des Flusses selbst nicht auffinden können, da die ansässigen Indianer ihn an weiterem Vordringen hinderten. Seinen letzten Versuch das Ziel zu erreichen unternahm er im Verein mit dem amerikanischen Gelehrten Hamilton Rice. Die Stadt Manaos in Brasilien sollte den Ausgangspunkt der Forschungsreise bilden. Von dort wollten die Gelehrten zunächst in einem Dampfer den Rio Negro hinauffahren. Es kam nicht mehr dazu. Koch-Grünberg ist 51 Jahre alt geworden.

Mitte November starb *Edmund D. Morel*, der 1904 die Methoden der belgischen Kolonialbeamten im Kongogebiet in der schärfsten Weise angegriffen hatte. 1911 hat er ein Buch *Morocco* in Diplomacy veröffentlicht, in dem er die kapitalistische Kolonialpolitik im allgemeinen, auch die englische, kritisierte.

In den letzten Tagen des Dezember starb der Baptistenmissionar *John Henry Weeks*, der sich stets für die Besserung der Lebenslage der Kongoneger gegenüber der belgischen Regierung eingesetzt hatte.

Anfang Januar 1925 starb im Alter von 81 Jahren *Elizabeth Villard*, die Tochter des führenden amerikanischen Bekämpfers der Sklaverei *William Lloyd Garrison*. Sie war die Mutter des Herausgebers und Eigentümers der in dieser Rundschau schon oft zitierten *New Yorker Nation*, *Oswald Garrison Villard*, bekannt als Verfechter der Gleichberechtigung von Indianern und Negern in den Vereinigten Staaten mit den Weißen dort. Auch die jetzt Verstorbene stellte ihr ganzes Leben in den Dienst der nicht-weißfarbigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten.

Gleichfalls im Januar starb in London *Sir William Edmund Garstin*, 76 Jahre alt. Er erbaute den großen Staudamm von Assuan im Niltal und die riesigen Bewässerungswerke, die sich an ihn anschließen.

Am 27. Januar starb im hohen Alter von 84 Jahren *Lord Grenfell*, früher Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Ägypten. Er kommandierte bis 1898 die britisch-ägyptischen Truppen, dann war er bis 1904 Gouverneur von Malta, von 1904 bis 1907 Oberstkommandierender in Irland. Im Jahr 1908 wurde er als Feldmarschall pensioniert.

Propaganda- publikationen

Unter dem Titel *Koloniale Volksschriften* gibt der Kolonialverlag Sachers & Kuschel in Berlin Hefte heraus, die das Interesse für die deutsche Kolonisationsarbeit wachhalten sollen. Aus der Sammlung seien genannt: *Zur Geschichte der deutschen kolonialen Bestrebungen von Seitz*, *Afrika für Europa*, *Die koloniale Schuldfrage von Schnee*, *Zur Geschichte der kolonialen Betätigung der europäischen Völker von Hahl* (die beste Arbeit der Serie), *Auswanderung und Kolonialpolitik von Gerstmeyer* (volkswirtschaftlich recht unzureichend). Im einzelnen wird der Sozialist natürlich manches auszusetzen haben, vor allem sehr vieles vermissen; doch müssen wir uns auch als Sozialisten so lange an derartige Schriften halten, als wir keine eigene Kolonialliteratur besitzen, die die seit dem Jahr 1918 gründlich veränderten Verhältnisse berücksichtigt.

Kurze Chronik Zur Beurteilung der Selbstständigkeit der einzelnen Teile des Britischen Reiches

ist folgendes wesentlich: Die Friedensverträge, die nach dem Weltkrieg abgeschlossen wurden, sind von Canada, Australien, Neuseeland, Indien als selbständigen vertragsschließenden Parteien mitunterzeichnet. Der Irische Freistaat hat einen eigenen Gesandten in Washington ernannt. Der Lausanner Vertrag mit der Türkei dagegen wurde von Lord Curzon für das ganze Britische Reich unterzeichnet; die canadische Regierung protestiert freilich dagegen und erklärt, sie fühle sich durch diesen Vertrag nur so weit gebunden als das canadische Parlament ihm zustimmen werde. Einen Wirtschaftsvertrag mit den Vereinigten Staaten hat Canada kürzlich ohne Dazwischentreten des Mutterlands abgeschlossen. ◊ In der Südafrikanischen Union ist seit einiger Zeit eine, nament-

lich von kirchlicher Seite ausgehende Kampfbewegung gegen den Alkohol im Gang. Die Synode der Anglikanischen Kirche und eine Delegiertenkonferenz der Holländischen Reformierten Kirche nahmen Resolutionen an, die das Bestimmungsrecht der Gemeinde forderten, und in denen sie sich bereit erklärten in der *Alkoholbekämpfung* mit den übrigen kirchlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. ◊ In der Umgegend von Nablus (Sichem) in Palästina werden jährlich etwa 72 000 Kilogramm Öl gewonnen, die zu 90 % zur Seifenbereitung verwandt werden. Etwa 2½ Millionen Kilogramm Seife werden jährlich in Nablus fabriziert. Davon werden nur 10 % in Palästina selbst verbraucht, 70 % gehen nach Ägypten und 20 % nach Syrien. Da die Fabrikation der Seife hauptsächlich in den Händen von Arabern liegt, so agitiert die arabische Presse dafür die Seife auch in Indien einzuführen; sie meint, daß die 70 Millionen indischer Muselmänner die *Palästina-seife* jeder andern vorziehen würden, da sie aus dem Heiligen Land stamme. ◊ Die Regierung der Kolonie *Tanganjika* (früher Deutsch Ostafrika) hat die Absicht die Einwanderung dorthin weiter zu erschweren, um politische Propagandisten abzuwehren und die Hausklaverei einzuschränken. ◊ Seit längerer Zeit bestand zwischen England und Italien ein Streit über den Besitz des sogenannten *Jubalands*, eines in Ostafrika westlich des Jubafusses, zwischen diesem und dem Loriansee, dem Dauafluß im Norden und der Meeresküste im Süden gelegenen Landstücks. England fordert dieses Gebiet für seine Kenyakolonie, Italien will damit seine Kolonie Somaliland vergrößern. Nuncmehr haben die englische und die italienische Regierung ein Abkommen getroffen. Italien wird das ganze strittige Stück der Meeresküste und etwa die Hälfte des Landgebiets zugesprochen, so daß die Grenze jetzt von dem Endpunkt Dickshead genau nach Norden bis an den Dauafluß führt. Der von den Italienern gewonnene Landstreifen hat eine durchschnittliche Breite von 170 und eine größte Länge von 560 Kilometer; der Flächeninhalt ist also ungefähr 100 000 Quadratkilometer. ◊ Wie weit die Herrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika über *Lateinisch Amerika* bereits geht, darüber unterrichtet ein Artikel im *Atlantic Monthly* vom Juli 1924. Danach haben gegenwärtig Cuba, Haiti, Santo Domingo, Panama, Nicaragua und Honduras amerikanische militä-

rische Besetzungen. Ökonomisch völlig abhängig' von den Nordamerikanern sind ferner San Salvador, Columbia, Ecuador, Peru, Bolivia, Guatemala, Costa Rica und Mexico. Eine amerikanische Flottenmission befindet sich in Peru und in Brasilien. \diamond Zum Staatssekretär für Indien im Kabinett Baldwin wurde *Lord Birkenhead* ernannt. Bei der hier bereits erwähnten Debatte über das Blutbad von Amritsar im englischen Oberhaus hatte er im Gegensatz zu seinen Parteigenossen sehr entschieden die Haltung der britischen Soldateska verurteilt und die Forderung gestellt, daß jeder Bürger des Britischen Reichs ohne Unterschied der Farbe, des Glaubens oder Wohnsitzes, Gerechtigkeit finden müsse. Man wird gespannt sein dürfen, ob er jetzt sein Amt im Geist seiner damaligen Stellungnahme führen wird. \diamond Seinen 70. Geburtstag beging in Wernigerode im Harz am 2. September 1924 *Rudolf Prietze*, der Neffe Gustav Nachtigalls. Ursprünglich dem Studium der deutschen und klassischen Philologie ergeben, wurde Prietze durch seinen berühmten Onkel für die Afrikasprachforschung gewonnen. Schon bei Nachtigalls Reisewerk Sahara und Sudan hat er mitgewirkt. Eine ganze Reihe bedeutender Abhandlungen über die Sudansprachen stammt aus der Feder Prietzes, der sie vor dem Weltkrieg in Tunis und Kairo durch die Eingeborenen selbst erlernte. So veröffentlichte er Arbeiten und Textproben der Haussa-, Bornu- und Kammurisprachen. Er arbeitet noch an seinem Hauptwerk, einer Reihe von Wörterbüchern der 9 großen und 40 kleinen Sprachen, die zwischen Nil und Niger gesprochen werden. \diamond Sein 88. Lebensjahr vollendete am 29. Dezember der berühmte Forschungsreisende und Gelehrte *Georg Schweinfurth*. Fast genau 61 Jahre vor diesem Tag war Schweinfurth zum erstenmal in Ägypten angelangt, und von dieser Zeit an widmete er sein ganzes Dasein der Erforschung der noch unbekannteren Teile Afrikas. Er ist, neben Oskar Lenz, heute der letzte Überlebende aus der Generation jener ersten großen Afrikaforscher.

Literatur Das Buch *Kurt Hasserts* Australien und Neuseeland/Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ ist zwar in trockenem Stil geschrieben, doch mit außerordentlicher Sachkenntnis und feinem Gefühl für das Wesentliche. Es sei daher hier jedem, dem es auf sachliche Information ankommt, wärmstens empfohlen. Abbil-

dungen enthält es leider nicht, dafür sehr lehrreiche Kartenskizzen. \diamond Zahlreiche Abbildungen findet man in *Karl Sappers* Buch Die Tropen /Stuttgart, Strecker & Schroeder/. Sapper, dieser bedeutende Forscher, der unlängst auch von einer französischen gelehrten Gesellschaft besonders geehrt wurde, ist nicht nur ein persönlich interessierter Beobachter sondern auch ein guter Schriftsteller. Der Leser wird daher in diesem Buch nicht nur Aufklärung sondern auch Genuß finden. \diamond Sehr schöne Abbildungen (der Verfasser war eine Zeitlang Berufsfotograph in Afrika) enthält auch das Buch *Otto Reiners* 18 Jahre Farmer in Afrika /Leipzig, Paul List/. Es gibt die Geschichte eines Mannes, der sich vom kleinen Handwerker zum Besitzer stattlicher Farmen und Diamantbergwerke in Südwestafrika heraufgearbeitet hatte, während des Krieges an der Verteidigung Deutsch Südwestafrikas gegen die Engländer mitwirkte, durch die Niederlage Deutschlands dann aber offenbar ganz die geistige Orientierung verlor. Sein politisches Gerede ist nicht erstzunehmen; so wiederholt er die Phrasen von der schwarzen Schmach. Sehr lebendig und lesenswert sind dagegen seine Schilderungen des afrikanischen Koloniallebens. \diamond Der 1. Band des Berichts *Wladimir K. Arsenjews* In der Wildnis Ost Sibiriens /Berlin, August Scherl/ bietet dem landeskundlich Interessierten viel Anregung. Es gibt Kunde von dem Küstengebiet Sibiriens am Japanischen Meer zwischen Wladiwostok im Süden und Chabrowsk im Norden. In diesem Gebiet reiste der Verfasser in den Jahren 1902 bis 1906 umher. Seitdem ist also schon ziemlich viel Zeit vergangen, und so ist das Buch weniger wissenschaftlich aktuell als durch seine fesselnden Schilderungen wertvoll. Landeskundlich bietet es aber besonders Gutes durch seine ausgezeichneten Abbildungen. \diamond Zur Kolonialliteratur darf man auch *Claude Farreres* Roman Die neuen Menschen /Wien, Interterritorialer Verlag Renaissance/ rechnen. Den Hintergrund der Schilderungen bildet die ungeheure wirtschaftliche Entwicklung des französischen Nordafrikas. Wenn das Werk literarisch auch weit hinter den anderen Büchern Farreres, namentlich hinter dem feinen und ergreifenden Reiz der Bataille, zurücksteht, so entschädigt es den Leser durch das, was es an tatsächlicher Aufklärung über das aufstrebende Land bietet, in einem Maß, daß es hohen Interesses sicher ist.